

Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen Band 29

Impressum

Herausgeber :
Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:
Bianca Oswald, Hans Lohmann

Preis der gedruckten Ausgabe: 3,00 EUR
Eine kostenlose PDF-Version dieser
Ausgabe finden Sie zum Download
im Webshop des LDS NRW.

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-4481/4431
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.lids.nrw.de>
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:
0211 9449-4429/4436

Zentraler Informationsdienst:
0211 9449-4457/4406

© Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik NRW, Düsseldorf, 2006

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet. Die Verbrei-
tung, auch auszugsweise, über elek-
tronische Systeme/Datenträger bedarf
der vorherigen Zustimmung. Alle üb-
rigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestell-Nr. Z 08 1 2006 53

ISSN 1619-506X

Inhalt

Datenangebot und Datenzugang im Forschungsdaten- zentrum der Statistischen Landesämter Dr. Sylvia Zühlke, Diplom-Sozialwiss. Helga Christians	3
Das Studienkontenmodell an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Auswirkungen auf die Studierendenzahlen Birgit Kempf, Anne Schopp, Anja Gehrcken	12
Nachfrage nach Dienstleistungen 2003 Heike Schrankel, Dipl.-Statistikerin Katharina Götz	19
Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in NRW Dr. Wolfgang Seifert	32
Index	48

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Daten liegen nicht (in vergleichbarer Form) vor
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Datenangebot und Datenzugang im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter

Dr. Sylvia Zühlke, Diplom-Sozialwiss. Helga Christians

Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter wurde im Jahr 2002 als Serviceeinrichtung für die Wissenschaft gegründet. Die wesentlichen Ziele dieser Einrichtung bestehen darin, gemeinsam mit dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes die Dateninfrastruktur zu verbessern und den Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik zu erleichtern (siehe Zühlke/Zwick/Schornhorst/Wende 2005). Nachdem in der Anfangszeit der Aufbau der Infrastruktur im Vordergrund stand, wird das neue Dienstleistungsangebot nunmehr intensiv genutzt. Der folgende Beitrag beschreibt zunächst die Aufgaben des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter und stellt im Anschluss daran die Zugangswege sowie das Datenangebot vor.

Aufgaben des Forschungsdatenzentrums

Das Forschungsdatenzentrum ist eine Arbeitsgemeinschaft aller statistischen Landesämter. Es zeichnet sich mit seinen 16 regionalen Standorten insbesondere durch eine starke bundesweite Präsenz aus. Dadurch besteht für Wissenschaftler/-innen die Möglichkeit, in der Nähe des eigenen Arbeitsplatzes Daten der amtlichen Statistik zu nutzen und das Beratungsangebot des Forschungsdatenzentrums in Anspruch zu nehmen. Die regionalen Standorte haben außerdem fachliche Schwerpunkte, im Rahmen derer sie ausgewählte Statistiken bearbeiten. Hierdurch werden ein breites Datenangebot und die fundierte fachliche Beratung der Nutzer sichergestellt. Unabhängig von den fachlichen Schwerpunkten der regionalen Standorte können die Nutzer/-innen in dem jeweiligen Standort Zugang zu dem gesamten Datenangebot des Forschungsdatenzentrums erhalten.

Im Einzelnen nimmt das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter folgende Aufgaben wahr:

(1) Eine wesentliche Aufgabe des Forschungsdatenzentrums besteht darin, die Dateninfrastruktur für die Politikberatung und die wissenschaftliche Forschung zu verbessern. Um dieses Ziel zu errei-

chen, wurden zwei Schwerpunkte definiert: Zunächst müssen die Mikrodaten der amtlichen Statistik für die einzelnen Bundesländer an einer Stelle zusammengeführt werden. Dies ist notwendig, da die Einzeldaten aufgrund des föderalen Aufbaus der amtlichen Statistik in der Regel dezentral gespeichert werden. Das heißt, dass jedes statistische Amt meist nur über die Einzeldaten verfügt, die es für sein Bundesland erhoben hat. Da sich wissenschaftliche Analysen aber häufig auf mehrere Bundesländer beziehen, ist eine Zusammenführung der Daten an einer zentralen Stelle eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der informationellen Infrastruktur. Als zweiter Schwerpunkt ist die Dokumentation der zusammengeführten Mikrodaten durch umfangreiche Metadaten zu nennen. Die Metadaten umfassen nicht nur eine technische Beschreibung der Datensatzstrukturen, sondern sie enthalten auch alle methodischen Informationen über die Erhebung und Aufbereitung der Daten sowie deren Qualität. Ohne diese Angaben ist eine sinnvolle Interpretation der Analyseergebnisse nur schwer möglich. Die Metadaten sollen den Wissenschaftler/-innen im Rahmen eines Informationssystems zukünftig über das Internet zur Verfügung gestellt werden.

(2) Die zweite Aufgabe besteht darin, den Zugang der Wissenschaft zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik durch die Einrichtung verschiedener Zugangswege zu erleichtern. Den Datennutzern stehen drei unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung. Dies sind die Scientific-Use-Files zur Off-Site-Nutzung einerseits und die Gastwissenschaftlerarbeitsplätze sowie die kontrollierte Datenfernverarbeitung zur On-Site-Nutzung andererseits. Diese Nutzungsmöglichkeiten werden weiter unten näher beschrieben.

(3) Als dritte Aufgabe ist die Beratung der Datennutzer/-innen zu nennen. Diese umfasst zum einen die allgemeine Beratung zu den Nutzungswegen und zum Datenangebot des Forschungsdatenzentrums. Zum anderen sind die einzelnen regionalen Standorte auf ausgewählte fachliche Schwerpunkte spezialisiert, so dass hierdurch für den Datennutzer auch eine intensive fachliche Beratung sichergestellt wird.

(4) Die vierte Aufgabe des Forschungsdatenzentrums besteht darin, gemeinsam mit der Wissenschaft inhaltliche und methodische Forschungsprojekte durchzuführen. Dabei geht es vor allem um die Verbesserung des Analysepotenzials sowie um die Entwicklung neuer statistischer Methoden.

Seit der Einrichtung des Forschungsdatenzentrums wurden in den einzelnen Aufgabenbereichen große Fortschritte erzielt: So konnte das Mikrodatenangebot für die Wissenschaft deutlich erweitert werden, für alle Statistiken stehen Basisinformationen und für ausgewählte Statisti-

ken umfangreiche Metadaten zur Verfügung. Das neue Dienstleistungsangebot kann in allen regionalen Standorten genutzt werden. Außerdem wurde die Wissenschaft im Rahmen einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit über die Möglichkeiten, die das Forschungsdatenzentrum bietet, informiert. Mittlerweile wird das Angebot an amtlichen Mikrodaten intensiv für Forschungsvorhaben genutzt.

Nutzungswege

Die amtliche Statistik darf Einzelangaben zur Verfügung stellen, sofern diese absolut anonymisiert sind. Um die absolute Anonymität sicherzustellen, werden die Daten z. B. durch Aggregation oder durch die Entfernung einzelner Merkmale so weit verändert, dass eine Identifizierung der Auskunftgebenden nach menschlichem Ermessen unmöglich gemacht wird. Die amtliche Statistik bietet absolut anonymisierte Mikrodaten in Form so genannter Public-Use-Files an. Eine weitere Hauptzielrichtung der Public-Use-Files liegt im Bereich der Hochschullehre. Die Forschungsdatenzentren entwickeln so genannte Campus-Files, die an Hochschulen zu Lehrzwecken eingesetzt werden können. Diese Datensätze sollen Student/-innen frühzeitig die Möglichkeit bieten, die Besonderheiten der Analyse von amtlichen Mikrodaten kennen zu lernen.

Absolut anonymisierte Daten weisen in Folge der Anonymisierung einen hohen Verlust an Informationen auf. Sie eignen sich in der Regel nicht für die Analyse differenzierter Forschungsfragen. Die Forschungsdatenzentren haben daher für die Wissenschaft die drei bereits genannten Nutzungswege eingerichtet. Sie leiten sich aus den rechtlichen Rahmenbedingungen ab, unter denen die amtliche Statistik der Wissenschaft Zugang zu Einzeldaten gewähren darf. Sowohl die informationelle Selbstbestimmung als auch die Wissenschaftsfreiheit sind als Grundrechte in der Verfassung verankert. Damit ist der Gesetzgeber aufgerufen, für einen angemessenen Ausgleich die-

ser Grundrechte Sorge zu tragen. Bei der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987 wurde dies berücksichtigt, indem in § 16 Bundesstatistikgesetz (BStatG) festgeschrieben wurde, dass der Wissenschaft Daten übermittelt werden können, die eine Deanonymisierung zwar nicht mit absoluter Sicherheit ausschließen, aber Betroffenen nur dann zugeordnet werden können, wenn der Datenempfänger einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft erbringt. Dieses so genannte „Wissenschaftsprivileg“ ist Voraussetzung für die Nutzung der als faktisch anonym bezeichneten Mikrodaten, die für ein definiertes Forschungsvorhaben bereitgestellt werden.

Für Wissenschaftler/-innen ist die Auswertung von Einzelangaben am eigenen Arbeitsplatz die bequemste Lösung. Daher wird eine solche Nutzungsmöglichkeit von der Wissenschaft eindeutig präferiert (siehe Zühlke/Hetke 2003). Die Forschungsdatenzentren entwickeln aus diesem Grund so genannte Scientific-Use-Files für die Off-Site-Nutzung, die an wissenschaftliche Einrichtungen übermittelt werden dürfen. Es handelt sich dabei um standardisierte Produkte, die einen festgelegten Merkmalsumfang haben. Solche Produkte liegen bereits für eine Reihe von haushalts- und personenbezogenen Statistiken vor. Auch für wirtschaftsstatistische Daten wurden schon erste Datenbestände erstellt (siehe Ronning/Gnoss 2003, Sturm/Lenz 2006).

Um die Anonymität der Daten sicherzustellen, müssen bei den Scientific-Use-Files zur Off-Site-Nutzung Vergrößerungen bei der regionalen und/oder bei der fachlichen Gliederung vorgenommen werden. Die Erstellung von Scientific-Use-Files ist daher sehr aufwändig und stets mit einem – zum Teil nicht unerheblichen – Informationsverlust verbunden. Für viele wissenschaftliche Fragestellungen können sie daher unzureichend sein.

Aus diesem Grund werden zwei Wege zur On-Site-Nutzung angebo-

ten, und zwar die Gastwissenschaftlerarbeitsplätze sowie die kontrollierte Datenfernverarbeitung. Die Gastwissenschaftlerarbeitsplätze befinden sich in den geschützten Räumen der statistischen Ämter. Aufgrund der geltenden Sicherheitsvorkehrungen dürfen die dort bereitgestellten Datenbestände mehr Informationen enthalten als die standardisierten Scientific-Use-Files. Die Ausgabe der Ergebnisse können die Wissenschaftler/-innen nur in dem statistischen Amt veranlassen, in dem sie gerade arbeiten. Dort werden die Auswertungen – vor einer Freigabe – auf Geheimhaltung geprüft. Zusätzlich wird im Vorfeld ein Nutzungsvertrag zwischen dem statistischen Amt und den Nutzer(inne)n geschlossen und die Wissenschaftler/-innen werden auf das Statistikgeheimnis verpflichtet. Beim Arbeiten mit den Daten am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz können die Wissenschaftler/-innen auf die Unterstützung des Fachpersonals der statistischen Ämter zurückgreifen.

Der zweite Weg, Mikrodaten On-Site auszuwerten, besteht darin, eine kontrollierte Datenfernverarbeitung durchzuführen. Hierfür erstellen die Wissenschaftler/-innen zu ihrem Forschungsvorhaben ein Auswertungsprogramm. Der durchführende Standort des Forschungsdatenzentrums prüft das Programm und wendet es auf formal anonymisierte Mikrodaten an.¹⁾ Die Ergebnisse werden vor der Weitergabe an die Wissenschaftler/-innen auf Wahrung der Geheimhaltung geprüft. Die Wissenschaftler/-innen haben also keinen direkten Kontakt mit den geheimhaltungsbedürftigen Mikrodaten. Eine weitergehende Anonymisierung der für die Auswertungen genutzten Mikrodaten ist daher nicht notwendig.

Auf Grundlage der beschriebenen Zugangswege kann im Forschungsdatenzentrum ein vielfältiges Datenangebot genutzt werden. Dieses wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

1) Formal anonymisierte Daten enthalten in der Regel keine direkten Identifikatoren wie den Namen oder die Adresse der Erhebungseinheit. Die Erhebungsmerkmale sind jedoch in vollem Umfang in den Daten enthalten.

Datenangebot

Während vor der Einrichtung des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter lediglich acht unterschiedliche Erhebungen der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysen zugänglich waren, besteht das Datenangebot zurzeit aus über 40 Statistiken mit verschiedenen fachlichen Schwerpunkten. So werden neben haushalts- und personenbezogenen Datensätzen auch Informationen aus den Bereichen Wirtschaft, Agrar, Umwelt, Recht und Steuern bereitgestellt²⁾. Das Datenangebot wird ständig erweitert. Informationen über das aktuelle Datenangebot sind unter www.forschungsdatenzentrum.de verfügbar.

Im Folgenden werden einige Statistiken genauer dargestellt. Für diesen Überblick wurden Datenbestände ausgewählt, die sich insbesondere für drei zentrale Analysebereiche eignen, und zwar für Untersuchungen

- des Arbeitsmarktes, des Bildungssystems und der Familiensituation,
- der Einkommenssituation und
- der betrieblichen Situation.

Mikrodaten zur Analyse des Arbeitsmarktes, des Bildungssystems und der Familiensituation

Als Mehrthemenbefragung ist der **Mikrozensus** die zentrale Datenquelle für Analysen zum Arbeitsmarkt, zum Bildungssystem sowie zu familiären Prozessen. Beim Mikrozensus handelt es sich um eine 1 %-Haushaltsstichprobe, bei der etwa 370 000 Haushalte und 820 000 Personen befragt werden. Das Mikrozensus-Frageprogramm besteht aus einem Grund-, einem Ergänzungs- und einem Zusatzprogramm. Das Grundprogramm wird jährlich mit einem Auswahlatz von 1 % erhoben.

2) Die Entwicklung des Datenangebotes basiert auf den Ergebnissen einer Nutzerbefragung, die im Jahr 2002 durchgeführt wurde, sowie den Empfehlungen des Gründungsausschusses des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (siehe Zühlke/Hetke 2003). Weiterhin wurde der darüber hinaus gehende aktuelle Datenbedarf der Wissenschaft, der in Form von Nutzungsanfragen an das Forschungsdatenzentrum herangetragen wurde, bei der Entwicklung des Datenangebotes berücksichtigt.

Hier werden Fragen zu Merkmalen der Person, zur Haupt- und Nebenwohnung, zur Staatsangehörigkeit, zum Familien- und Haushaltszusammenhang, zum Erwerbsverhalten, zur Schul- und Berufsausbildung, zu den Quellen des Lebensunterhalts, zur Höhe des Einkommens sowie zur Kranken- und Rentenversicherung gestellt. Das Ergänzungsprogramm wird ebenfalls jährlich erhoben, allerdings nur mit einem Auswahlatz bis zu 0,5 %. Es umfasst Informationen zur beruflichen und allgemeinen Aus- und Fortbildung, zum Wohnsitz ein Jahr vor der Erhebung, zur Pflegebedürftigkeit und Pflegeversicherung. Weiterhin werden ergänzende Angaben zur aktuellen und früheren Erwerbstätigkeit und zur Erwerbsbeteiligung erfragt. Die Zusatzprogramme werden dagegen in vierjährigem Abstand erhoben, wobei der Auswahlatz zwischen 0,5 und 1 % variiert. Im Rahmen des Zusatzprogramms werden Angaben zur beruflichen Bildung, zur allgemeinen Weiterbildung, zu Migranten, zur Gesundheit, zu Behinderteneigenschaften sowie zur Altersvorsorge erfragt. Durch die Berücksichtigung aller Personen im Haushalt wird der Haushaltskontext erfasst und es besteht zudem die Möglichkeit, Personen und Haushalts- oder Familieninformationen zu verknüpfen, sodass Aspekte des sozialen Kontextes von individuellen Akteuren abgebildet werden können. Damit bietet der Mikrozensus mit seinem umfangreichen Merkmalskatalog ein reichhaltiges Potenzial für die Untersuchung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Fragestellungen, das bereits seit einigen Jahren auch intensiv für wissenschaftliche Analysen genutzt wird (siehe hierzu Schimpl-Neimanns 2002).

Die spezifischen Stärken des Mikrozensus liegen neben dem großen Stichprobenumfang in der langfristigen Verfügbarkeit, die eine Analyse zeitlicher Entwicklungen von Anfang der siebziger Jahre bis zum aktuellen Rand erlaubt. Mit einem Auswahlatz von 1 % der Gesamtbevölkerung ist der Stichprobenumfang um ein Vielfaches höher als bei sozialwissenschaftlichen Erhebungen und

ermöglicht damit die Analyse von kleinen Subpopulationen wie z. B. Migranten, Selbstständigen, allein Erziehenden, nichtehelichen Lebensgemeinschaften oder Hochqualifizierten. Hinzu kommt, dass der Mikrozensus bedingt durch die gesetzliche Teilnahmepflicht nur in einem sehr geringen Umfang von Unit-Non-Response (2,5 bis 3 %) betroffen ist.

Darüber hinaus wird der Mikrozensus zurzeit in dem Kooperationsprojekt „Mikrozensus-Panel“³⁾ als Längsschnittdatensatz aufbereitet (siehe Zühlke 2001, Heidenreich 2002). Damit steht für die Analyse von personen- und haushaltsbezogenen Veränderungen erstmals eine Datenbasis zur Verfügung, die auf einer Erhebung mit Teilnahmepflicht basiert, eine sehr große Fallzahl umfasst und im Vergleich zu den freiwilligen Erhebungen der empirischen Sozialforschung eine sehr geringe Quote an Antwortausfällen aufweist. Ein zentrales Problem besteht jedoch darin, dass im Mikrozensus Haushalte und Personen, die zwischen zwei Erhebungsjahren fortziehen, nicht wieder befragt werden. Diese Ausfälle können dann zu Ergebnisverzerrungen führen, wenn die räumliche Mobilität mit denjenigen haushalts- und personenbezogenen Veränderungen zusammenhängt, die auf der Basis des Mikrozensus abgebildet werden sollen. Im Rahmen des oben genannten Kooperationsprojektes wurde dieses Problem detailliert analysiert, und es wurden Methoden entwickelt, um das Ausmaß der Verzerrungen möglichst gering zu halten (siehe Zühlke 2003, Basic/Marek/Rendtel 2005, Konold 2005, 2006). Das Ziel des Projektes besteht darin, die Daten des Mikrozensus-Panels im Verlauf des ersten Halbjahres 2006 für die Wissenschaft zugänglich zu machen.

Weitere Aspekte aus dem Bereich Familie, Bildung sowie Erwerbstätigkeit und Freizeit können auf der

3) An dem Projekt beteiligen sich neben dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen das Statistische Bundesamt, das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und die Freie Universität Berlin.

Übersicht über die Mikrodaten zur Analyse des Arbeitsmarktes, des Bildungssystem sowie der Familiensituation				
Statistik/Bereich	Erhebungseinheiten	Vollerhebung/ Stichprobe	Periodizität	Erhebungsschwerpunkte
Mikrozensus	Haushalte und Personen	Stichprobe (ca. 370 000 Haushalte und 820 000 Personen)	Jährlich	Erwerbstätigkeit und Bildung, Haushalts- und Familiensituation
Zeitbudgeterhebung	Private Haushalte und Personen	Stichprobe (ca. 7 200 Haushalte und 16 000 Personen (1991/92) sowie 5 400 Haushalte und 12 000 Personen (2001/02))	Unregelmäßig (Daten liegen für die Jahre 1991/92 und 2001/2002 vor)	Zeitaufwand für unterschiedliche Aktivitäten
Bevölkerungsstatistik	Eheschließungen, Geburten	Vollerhebung	Jährlich	Eheschließungen: sozio-demographische Merkmale der Ehepartner Geburten: sozio-demografische Merkmale des Kindes und der Eltern
Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung	Unternehmen	Stichprobe (ca. 3 200 Unternehmen)	Unregelmäßig (Daten liegen für 1994 und 2000 vor)	Betriebliche Weiterbildungspolitik
Hochschulstatistik	Studierende, Absolvent(inn)en, Habilitierte, Beschäftigte	Vollerhebung	Studierende und Absolvent(inn)en: Halbjährlich Personal und Habilitationen: Jährlich	Studierende/ Absolvent(inn)en: Sozio-demografische Merkmale, abgelegte Prüfungen Personal: sozio-demografische Merkmale sowie Angaben zur Vergütungsgruppe

Grundlage der **Zeitbudgeterhebung** betrachtet werden, welche eine differenzierte Analyse des zeitlichen Aufwands für diese unterschiedlichen Lebensbereiche erlaubt. Zeitbudgeterhebungen wurden bislang zwei Mal auf freiwilliger Basis durchgeführt, und zwar in den Jahren 1991/1992 und 2001/2002. Befragt wurden im Rahmen dieser Erhebungen etwa 7 200 bzw. 5 400 Haushalte sowie die darin lebenden Personen. Aufgrund des breiten Kataloges an sozio-ökonomischen Merkmalen eignen sich die Zeitbudgeterhebungen zum einen für differenzierte Analysen der Zeitverwendung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Zum anderen können die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Aktivitäten untersucht werden, wie z. B. der Zusammenhang zwischen familiärer Arbeitsteilung und Erwerbsbeteiligung. Die Daten beider Zeitbudgeterhebungen wurden bereits intensiv für wissenschaftliche Analysen genutzt (siehe Statistisches Bundesamt 2004).

Für die Analyse familiärer Prozesse können auch die Bevölkerungsstatistiken herangezogen werden. In der **Statistik der Eheschließungen** werden alle Ehen erfasst, die vor einem deutschen Standesbeamten geschlossen wurden. Neben dem Zeitpunkt der Eheschließung werden für beide Ehegatten eine Reihe weiterer Merkmale wie das Geburtsdatum, der bisherige Familienstand, das Vorhandensein gemeinsamer Kinder oder die Staatsangehörigkeit und die Religionszugehörigkeit erhoben. In der **Statistik der Geburten** sind alle Lebend- und Totgeburten erfasst, die sich in der Bundesrepublik im jeweiligen Berichtszeitraum ereignet haben und bei denen die Mutter zur Wohnbevölkerung Deutschlands zählt. Neben Informationen über das Geburtsdatum, das Geschlecht, die Staatsangehörigkeit, die Körperlänge oder das Geburtsgewicht des Kindes sind außerdem Angaben über Alter, Religionszugehörigkeit und die Staatsangehörigkeit der Eltern vorhanden. Für Geburten innerhalb bestehender Ehen sind darüber

hinaus Informationen über vorherige Geburten verfügbar. Die Statistiken zu Eheschließungen und Geburten sind Vollerhebungen. Aufgrund der hohen Fallzahlen eignen sich beide Erhebungen sowohl für differenzierte Regionalanalysen als auch für die Untersuchung von Teilpopulationen. Im Gegensatz zu anderen Erhebungen enthalten die Bevölkerungsstatistiken allerdings keine Merkmale, mit denen die ökonomische Situation der Befragten beschrieben werden kann.

Für Analysen des Bildungssystems können im Mikrozensus vielfältige Informationen genutzt werden, die sich u. a. auf den allgemeinen und beruflichen Bildungsabschluss, den aktuellen Schulbesuch sowie die Teilnahme an allgemeinen und beruflichen Weiterbildungen beziehen. Darüber hinaus stehen mit der Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS) sowie der Hochschulstatistik Informationen zur Verfügung, die sich zur Analyse spezifischer Aspekte des Bildungsgeschehens eignen. Die

Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung wurde in Deutschland auf freiwilliger Basis in den Jahren 1994 und 2000 durchgeführt (siehe Egner 2001). Für das Jahr 2000 liegen Angaben für knapp 3 200 deutsche Unternehmen vor. Die Erhebung umfasst Angaben zur Weiterbildungspolitik des Unternehmens und zu den verschiedenen durchgeführten Formen der Weiterbildung. Erfragt werden u. a. die Teilnahmestunden an internen und externen Lehrveranstaltungen, die Themenschwerpunkte, Anbieter und Kosten dieser Lehrveranstaltungen sowie die Teilnahme an den verschiedenen Weiterbildungsformen differenziert nach Ungelernten/Angelernten, Fachkräften und Führungskräften.

Im Rahmen der **Hochschulstatistik** werden regelmäßig Informationen über die Studierenden, die abgelegten Prüfungen und Habilitationen, das Hochschulpersonal sowie die Finanzausstattung der Hochschulen gesammelt. Während die Angaben zu den Studierenden und Prüfungen zwei Mal jährlich erhoben werden, erfolgt die Erfassung der Habilitationen, des Hochschulpersonals und der Finanzausstattung ein Mal im Jahr. Im Rahmen der Studentenstatistik werden Angaben zur Person wie Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Semesterwohnsitz und Heimatwohnsitz erfragt sowie Informationen zur Ersteinschreibung, zu früheren Auslandssemestern und zur Hochschulzugangsberechtigung gesammelt. Im Rahmen der Prüfungsstatistik werden für die Absolventen zusätzlich Angaben zur ersten bzw. zweiten Abschlussprüfung erhoben. Die Informationen aus der Studenten- und der Absolventenstatistik können miteinander kombiniert werden. Im Bereich der Habilitationsstatistik werden neben den Angaben zur Person das Fachgebiet sowie das Beschäftigungsverhältnis nachgewiesen. Die Personal- und Stellenstatistik erfasst die Angaben zur Person, zur organisatorischen Zugehörigkeit, zur fachlichen Zugehörigkeit sowie zum Beschäftigungsverhältnis. Da es sich bei den einzelnen Teilerhebungen der Hochschulstatistik um Vollerhebungen handelt, eignen sich diese

Daten für differenzierte regionale und fachliche Analysen. Aufgrund der Aktualität der Daten können auch die Änderungen, die sich im Zuge der Hochschulreformen ergeben, untersucht werden.

Mikrodaten zur Analyse der Einkommenssituation privater Haushalte

Eine zentrale Datenquelle der amtlichen Statistik zur Analyse der Einkommenssituation privater Haushalte ist die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Einkommens- und **Verbrauchsstichprobe (EVS)**. Diese Erhebung wird auf freiwilliger Basis im Abstand von 5 Jahren bei denjenigen privaten Haushalten durchgeführt, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen weniger als 18 000 EUR beträgt⁴⁾. Die Haushalte werden im Rahmen einer Quotenstichprobe gewonnen. Der angestrebte Stichprobenumfang betrug im Jahr 2003 etwa 74 000 Haushalte. Erhebungsschwerpunkte sind die Einkommen und Ausgaben, das Vermögen sowie die Schulden der Haushalte. Zudem wird die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern erfragt. Ein Vorteil der Erhebung besteht zum einen im relativ großen Stichprobenumfang, der eine differenzierte Analyse der Einkommen und Ausgaben für unterschiedliche Haushaltstypen erlaubt. Zum anderen werden die Einnahmenquellen und die Verwendung der Ausgaben sehr differenziert erfasst, sodass auch hier detaillierte Analysen möglich sind. Die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurden unter anderem im Rahmen des ersten und zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung intensiv analysiert (siehe Deutscher Bundestag 2001, 2005). Als Nachteil der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird häufig angeführt, dass die Teilnahme an der Erhebung freiwillig ist. Es wird vermutet, dass die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – wie andere freiwillige Erhebungen auch – mit ei-

4) Die genannte Abschneidegrenze kam im Jahr 2003 zum Tragen. In früheren Erhebungsjahren lag sie etwas niedriger.

nem Mittelstandsbias verbunden ist (siehe z. B. Merz 2001). Aus diesem Grund werden für Einkommensanalysen häufig zwei weitere Statistiken herangezogen, und zwar die Einkommensteuerstatistik für die Analyse der hohen und die Sozialhilfestatistik für die Analyse der niedrigen Einkommen.

Die **Einkommensteuerstatistik** wird alle drei Jahre als Vollerhebung durchgeführt und enthält formal anonymisierte Angaben aus den Einkommensteuererklärungen aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen.⁵⁾ Weiterhin werden die Lohnsteuerkarten derjenigen Lohnsteuerpflichtigen einbezogen, die weder zur Einkommensteuer-Veranlagung verpflichtet waren noch einen Antrag auf Veranlagung zur Einkommensteuer gestellt haben. Während somit sehr differenzierte Angaben aus dem Besteuerungsverfahren vorliegen, existieren nur wenige beschreibende Merkmale, die eine Charakterisierung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen erlauben. So sind beispielsweise im Bereich der sozio-demographischen Merkmale lediglich Informationen über das Geschlecht, die Religionszugehörigkeit und das Alter verfügbar. Weiterhin sind im Splittingfall einige Informationen über den Ehepartner bekannt. Mit Hilfe der Angaben zu den Kinderfreibeträgen können darüber hinaus Informationen über den Haushaltskontext rekonstruiert werden.

Um die niedrigen Einkommen abzubilden, wurden bisher aus dem Bereich der **Sozialhilfestatistik** insbesondere die Angaben zu den Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) genutzt.⁶⁾ Diese Statistik enthält alle Personen, die in

5) Aufgrund der sehr hohen Fallzahlen wurden für statistikinterne Analysen Stichproben gezogen, die auch für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Siehe hierzu auch Zwick/Meyer 1998.

6) Der Empfängerkreis hat sich durch die im SGB II neu geregelte Grundsicherung für Arbeitssuchende, die zum 1. 1. 2005 in Kraft trat, stark geändert. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende ersetzt die HLU für alle Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die Zahl der HLU-Empfänger wurde außerdem durch die am 1. 1. 2003 eingeführte bedarfsorientierte Grundsicherung beeinflusst, die eine eigenständige soziale Leistung zum Lebensunterhalt für Hilfebedürftige im Alter und bei Erwerbsminderung vorsieht.

Übersicht über die Mikrodaten zur Analyse der Einkommenssituation privater Haushalte				
Statistik/Bereich	Erhebungseinheiten	Vollerhebung/ Stichprobe	Periodizität	Erhebungsschwerpunkte
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	Private Haushalte und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 18 000 EUR	Stichprobe (Stichprobensoll: ca. 74 000 Haushalte)	Fünfjährlich (zuletzt 2003)	Einkommen und Ausgaben, Vermögen und Schulden sowie Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern
Lohn- und Einkommensteuerstatistik	Steuerpflichtige	10 %-Stichprobe auf Basis der Vollerhebung	Dreijährlich (zuletzt 2004)	Angaben aus dem Besteuerungsverfahren
Sozialhilfestatistik	Personen, die mindestens einen Monat laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) bezogen haben	Vollerhebung	Jährlich	Anspruch und Bruttobedarf, sonstige Einkommensquellen, sozio-ökonomische Merkmale der Leistungsempfänger, Informationen über den Haushaltskontext
Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen	Private Haushalte und Personen	Stichprobe (angestrebt werden 14 100 Haushalte)	Jährlich	Einkommen, Wohnsituation, Gesundheit, Kinderbetreuung

dem betreffenden Berichtsjahr mindestens einen Monat laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen haben. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wird denjenigen Personen gewährt, die aus eigener Kraft sowie durch Zahlungen anderer Sozialleistungsträger nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Erfasst werden neben den Regelsätzen und gewährten Mehrbedarfen die tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung. Außerdem sind Informationen über das angerechnete Einkommen der Bedarfsgemeinschaft, der Nettoanspruch sowie der Zeitraum der Hilfestellung verfügbar. Weitere Merkmale beziehen sich auf sozio-ökonomische Angaben wie Alter und Geschlecht der Betroffenen sowie auf die Haushaltszusammensetzung. Die Daten über die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt stehen bereits seit längerem in Form eines Public-Use-Files für wissenschaftliche Analysen zur Verfügung und werden insbesondere für Analysen im Bereich der Armutsberichterstattung genutzt. Im Forschungsdatenzentrum liegt das vollständige Datenmaterial vor, so dass das gesamte Analysepotenzial der Daten in regionaler und fachlicher Hinsicht ausgeschöpft werden kann.

Neben den bereits genannten Erhebungen wird in naher Zukunft die **Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen** für Einkommensanalysen zur Verfügung

stehen. Bei dieser Erhebung handelt es sich um die Nachfolgeerhebung des Europäischen Haushaltspanels (siehe Körner/Meyer/Minkel/Timm 2005). Erstmals wurde die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland unter der Bezeichnung „Leben in Europa“ im Jahr 2005 durchgeführt. Im Rahmen dieser Erhebung werden private Haushalte und Personen auf freiwilliger Basis befragt. Der angestrebte Stichprobenumfang beträgt 14 100 Haushalte. Erhebungsschwerpunkte sind die personen- und haushaltsbezogenen Einkommen, die Wohnsituation des Haushaltes, die Gesundheit der Befragten, Fragen zur Kinderbetreuung sowie die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage. Zusätzlich gibt es jährlich wechselnde Erhebungsschwerpunkte. So werden im Jahr 2005 Fragen zur generationsübergreifenden Armut und im Jahr 2006 Fragen zur sozialen und kulturellen Teilhabe gestellt. Die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen ist als Rotationspanel angelegt, sodass auf dieser Basis sowohl Quer- als auch Längsschnittinformationen gewonnen werden können.

Mikrodaten zur Analyse der betrieblichen Situation

Für zentrale Kennziffern des betrieblichen Handelns wie Umsatz, Investitionen oder Anzahl der Beschäftigten werden in der amtlichen Statistik

keine bereichsübergreifenden, sondern branchenspezifische Erhebungen durchgeführt. Zusätzlich werden für einige Wirtschaftszweige wie das Verarbeitende Gewerbe sowohl kurzfristige monatliche bzw. vierteljährliche Statistiken für Konjunkturprognosen, als auch Strukturstatistiken in größeren zeitlichen Abständen erhoben. Im Ergebnis werden im Bereich der Wirtschaftsstatistiken sehr viele Einzelerhebungen mit dem Ziel durchgeführt, unterschiedliche Aspekte des wirtschaftlichen Handelns abzubilden.

Im Wirtschaftsbereich **Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden** (im Folgenden kurz „Verarbeitendes Gewerbe“) werden Betriebe befragt, die einem Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches angehören, das mehr als 20 Beschäftigte hat.⁷⁾ Ist ein Betrieb im Verarbeitenden Gewerbe tätig, gehört jedoch einem Unternehmen an, dessen wirtschaftlicher Schwerpunkt in einem anderen Bereich liegt, so wird dieser Betrieb dann befragt, wenn er mindestens 20 Personen beschäftigt. Die Betriebe berichten monatlich über die Anzahl der Beschäftigten, die geleisteten Arbeitsstunden, die Bruttolohn- und Gehaltssummen, die Umsätze so-

⁷⁾ Für ausgewählte Wirtschaftsbereiche ist die Erfassungsgrenze auf zehn und mehr tätige Personen herabgesetzt worden. Dies betrifft insbesondere Wirtschaftsbereiche, in denen kleinere Betriebe sehr häufig vertreten sind wie z. B. Fischverarbeitung, Kartoffelverarbeitung oder Herstellung von Futtermitteln.

Übersicht über die Mikrodaten zur Analyse der betrieblichen Situation				
Statistik/Bereich	Erhebungseinheiten	Vollerhebung/ Stichprobe	Periodizität	Erhebungsschwerpunkte
Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe	Betriebe (und Unternehmen)	Vollerhebung mit Abschneidegrenze	Monatlich	Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Brutto-lohn- und Gehaltsummen, Umsätze und Auftragseingänge
		Stichprobenerhebung mit Abschneidegrenze (höchstens 43 000 Betriebe)	Vierteljährlich (bei größeren Betrieben monatlich)	Produzierte Waren
		Vollerhebung mit Abschneidegrenze	Jährlich	Investitionen, ggf. Unternehmensergebnisse
Erhebungen im Handel und Gastgewerbe	Unternehmen	Stichprobenerhebung mit Abschneidegrenze (höchstens 40 000 (Handel) bzw. 10 000 (Gastgewerbe) Unternehmen)	Monatlich	Umsatz, Zahl der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten
		Stichprobenerhebung (höchstens 55 000 (Handel) bzw. 12 000 (Gastgewerbe) Unternehmen)	Jährlich	Zahl der Arbeitsstätten, Tätige Personen, Personalaufwand, Umsätze, Vorleistungen, Steuern, Subventionen, Investitionen
		Stichprobenerhebung (höchstens 55 000 Unternehmen (Handel))	Fünffährlich (nur im Handel)	Zahl der Ladengeschäfte, Verkaufsfläche, Marktstände
Strukturhebung im Dienstleistungsbereich	Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeiten	Stichprobenerhebung bei etwa 15 % aller Auskunftspflichtigen (für das Berichtsjahr 2000 ca. 75 000 Unternehmen)	Jährlich	Tätige Personen, Löhne und Gehälter, Umsätze, Vorleistungen, Steuern, Subventionen und Investitionen
Gehalts- und Lohnstrukturhebung	Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen, Beschäftigte in den Betrieben	Stichprobenerhebung bei etwa 10 % der Auskunftspflichtigen mit Abschneidegrenze (2002: ca. 22 000 Betriebe; ca. 845 000 Beschäftigte)	Unregelmäßig (Daten liegen für 2002 vor)	Bruttomonatsverdienste, gesetzliche Abzüge, Zulagen, individuelle Merkmale der Arbeitnehmer/-innen, Merkmale des Arbeitsplatzes sowie des Betriebes

wie die Auftragseingänge (sog. Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe). Vierteljährlich werden außerdem Informationen über die produzierten Waren (sog. Produktionserhebungen)⁸⁾ und jährlich über getätigte Investitionen (sog. Investitionserhebung) erhoben. Des Weiteren werden Mehrbetriebsunternehmen einmal jährlich nach den Unternehmensergebnissen befragt. Zudem wurde bis 2002 einmal jährlich eine Befragung bei Kleinbetrieben (1 bis 19 Beschäftigte) des Verarbeitenden Gewerbes durchgeführt, sodass eine vollständige Abbildung der betrieblichen Situation für diesen Wirt-

8) Die Erhebung erfolgt lediglich bei einer Stichprobe. Bei größeren Unternehmen werden auch diese Informationen monatlich erhoben.

schaftszweig möglich war.⁹⁾ Die Daten des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe wurden bereits vor Einrichtung des Forschungsdatenzentrums im Rahmen des Projektes „Firmendaten aus der amtlichen Statistik (FiDASt)“ genutzt. Die Ergebnisse dieses Projektes sind in Pohl/Fischer/Rockmann/Semlinger 2003 dokumentiert.

In den Wirtschaftsbereichen **Handel¹⁰⁾ und Gastgewerbe** werden – wie im Verarbeitenden Gewerbe – so-

9) Zukünftig sollen diese Informationen aus dem Unternehmensregister gewonnen werden.
10) Unter Handel werden im Folgenden die Bereiche „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, „Handelsvermittlung und Großhandel“ und „Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern“ verstanden.

wohl monatlich als auch jährlich Informationen erfasst. Bei den Monatserhebungen kommt dabei eine Abschneidegrenze zum Tragen, die sich am Umsatz des Unternehmens orientiert¹¹⁾. Monatlich werden der Umsatz sowie die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten erhoben. Jährlich liegen Informationen über die Zahl der Arbeitsstätten, die tätigen Personen, den Personalaufwand, die Umsätze, die Vorleistungen, die Steuern, die Subventionen sowie die Investitionen vor. Im Einzelhandel wird darüber hinaus alle fünf Jahre

11) Es wird der Jahresumsatz ohne Umsatzsteuer zu Grunde gelegt. In den einzelnen Bereichen kommen folgende Abschneidegrenzen zum Tragen: Einzel- und Kraftfahrzeughandel (einschl. Instandhaltung, Reparatur) 250 000 EUR, Großhandel 1 000 000 EUR, Handelsvermittlung und Gastgewerbe 50 000 EUR.

die Zahl der Ladengeschäfte, die Verkaufsfläche sowie die Zahl der Marktstände erfragt. Im Gegensatz zu den monatlichen und jährlichen Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe wird in den Bereichen Handel und Gastgewerbe keine Vollerhebung, sondern lediglich eine Stichprobenerhebung durchgeführt.

Die Erhebungen im Handel und im Gastgewerbe waren bis zum Berichtsjahr 2000 die einzigen amtlichen Primärerhebungen bei Unternehmen, auf deren Basis Aussagen über den Dienstleistungsbereich gemacht werden konnten. Der Dienstleistungsbereich war also nur unvollständig repräsentiert. Geändert hat sich diese Situation mit der Einführung der **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**, die erstmals für das Berichtsjahr 2000 durchgeführt wurde (siehe Petrauschke 2002). Neben den Informationen über den Handel und das Gastgewerbe liegen damit auch Informationen für die Bereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ vor. Berücksichtigt werden in dieser Statistik Unternehmen und Einrichtungen, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Die Dienstleistungsstatistik wird einmal jährlich auf der Basis einer Stichprobenerhebung durchgeführt, zu der höchstens 15 % aller Auskunftspflichtigen herangezogen werden dürfen. Dabei werden die Anzahl der tätigen Personen, die Löhne und Gehälter, die Umsätze, die Vorleistungen, die Steuern sowie die Subventionen und Investitionen erfragt.

Die genannten Erhebungen zielen insbesondere auf die zentralen Indikatoren Umsatz, Beschäftigte und Investitionen ab. Daneben werden in der amtlichen Statistik weitere bereichsübergreifende Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor durchgeführt, die sich mit der Struktur der Löhne und Gehälter in den Unternehmen befassen. Eine dieser Erhebungen ist die **Gehalts- und Lohnstrukturerhebung**,

die unregelmäßig bei etwa 10 % der Auskunftspflichtigen durchgeführt wird. Für sie werden Angaben über die Bruttomonatsverdiens-te, die gesetzlichen Abzüge, Zulagen, individuelle Merkmale der Arbeitnehmer/-innen, Merkmale des Arbeitsplatzes sowie des Betriebes erhoben. Für wissenschaftliche Analysen ist die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung von besonderem Interesse, da sie als so genannter „Employer-Employee-datensatz“ konzipiert ist. Dies bedeutet, dass in dem Datensatz sowohl Angaben zu den einzelnen Beschäftigten als auch zu den Betrieben vorhanden sind. Diese Datenbasis kann daher genutzt werden, um zum Beispiel Unterschiede zwischen Löhnen und Gehältern in Abhängigkeit von dem betrieblichen Kontext und der dort vorhandenen Arbeitsplatzstruktur zu analysieren.¹²⁾

Zusammenfassung und Ausblick

Im Rahmen des vorliegenden Beitrages wurden die Aufgaben des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter vorgestellt sowie die Zugangswege und das Datenangebot beschrieben. In den vergangenen zwei Jahren konnte eine Vielzahl an Mikrodatenbeständen für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellt werden, wodurch sich die Dateninfrastruktur deutlich verbessert hat. Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter wird das Datenangebot sukzessive durch die Integration weiterer Erhebungsjahre und Statistiken ausbauen, wobei hierfür die Nutzerinteressen von entscheidender Bedeutung sind. Für die Wissenschaft bestehen unterschiedliche Möglichkeiten des Datenzugangs, die bereits intensiv genutzt werden. Insgesamt wurden in den Jahren 2004 und 2005 für über 80 Forschungsprojekte Daten beim Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter beantragt. Hinzu kommen etwa 80 Forschungsprojekte, für die die Daten der statistischen Landesämter durch das Statis-

¹²⁾ Zur Gehalts- und Lohnstrukturerhebung vgl. auch den Beitrag Hafner 2006.

tische Bundesamt bereitgestellt worden sind. Es ist zu erwarten, dass mit dem weiteren Aufbau des Datenangebotes die Nachfrage nach amtlichen Mikrodaten noch weiter steigen wird. Im Ergebnis wird das Datenangebot der amtlichen Statistik durch die Einrichtung von Forschungsdatenzentren für wissenschaftliche Analysen wesentlich intensiver genutzt, als dies zuvor der Fall war. Somit können Erkenntnisse erzielt werden, die ansonsten in dieser Form nicht hätten gewonnen werden können.

Literatur

Basic, Edin/Marek, Ivo/Rendtel, Ulrich (2005): The German Microcensus as a Tool for Longitudinal Data Analysis: An Evaluation Using SOEP Data. In: Schmollers Jahrbuch, Heft 1, 1 – 16

Egner, Ute (2001): Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2): Methodik und erste Ergebnisse. In: Wirtschaft und Statistik Heft 12, 1008 – 1022

Deutscher Bundestag (2001): Lebenslagen in Deutschland – Erster Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 14/5990 vom 8. Mai 2001, Berlin 2001

Deutscher Bundestag (2005): Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht. Drucksache 15/5015 vom 3. März 2005, Berlin 2005

Hafner, Hans-Peter (2006): Erhebungen zu Verdiensten und Arbeitskosten. In: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter (Hrsg.): Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Beiträge zu den Nutzerkonferenzen des FDZ der Statistischen Landesämter 2005, im Erscheinen

Heidenreich, Hans-Joachim (2002): Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analysemöglichkeiten. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Band 86, Heft 2, 213 – 231

Körner, Thomas/Meyer, Iris/Minkel, Hartmut/Timm, Ulrike (2005): Leben

in Europa – Die neue Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen. In: *Wirtschaft und Statistik* Heft 11, 1137 – 1152

Konold, Michael (2005): Der Ausfall räumlich mobiler Personen im Mikrozensus-Panel und seine Auswirkungen auf Übergangsanalysen im Familien- und Erwerbsbereich. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Düsseldorf

Konold, Michael (2006): Möglichkeiten der Analyse von Arbeitsmarktübergängen mit Daten des Mikrozensus-Panels. In: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter (Hrsg.): *Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Beiträge zu den Nutzerkonferenzen des FDZ der Statistischen Landesämter 2005*, im Erscheinen

Merz, Joachim (2001): Was fehlt in der EVS? Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbstständige und abhängig Beschäftigte. Diskussionspapier Nr. 30, Universität Lüneburg, Lüneburg

Petrauschke, Bernd (2002): Erste Unternehmenserhebung im Dienstleistungsbereich. In: *Wirtschaft und Statistik* Heft 11, 918 – 927

Pohl, Ramona/Fischer, J./Rockmann, Ulrike/Semlinger, Klaus (2003): Analysen zur regionalen Industrieentwicklung – Sonderauswertungen einzelbetrieblicher Daten der amtlichen Statistik. FHTW Berlin und Statistisches Landesamt Berlin

Ronning, Gerd/Gnoss, Roland (2003): Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten. Beiträge zum Workshop am 20./21. März 2003 in Tübingen. Forum der Bundesstatistik Band 42, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schimpl-Neimanns, Bernhard (2002): Anwendungen und Erfahrungen mit dem Scientific-Use-File des Mikrozensus. ZUMA-Arbeitsbericht 2002/01

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): *Alltag in Deutschland: Analysen zur Zeitverwendung*. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17. Februar 2004 in Wiesbaden. Forum der Bundesstatistik Band 43, Wiesbaden

Sturm, Roland/Lenz, Rainer (2006): Erste Scientific-Use-Files aus den Wirtschaftsstatistiken. In: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter (Hrsg.): *Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Beiträge zu den Nutzerkonferenzen des FDZ der Statistischen Landesämter 2005*, im Erscheinen

Zühlke, Sylvia (2001): Längsschnittdatenanalysen auf der Basis des Mikrozensus. Methodische Probleme und Lösungsansätze. In: *Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen*, Heft 4, 3 – 13

Zühlke, Sylvia (2003): Systematische Ausfälle im Mikrozensus-Panel: Ausmaß und Auswirkungen auf die Qualität von Arbeitsmarktanalysen. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Band 87, Heft 1, 39 – 58

Zühlke, Sylvia/Hetke, Uwe (2003): Datenbedarf und Datenzugang: Ergebnisse der ersten Nutzerbefragung des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Band 87, 321 – 334

Zühlke, Sylvia/Zwick, Markus/Scharnhorst, Sebastian/Wende, Thomas (2005): Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. In: *ZA-Informationen* 56, 168 – 182

Zwick, Markus/Meyer, Kurt (1998): Einzeldatenmaterial und Stichproben innerhalb der Steuerstatistiken. In: *Wirtschaft und Statistik* Heft 7, 566 – 573

Das Studienkontenmodell an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Auswirkungen auf die Studierendenzahlen

Birgit Kempf, Anne Schopp¹⁾, Anja Gehrcken

Das Thema Studiengebühren beherrscht seit geraumer Zeit die (hochschul-) politische Diskussion. Anfang 2005 erklärte das Bundesverfassungsgericht das im Hochschulrahmengesetz festgeschriebene Verbot von allgemeinen Studiengebühren für nichtig und bestätigte den Bundesländern die Entscheidungskompetenz für deren Erhebung. In Baden-Württemberg wurden bereits 1998 Studiengebühren für Langzeitstudierende eingeführt. Inzwischen liegen bei der Mehrheit der Länder zumindest Pläne zur Einführung von Studiengebühren vor. An den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen wurden zum Sommersemester 2004 so genannte Studienkonten eingeführt. Mit diesem Modell ist es möglich, den ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss weiterhin gebührenfrei zu erwerben. Jedem Studierenden in Nordrhein-Westfalen wird hierzu eine gewisse Anzahl von Semestern auf einem Studienkonto zur Verfügung gestellt, das zum Studienbeginn rechnerisch dem 1,5fachen der Regelstudienzeit des gewählten Studienfachs entspricht. Ist dieses Guthaben verbraucht, müssen Studiengebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester entrichtet werden. Faktisch führte dies dazu, dass bestimmte Studierendengruppen, wie z. B. Langzeitstudierende, Studierende im Zweitstudium oder in anderen postgradualen Studiengängen in Nordrhein-Westfalen seit dem Sommersemester 2004 Studiengebühren zu entrichten haben.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist, auf Basis der Studierendenstatistik die Auswirkungen der Einführung der Studienkonten auf die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu beschreiben. Auf Basis eines Vorher-Nachher-Vergleichs (Wintersemester 2003/04 und Wintersemester 2004/05) wird dargestellt, bei welchen Studierendengruppen und welchen Hochschularten besonders deutliche Veränderungen zu verzeichnen waren. Dabei wird zwischen den Personengruppen unterschieden, die im Rahmen von Studienkonten gebührenfrei studieren können und denjenigen, die – zumindest potenziell – seit dem Wintersemester 2004/05 eine Studiengebühr zu entrichten haben. Im Anschluss werden einzelne Aspekte, wie beispielsweise die Auswirkung auf einzelne Hochschulen oder der Anteil Langzeitstudierender, dargestellt.

1 Das Studienkontenmodell in Nordrhein-Westfalen

Zum Sommersemester 2004 wurden für alle Studierende an staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen in Nordrhein-Westfalen so genannte Studienkonten eingerichtet. Die Rechtsgrundlage bildet das am 1. Februar 2003 in Kraft getretene Studienkonten- und -finanzierungsgesetz zur Einführung

von Studienkonten und zur Erhebung von Hochschulgebühren. Studienkonten gewähren den Studierenden ein gebührenfreies Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss sowie ein gebührenfreies Studium in einem konsekutiven Studiengang, das aufbauend auf dem Erwerb eines Bachelorgrades zu einem ersten Masterabschluss führt. Nach diesem Studienkontenmodell haben Studierende die Möglichkeit, bis zum 1,5fachen ihrer Regelstudienzeit die Studienangebote kostenlos in Anspruch zu nehmen. Studierende, die über diesen Zeitraum hinaus an einer Hochschule eingeschrieben sind (Lang-

zeitstudierende) sowie Studierende in einem Zweitstudium oder anderen postgradualen Studiengängen²⁾ sind verpflichtet, Studiengebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester zu entrichten. In Ausnahmefällen besteht allerdings die Möglichkeit, die gebührenfreie Studienzeit zu verlängern und ein so genanntes Bonusguthaben zu erhalten. Diese Regelung kann z. B. von Studierenden geltend gemacht werden, die sich um die Pflege und Erziehung ihrer Kinder kümmern, unter einer Behinderung bzw. schweren Erkrankung leiden, sich innerhalb der Hochschule als gewählte Vertreter engagieren oder das Amt der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ausüben. Des Weiteren ist in dem Gesetz verankert, dass bei einem Studiengangwechsel bis zum Anfang des dritten Hochschulsemesters das Studienguthaben wieder auf die ursprüngliche Höhe aufgestockt wird. Das bedeutet, dass in der Orientierungsphase ein Studiengangwechsel möglich ist, ohne dass sich am Ende des Studiums die gebührenfreie Zeit reduziert. Weitere Ausnahmen gelten beispielsweise für Studierende, die beurlaubt sind, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten oder für bestimmte Lehramtsstudierende. Insgesamt zielte das Studienkontenmodell nicht darauf ab, generell Studiengebühren zu erheben, sondern ausschließlich bestimmte Studierendengruppen, wie z. B. Langzeitstudierende oder Studierende im Zweitstudium, mit Gebühren zu belegen.

Das Studienkontenmodell in Nordrhein-Westfalen wirkte erwartungsgemäß selektiv auf verschiedene

1) Anne Schopp studiert Internationale Volkswirtschaftslehre und hat diesen Aufsatz im Rahmen eines Praktikums beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW/Referat Bildung mit verfasst.

2) Hierzu zählen Aufbau-, Ergänzungs-, Erweiterungs- und Zusatzstudiengänge, aber auch Kontakt- und Weiterbildungsstudiengänge.

Segmente des Hochschulwesens. Folgende Gruppen können dabei unterschieden werden:

1. Studierende, die im Rahmen eines Studienguthabens **gebührenfrei** studieren können. Dies sind vor allem Personen, die sich in einem ersten berufsqualifizierenden Studiengang oder konsekutiven Masterstudiengang eingeschrieben und die 1,5fache Regelstudienzeit noch nicht überschritten haben³⁾. Hierzu zählen auch Immatrikulierte in Promotionsstudiengängen.
2. Studierende, die an Hochschulen immatrikuliert sind, die **nicht im Studienkontengesetz eingeschlossen** sind und die deshalb – zumindest im Rahmen des Studienkontengesetzes – keine Studiengebühren zu entrichten haben. Hierzu zählen Verwaltungsfachhochschulen, theologische Hochschulen, aber auch staatlich anerkannte private Hochschulen.
3. Studierende, die seit dem Sommersemester 2004 **gebührenpflichtig** sind, da sie das Guthaben auf ihrem Studienkonto aufgebraucht haben (Langzeitstudierende) oder sich in einem gebührenpflichtigen Studiengang befinden. Hierzu zählen z. B. Zweit-, Aufbau-, Ergänzungs-, Erweiterungs- oder Weiterbildungsstudiengänge (postgraduale Studiengänge).

2 Ergebnisse

Die Zahl der Studierenden in Nordrhein-Westfalen stieg in den letzten Jahren vor Einführung der Studienkonten kontinuierlich an. Im Wintersemester 2003/04, also dem letzten Semester vor Einführung der Studienkonten, erreichte die Zahl einen historischen Höchstwert: Nordrhein-Westfalen zählte 521 630 Hochschüler (vgl. Tabelle 1). Auch die Studienanfängerquote, die den Anteil der erstmalig an

3) Ferner gibt es für bestimmte Tätigkeiten, Lebensumstände und Härtefälle Bonusregelungen, die zu einer Erhöhung des Studienguthabens führen mit der Folge, dass länger gebührenfrei studiert werden kann. Allerdings werden diese Fälle im Rahmen der amtlichen Hochschulstatistik nicht erfasst.

einer Hochschule Immatrikulierten an der altersspezifischen Bevölkerung misst, erreichte im Studienjahr⁴⁾ 2003 mit 40,3 Prozent Rekordniveau. Mit Einführung der Studienkonten kam es jedoch zu einem merklichen Einbruch⁵⁾. Zwischen den Sommersemestern 2003 und 2004 reduzierte sich die Studierendenzahl um immerhin ein Achtel von 488 369 auf 427 562. Vergleicht man die Daten des Wintersemesters⁶⁾ vor und nach Einführung der Studienkonten, zeigt sich eine Schrumpfrate in ähnlicher Höhe (-12,1 Prozent). Die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2004/05 lag bei nur noch 458 339 und fiel damit auf das Niveau der späten 1980er-Jahre zurück (Wintersemester 1988/89: 453 017 Studierende). Selbst die Studienanfängerquote sank im Studienjahr 2004 um 1,6 Prozentpunkte auf 38,7 Prozent, obwohl die Studienanfänger nach dem derzeit gültigen Modell in der Regel von den Studiengebühren nicht betroffen sind.

Die Frage ist nun, welche Auswirkung die Einführung der Studienkonten auf bestimmte Studierendengruppen und Hochschularten hatte.

2.1 Gebührenfreies Studium im Rahmen von Studienkonten⁷⁾

Die Mehrheit der Studierenden in Nordrhein-Westfalen hat mit Einführung der Studienkonten ein Guthaben zur Verfügung gestellt bekommen, welches nach wie vor ein gebührenfreies Studium ermöglicht.

4) Das Studienjahr setzt sich zusammen aus dem Sommersemester und dem darauf folgenden Wintersemester. So wird die Zahl der Studienanfänger im Studienjahr 2003 berechnet aus der Summe der Studienanfänger im Sommersemester 2003 und im Wintersemester 2003/2004. – 5) Im Folgenden wird die Entwicklung im Beobachtungszeitraum ausschließlich im Zusammenhang mit der Einführung der Studienkonten dargestellt. Andere Faktoren, wie beispielsweise die demografische Entwicklung, eine Veränderung im Studierverhalten oder die Einführung der Bachelor-/Masterstudiengänge bleiben bei der Beschreibung unberücksichtigt. – 6) In der Hochschulstatistik ist es üblich, für die Zahl der Studierenden die Daten des Wintersemesters zu Grunde zu legen (= Jahresergebnis). – 7) Die Zahl der Studierenden, die im Rahmen des Studienkontenmodells gebührenfrei studieren können bzw. die Gebühren entrichten müssen, lässt sich auf Basis der Hochschulstatistik nicht exakt ermitteln, da die Regelungen sehr differenziert und individualisiert sind. Im Folgenden werden deshalb die einzelnen Gruppen auf der Basis der generellen Regelungen abgegrenzt.

1. Studierende, Studienanfänger, Studienanfängerquote und Absolventen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 1990 bis 2004		
Wintersemester	Studierende	
1990/91	478 397	
1991/92	494 006	
1992/93	499 226	
1993/94	503 936	
1994/95	508 998	
1995/96	505 904	
1996/97	505 772	
1997/98	502 867	
1998/99	501 137	
1999/00	492 772	
2000/01	492 701	
2001/02	504 687	
2002/03	512 309	
2003/04	521 630	
2004/05	458 339	
Studienjahr ¹⁾	Studienanfänger ²⁾	Studienanfängerquote ³⁾
1990	.	.
1991	.	.
1992	.	.
1993	66 489	27,7
1994	64 662	28,6
1995	61 801	28,7
1996	62 869	30,0
1997	60 208	29,5
1998	60 287	30,1
1999	63 188	31,9
2000	68 446	34,5
2001	76 956	38,3
2002	79 910	39,3
2003	81 056	40,3
2004	77 859	38,7
Prüfungsjahr ⁴⁾	Absolvent(innen)	
1990	.	.
1991	.	.
1992	.	.
1993	48 780	
1994	54 404	
1995	55 155	
1996	55 274	
1997	55 678	
1998	53 575	
1999	50 158	
2000	48 554	
2001	45 124	
2002	44 484	
2003	44 885	
2004	48 200	

1) Studienjahr = Sommersemester + darauf folgendes Wintersemester – 2) 1. Hochschulsemester – 3) Studienanfängerquote = Anteil der Studienanfänger/innen an der altersspezifischen Bevölkerung am 1. 1. des Berichtsjahres in Prozent – 4) Prüfungsjahr = Sommersemester + davor liegendes Wintersemester

2. Studierende in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 nach studiengebührenrelevanten Merkmalen

Merkmal	Studierende		Veränderung WS 2004/05 gegenüber WS 2003/04		Gebührenfreies Studium im Rahmen des Studien- kontenmodells	Potenziell gebühren- pflichtiges Studium
	WS 2003/04	WS 2004/05	Anzahl	%		
Studierende insgesamt	521 630	458 339	-63 291	-12,1		
davon staatliche Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen zusammen	493 285	427 475	-65 810	-13,3		
davon Erststudium im 1. – 12. bzw. 1. – 14. Hochschulsemester	320 014	323 806	+3 792	+1,2	xx	
Erststudium im 13. bzw. 15. Hochschulsemester und höher ¹⁾	80 597	48 662	-31 935	-39,6		xx
Promotionsstudium	23 188	25 543	+2 355	+10,2	xx	
Zweit- und sonstiges postgraduales Studium	69 486	29 464	-40 022	-57,6		xx
davon an staatlichen Universitäten	394 948	334 472	-60 476	-15,3		
davon Erststudium im 1. – 14. Hochschul- semester	247 078	247 665	+587	+0,2	xx	
Erststudium im 15. und höherem Hochschulsemester ¹⁾	65 496	38 515	-26 981	-41,2		xx
Promotionsstudium	23 137	25 477	+2 340	+10,1	xx	
Zweit- und sonstiges postgraduales Studium	59 237	22 815	-36 422	-61,5		xx
staatlichen Fachhochschulen	93 504	88 431	-5 073	-5,4		
davon Erststudium im 1. – 12. Hochschul- semester	69 749	73 010	+3 261	+4,7	xx	
Erststudium im 13. und höherem Hochschulsemester ¹⁾	14 816	9 952	-4 864	-32,8		xx
Zweit- und sonstiges postgraduales Studium	8 939	5 469	-3 470	-38,8		xx
staatlichen Kunsthochschulen	4 833	4 572	-261	-5,4		
davon Erststudium im 1. – 14. Hochschul- semester	3 187	3 131	-56	-1,8	xx	
Erststudium im 15. und höherem Hochschulsemester ¹⁾	285	195	-90	-31,6		xx
Promotionsstudium	51	66	+15	+29,4	xx	
Zweit- und sonstiges postgraduales Studium	1 310	1 180	-130	-9,9		xx
theologischen Hochschulen/Fachhoch- schulen in kirchlicher Trägerschaft	5 945	5 907	-38	-0,6	xx	
Verwaltungsfachhochschulen	8 943	8 936	-7	-0,1	xx	
staatlich anerkannte Privathochschulen	13 457	16 021	+2 564	+19,1	xx	(xx) ²⁾

1) Langzeitstudierende – 2) nach Maßgabe der jeweiligen Hochschule

Hierzu zählen in erster Linie **Studierende im Erststudium an staatlichen** Universitäten, Fach- sowie Kunsthochschulen, die sich innerhalb der 1,5fachen Regelstudienzeit⁸⁾ befinden. Ihre Zahl ist auch nach Einführung der Studienkonten, also zwischen den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05,

um 1,2 Prozent auf 323 806 gestiegen (vgl. Tabelle 2). Der Zuwachs bei dieser Studierendengruppe wurde vor allem von den Fachhochschulen getragen (+4,7 Prozent). Die Universitäten verzeichneten eine Steigerung von 0,2 Prozent, die Kunsthochschulen indes ein Minus in Höhe von 1,8 Prozent.

noch nicht abschließend beantworten. Festzustellen ist jedoch, dass im Studienjahr 2004 insgesamt 3,9 Prozent weniger Studierende erstmalig an einer Hochschule immatrikuliert waren, als dies noch im Jahr davor (2003) der Fall war (Tabelle 3). Die Zahl der Studienanfänger sank auf 77 859, nachdem sie die Jahre davor kontinuierlich angestiegen war und im Studienjahr 2003 mit 81 056 einen Höchststand erreicht hatte⁹⁾.

Die höchste Schrumpfrate bei den „Erstsemestlern“ wiesen die Ver-

8) Die Regelstudienzeit an Universitäten und Kunsthochschulen beträgt in der Regel höchstens 9 Semester. Die 1,5fache Regelstudienzeit beträgt demnach (aufgerundet) 14 Semester. Für die Berechnung derjenigen, die gebührenfrei studieren können, wurde deshalb im Rahmen dieses Aufsatzes die Grenze für Studierende an Universitäten und Kunsthochschulen bei „14 Hochschulsemester und weniger“ angesetzt. Bei Fachhochschulen beträgt die Regelstudienzeit in der Regel höchstens 8 Semester. Demzufolge werden bei dieser Hochschulart Studierende im „12. Hochschulsemester und niedriger“ zu denjenigen gezählt, die (mutmaßlich) gebührenfrei studieren.

Im Rahmen der derzeit geltenden Studienkontenregelung können Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen in fast allen Fällen ein Studium gebührenfrei aufnehmen. Ob die Studienkonten generell abschreckend auf junge Menschen wirken und sie dazu führen, dass erst gar kein Studium mehr (in Nordrhein-Westfalen) aufgenommen wird, lässt sich derzeit

9) Anzumerken ist jedoch, dass auch in den anderen Bundesländern die Zahl der Studienanfänger zwischen 2003 und 2004 gesunken ist (Statistisches Bundesamt: Fachserie 11/Reihe 4.1: Wintersemester 2004/05).

3. Studienanfänger im 1. Hochschulesemester in den Studienjahren 2003 und 2004 nach Hochschularten				
Hochschulart	Studienanfänger		Veränderung 2004 ²⁾ gegenüber 2003 ¹⁾	
	2003 ¹⁾	2004 ²⁾	Anzahl	%
Hochschulen insgesamt	81 056	77 859	-3 197	-3,9
davon				
staatliche Universitäten	56 053	52 476	-3 577	-6,4
staatliche Fachhochschulen	16 819	16 963	+144	+0,9
staatliche Kunsthochschulen	574	805	+231	+40,2
Verwaltungsfachhochschulen	2 796	2 325	-471	-16,9
theologische Hochschulen/kirchliche Fachhochschulen	1 069	1 092	+23	+2,2
staatliche anerkannte Privathoch- schulen	3 745	4 198	+453	+12,1

1) Studienjahr 2003 = Sommersemester 2003 plus Wintersemester 2003/04 – 2) Studienjahr 2004 = Sommersemester 2004 plus Wintersemester 2004/05

waltungsfachhochschulen auf, die von dem Studienkontengesetz nicht betroffen sind. Hier reduzierte sich die Zahl der Studienanfänger um -16,9 Prozent. Auch an den staatlichen Universitäten des Landes hat sich die Zahl der Neueinschreiber zwischen 2003 und 2004 um 6,4 Prozent auf 52 476 reduziert. Andere Hochschularten (Fach- und Kunsthochschulen) indes verzeichneten trotz der Einführung der Studienkonten ein Plus bei den Studienanfängern: So meldeten die staatlichen Fachhochschulen (FH) im Studienjahr 2004 insgesamt 0,9 Prozent und die staatlichen Kunsthochschulen sogar 40,2 Prozent mehr Studienanfänger als noch im Jahr davor.

Auch der wissenschaftliche Nachwuchs in Promotionsstudiengängen ist von den Studiengebühren explizit ausgenommen. Studierende, die einen Promotionsabschluss anstreben, können auch weiterhin gebührenfrei an den Hochschulen studieren. Die Zahl der Promotionsstudierenden ist zwischen den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 um 10,2 Prozent gestiegen¹⁰⁾. Insgesamt waren damit im Wintersemester 2004/05 in NRW 25 543 Studierende in einem Promotionsstudiengang immatrikuliert.

2.2 Studieren ohne Studienkonten

Das Studienkontengesetz schließt Studierende an theologischen Hochschulen und Verwaltungsfachhoch-

¹⁰⁾ Allerdings handelt es sich bei dieser Zunahme zumindest teilweise um einen Bereinigungseffekt bei der Meldung der Promotionsstudierenden.

schulen in Nordrhein-Westfalen nicht mit ein. Bei beiden Hochschularten stagnierte die Studierendenzahl zwischen dem Wintersemester 2003/04 und 2004/05 (theologische Hochschulen -0,6 Prozent; Verwaltungsfachhochschulen -0,1 Prozent).

Eine weitere Gruppe, die nicht vom Studienkontengesetz erfasst wird, die jedoch schon immer für ihr Studium Gebühren zu entrichten hatte, sind die Studierenden an den staatlich anerkannten Privathochschulen. In Nordrhein-Westfalen waren im Wintersemester 2004/05 insgesamt 13 Hochschulen mit zusammen 21 Hochschulstandorten dieses Typs ansässig¹¹⁾. Die Privathochschulen zählten insgesamt 16 021 Studierende. Ihre Zahl hat sich zwischen dem Wintersemester 2003/04 und 2004/05 um fast ein Fünftel erhöht. Auch bei den Studienanfängern erfreuten sich die privaten Hochschulen großer Beliebtheit: Ihre Zahl erhöht sich von 3 745 im Studienjahr 2003 auf 4 198 im Jahr 2004 (+12,1 Prozent).

Insgesamt ist festzustellen, dass die Entwicklung der Studierendenzahlen bei den Gruppen, die nicht vom Studienkontengesetz betroffen sind bzw. die im Rahmen ihrer Studienkonten weiterhin gebührenfrei studieren können, keinen klaren Trend aufweist. Weder kann generell von einer abschreckenden Wirkung die Rede sein,

¹¹⁾ Dies sind: Alanus Hochschule (Alfter), BITS (Iserlohn), EU FH (Rhein/Erft), Sparkassenhochschule (Bonn), ISM (Dortmund), FH der Wirtschaft in Paderborn (mehrere Standorte), FOM in Essen (mehrere Standorte), Private wissenschaftliche Hochschule Witten-Herdecke, Fresenius Idstein Köln, IFH Bad Honnef-Bonn, FH des Mittelstandes Bielefeld, Rheinische FH Köln und die DMT Bochum

noch kann konstatiert werden, dass die Einführung der Studienkonten wirkungslos blieb. Frage ist nun, wie sich die Einführung der Studienkonten auf die Hochschulsegmente ausgewirkt hat, die seit dem Sommersemester 2004 – zumindest potenziell – unter die Gebührenpflicht fallen.

2.3 Gebührenpflichtige Studienformen an staatlichen Hochschulen

Bei den Personengruppen, die seit dem Sommersemester 2004 Studiengebühren zu entrichten haben, ist der Befund deutlich. Die Zahl der Studierenden an staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen, die sich im Erststudium befinden und die 1,5fache Regelstudienzeit überschritten haben¹²⁾, sank zwischen dem Wintersemester 2003/04 und 2004/05 um 31 935 auf nur noch 48 662 (-39,6 Prozent). Somit ging im Saldo¹³⁾ die Hälfte des „Verlustes“ bei den Studierendenzahlen in Nordrhein-Westfalen, die nach Einführung der Studiengebühren festzustellen war, auf das Konto der Langzeitstudierenden. Das bedeutet aber auch, dass (in der saldierten Betrachtung) fast 32 000 Personen die Hochschule nach sechseinhalb und mehr Jahren verlassen haben, ohne einen akademischen Abschluss vorweisen zu können.

Noch höher als bei den Langzeitstudierenden waren die Einbußen bei Studierenden an staatlichen Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen, die vor ihrem derzeitigen bereits ein anderes Studium erfolgreich abgeschlossen haben und im Zweitstudium oder einem anderen postgradualen Studium immatrikuliert waren. Ihre Zahl reduzierte sich innerhalb eines Jahres mit 40 022 Studierenden um deutlich mehr als die Hälfte auf 29 464 im Wintersemester 2004/05. Anzunehmen ist, dass sich in dieser Gruppe (vor allem) Berufstätige

¹²⁾ Zur Abgrenzung und Berechnung der Studierenden in bzw. außerhalb der 1,5fachen Regelstudienzeit siehe Fußnote 8. – ¹³⁾ Anzumerken ist, dass es sich bei dieser „saldierten“ Betrachtung nur um einen Orientierungswert handelt. Um die Zu- und Abgänge in den einzelnen Gruppen exakt zu bestimmen, wären Verlaufsdaten notwendig, die jedoch im Rahmen der amtlichen Hochschulstatistik nicht erhoben werden.

ge befanden, bei denen sich seit der Einführung von Studiengebühren die Vergünstigungen, die sich durch die Immatrikulation ergeben, nicht mehr bezahlt machen. Hierzu gehören insbesondere die verbilligte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel (z. B. Studententicket des VRR) sowie günstigere Krankenkassenbeiträge.

2.4 Ausgewählte Aspekte der Entwicklung

Auswirkungen auf einzelne Hochschulen¹⁴⁾

Alle drei Hochschularten, für die die Einführung der Studienkonten obligatorisch war, verzeichneten hinsichtlich der Gesamtzahl der Eingeschriebenen zwischen dem Wintersemester 2003/04 und 2004/05 ein Minus. Besonders betroffen waren dabei die Universitäten des Landes. Während im Wintersemester 2003/04 die staatlichen Universitäten noch 394 948 Hochschüler zählten, waren es im Wintersemester nach der Einführung der Studienkonten nur noch 334 472. Ein Vergleich der Universitäten untereinander zeigt, dass der Rückgang der Studierendenzahlen bei den einzelnen Universitäten unterschiedlich stark ausgeprägt war (Tabelle 4). Die höchsten Verluste verzeichnete die Universität Köln (-13 330 Studierende), gefolgt von der Fernuniversität Hagen (-9 003), der Universität Bonn (-6 878), der Universität Düsseldorf (-6 842) und der Universität Bochum (-4 700). Verhältnismäßig geringe Einbußen verzeichneten hingegen die Universitäten Paderborn (-456) und Siegen (-311).

Differenzierter ist das Bild bei den staatlichen Fachhochschulen, die im Durchschnitt 5,4 Prozent ihrer Studierenden einbüßten. Auch hier war Köln besonders stark vom Rückgang betroffen (FH Köln: -1 717). Daneben verzeichneten die FH Dortmund (-954), die FH Münster (-865), die FH Niederrhein (-708) sowie die FH Bielefeld (-621) deutliche Verluste. Es gab jedoch auch Fachhochschu-

14) Im Folgenden werden alle Studierenden an den jeweiligen Hochschulen berücksichtigt, unabhängig von der Art des Studiums und der Studiendauer.

4. Studierende in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 nach ausgewählten Hochschularten und Hochschulen				
Hochschulart Hochschule	Studierende		Veränderung WS 2004/05 gegenüber WS 2003/04	
	WS 2003/04	WS 2004/05	Anzahl	%
Staatliche Universitäten (U) insgesamt	394 948	334 472	-60 476	-15,3
darunter				
Deutsche Sporthochschule Köln	5 161	4 465	-696	-13,5
Fernuniversität Hagen	40 438	31 435	-9 003	-22,3
RWTH Aachen	30 664	28 210	-2 454	-8,0
U Bielefeld	19 724	17 707	-2 017	-10,2
U Bochum	34 920	30 220	-4 700	-13,5
U Bonn	36 852	29 974	-6 878	-18,7
U Dortmund	25 262	21 130	-4 132	-16,4
U Duisburg-Essen	36 900	32 849	-4 051	-11,0
U Düsseldorf	24 863	18 021	-6 842	-27,5
U Köln	57 570	44 240	-13 330	-23,2
U Münster	42 155	37 916	-4 239	-10,1
U Paderborn	13 801	13 345	-456	-3,3
U Siegen	12 108	11 797	-311	-2,6
U Wuppertal	14 530	13 163	-1 367	-9,4
Staatliche Fachhochschulen (FH) insgesamt	93 504	88 431	-5 073	-5,4
darunter				
FH Aachen	8 299	8 036	-263	-3,2
FH Bielefeld	6 833	6 212	-621	-9,1
FH Bochum	4 933	4 606	-327	-6,6
FH Bonn-Rhein-Sieg	3 729	4 156	+427	+11,5
FH Dortmund	9 565	8 611	-954	-10,0
FH Düsseldorf	6 913	6 390	-523	-7,6
FH Gelsenkirchen	5 774	5 905	+131	+2,3
FH Köln	17 955	16 238	-1 717	-9,6
FH Lippe und Höxter	4 544	4 595	+51	+1,1
FH Münster	9 676	8 811	-865	-8,9
FH Niederrhein	10 432	9 724	-708	-6,8
FH Südwestfalen	4 851	5 147	+296	+6,1
Staatliche Kunsthochschulen insgesamt	4 833	4 572	-261	-5,4
darunter				
Folkwang-Hochschule Essen ¹⁾	831	923	+92	+11,1
Hochschule für Musik Detmold ²⁾	856	563	-293	-34,2
Hochschule für Musik Köln	1 660	1 510	-150	-9,0
Kunsthochschule für Medien Köln	267	270	+3	+1,1
Kunstakademie Düsseldorf	422	371	-51	-12,1
Kunstakademie Münster	260	315	+55	+21,2
Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf	537	620	+83	+15,5

1) Neuaufnahme der Abteilung Dortmund im Sommersemester 2004 – 2) im Wintersemester 2004 wurde die Abteilung Münster in die Uni Münster und die Abteilung Dortmund in die Folkwang Hochschule eingegliedert

len, die trotz Einführung der Studienkonten zwischen den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 ein Plus verbuchen konnten: Hierzu zählten die FH Bonn-Rhein-Sieg (+427), die FH Südwestfalen (+296), die FH Gelsenkirchen (+131) sowie die FH Lippe und Höxter (+51). Die staatlichen Kunsthochschulen in Nordrhein-Westfalen haben im Beobachtungszeitraum ebenfalls insgesamt 5,4 Prozent ihrer Studierenden eingebüßt. Die Hochschule für Musik in Detmold verzeichnete ein Minus von knapp 300 Studierenden. Allerdings resultieren diese Verluste vor allem aus Ausgliederungen von zwei Standorten¹⁵⁾. Darüber hinaus verloren auch die Hochschule für Musik in

Köln im Saldo 150, die Kunstakademie Düsseldorf 51 Studierende. Die anderen vier Kunsthochschulen des Landes (Folkwang-Hochschule/Essen, Robert-Schumann Hochschule/Düsseldorf, Kunstakademie/Münster sowie Kunsthochschule für Medien/Köln) registrierten Zuwächse.

Auswirkung auf den Anteil Langzeitstudierender¹⁶⁾

Ein erklärtes Ziel des Studienkontenmodells war vor allem, die Zahl der Langzeitstudierenden zu reduzieren. Die vorliegenden Daten bestätigen, dass dies auch erreicht wurde. Im Wintersemester 2003/04 waren an

15) Der Standort Dortmund wurde in die Folkwang-Hochschule in Essen eingegliedert und der Standort Münster in die Universität Münster.

16) Im Gegensatz zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend nicht nur Studierende im Erststudium berücksichtigt, sondern alle „Langzeitstudierenden“, also auch die, die sich beispielsweise in einem Zweitstudium befinden.

5. Studierende in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 nach ausgewählten Hochschularten und Zahl der Hochschulsemeister				
Hochschulart Hochschulsemeister	Studierende			
	WS 2003/04		WS 2004/05	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Staatliche Universitäten zusammen	394 948	100	334 472	100
davon				
1. – 14. Hochschulsemeister	269 415	68,2	264 512	79,1
15. – 19. Hochschulsemeister	53 691	13,6	34 567	10,3
20. und höheres Hochschulsemeister	71 842	18,2	35 393	10,6
Staatliche Fachhochschulen zusammen	93 504	100	88 431	100
davon				
1. – 12. Hochschulsemeister	73 543	78,7	76 342	86,3
13. – 19. Hochschulsemeister	11 742	12,6	8 375	9,5
20. und höheres Hochschulsemeister	8 219	8,8	3 714	4,2
Staatliche Kunsthochschulen zusammen	4 833	100	4 572	100
davon				
1. – 14. Hochschulsemeister	4 100	84,8	4 018	87,9
15. – 19. Hochschulsemeister	526	10,9	402	8,8
20. und höheres Hochschulsemeister	207	4,3	152	3,3

Veränderungen nach Fächergruppen

Insgesamt haben – wie oben beschrieben – die staatlichen Universitäten in Nordrhein-Westfalen im Wintersemester 2004/05 mehr als 60 000 Studierende weniger gezählt als noch ein Jahr davor. Dies ging vor allem zu Lasten der sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächer (Tabelle 6). Die Zahl der Studierenden, die Studiengänge in dieser Fächergruppe belegten, reduzierte sich innerhalb von einem Jahr um mehr als ein Fünftel auf 96 119 Hochschüler (-28 092). Die rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächer verloren 15 286 Studierende und

den staatlichen Universitäten in Nordrhein-Westfalen fast ein Drittel (31,8 Prozent) der Studierenden im 15. oder einem höheren Hochschulsemeister eingeschrieben (Tabelle 5). Im darauf folgenden Jahr waren es „nur“ noch gut ein Fünftel (20,9 Prozent). Allein die Zahl derjenigen, die seit 20 Semestern und länger an einer staatlichen Universität immatrikuliert sind, hat sich von 71 842 auf 35 393 reduziert und damit fast halbiert.

Auch an den staatlichen Fachhochschulen ist der Rückgang an Langzeitstudierenden erkennbar: Im Wintersemester 2004/05 lag der Anteil derjenigen, die im 13. Hochschulsemeister oder höher waren, bei 13,7 Prozent und damit um 7,7 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Die Zahl derjenigen, die seit 20 und mehr Semestern an einer Hochschule immatrikuliert sind, reduzierte sich an Fachhochschulen von 8 219 auf 3 714.

Im Gegensatz dazu war der Anteil der Langzeitstudierenden an Kunsthochschulen auch schon vor Einführung der Studienkonten niedriger (15,2 Prozent). Er sank im Wintersemester 2004/05 auf 12,1 Prozent. Insbesondere die Zahl der „Berufsstudent(inn)en“, also derjenigen, die seit (mehr als) 20 Semestern immatrikuliert sind, ist an Kunsthochschulen bedingt durch die besonderen Studienbedingungen mit 3,3 Prozent (Wintersemester 2004/05) deutlich niedriger als beispielsweise an den Universitäten.

6. Studierende in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05 nach ausgewählten Hochschularten und Fächergruppen				
Hochschulart Fächergruppe	Studierende		Veränderung WS 2004/05 gegenüber WS 2003/04	
	WS 2003/04	WS 2004/05	Anzahl	%
Staatliche Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen insgesamt	493 285	427 475	-65 810	-13,3
davon				
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	5 188	5 027	-161	-3,1
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	19 253	18 086	-1 167	-6,1
Ingenieurwissenschaften	78 609	74 527	-4 082	-5,2
Kunst, Kunstwissenschaft	19 395	16 939	-2 456	-12,7
Mathematik, Naturwissenschaften	88 367	77 768	-10 599	-12,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	146 269	128 245	-18 024	-12,3
Sport	9 307	8 348	-959	-10,3
Sprach- und Kulturwissenschaften	126 897	98 535	-28 362	-22,4
davon				
staatliche Universitäten zusammen	394 948	334 472	-60 476	-15,3
davon				
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	2 415	2 192	-223	-9,2
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	19 253	18 086	-1 167	-6,1
Ingenieurwissenschaften	37 423	35 139	-2 284	-6,1
Kunst, Kunstwissenschaft	9 795	8 007	-1 788	-18,3
Mathematik, Naturwissenschaften	77 267	66 590	-10 677	-13,8
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	115 277	99 991	-15 286	-13,3
Sport	9 307	8 348	-959	-10,3
Sprach- und Kulturwissenschaften	124 211	96 119	-28 092	-22,6
staatliche Fachhochschulen zusammen	93 504	88 431	-5 073	-5,4
davon				
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	2 773	2 835	+62	+2,2
Ingenieurwissenschaften	41 146	39 335	-1 811	-4,4
Kunst, Kunstwissenschaft	4 807	4 413	-394	-8,2
Mathematik, Naturwissenschaften	11 100	11 178	+78	+0,7
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	30 992	28 254	-2 738	-8,8
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 686	2 416	-270	-10,1
staatliche Kunsthochschulen zusammen	4 833	4 572	-261	-5,4
davon				
Ingenieurwissenschaften	40	53	+13	+32,5
Kunst, Kunstwissenschaft	4 793	4 519	-274	-5,7

die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer insgesamt 10 677 Studierende.

Bei den staatlichen Fachhochschulen, die im Saldo „nur“ gut 5 000 Studierende einbüßten, verzeichneten die rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächer mit einem Minus von 2 738 Studierenden den stärksten Rückgang. Platz zwei der „Verlustliste“ belegten ingenieurwissenschaftliche Studiengänge (-1 811 Studierende). Gleichzeitig verzeichnete sowohl die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften ein leichtes Plus (+78) als auch Studiengänge im Bereich Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (+62).

Absolvent(inn)en mit bestandener Abschlussprüfung

Die bisherigen Ergebnisse lassen vermuten, dass viele Studierende seit der Einführung der Studienkonten bemüht sind, ihr Studium zügig abzuschließen. Auch wenn noch keine abschließende Beurteilung vorgenommen werden kann, ist doch festzustellen, dass zwischen 2003 und 2004 die Zahl der Absolvent(inn)en mit erfolgreich abgelegten Abschlussprüfungen wieder zugenommen hat, nachdem sie seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich sank (Tabelle 1 und 7). Im Prüfungsjahr¹⁷⁾

17) Die Zahl der Absolventen im Prüfungsjahr wird ermittelt aus der Summe der Absolventen im Sommersemester und dem vorhergehenden Wintersemester (z. B.: Prüfungsjahr 2003 = Zahl der Absolventen im Sommersemester 2003 + Wintersemester 2002/03).

2003 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 44 885 Abschlussprüfungen erfolgreich abgelegt, im Jahr 2004 waren es 48 200 (+7,4 Prozent). Differenziert nach Hochschularten zeigt sich, dass sich die Zahl der Absolvent(inn)en nicht nur an den staatlichen Hochschulen erhöht hat, sondern dass insbesondere die Privathochschulen zwischen 2003 und 2004 ein deutliches Plus verzeichnen konnten (+534 Absolvent(inn)en bzw. +38,4 Prozent). Die Steigerungsrate der Absolventenzahl lag im genannten Zeitraum bei den staatlichen Universitäten bei 3,9 Prozent (+1 197) und bei den staatlichen Fachhochschulen bei 11,5 Prozent (+1 060).

3 Schlussbemerkung

Die Einführung der Studienkonten in Nordrhein-Westfalen zeigte in einzelnen Segmenten des Hochschulwesens erhebliche Auswirkungen. So sank die Zahl der Langzeitstudierenden merklich. Es ist davon auszugehen, dass sich die Gruppe derjenigen, die nicht (primär) zum Zwecke der Bildung an den Hochschulen eingeschrieben sind, sondern vielmehr aus vermutlich ökonomischen Gründen (vergünstigte ÖPNV-Tickets, Krankenkassenbeiträge u. Ä.), deutlich verkleinert hat. Dabei handelte es sich wahrscheinlich mehrheitlich um Personen, die bis zur Einführung der Studienkonten formal in einem Zweitstudium eingeschrieben waren. Offen indes ist die Frage, ob die generelle Einführung von Studiengebühren für

Zweit-, Weiterbildungs-, Aufbau und Zusatzstudiengänge in Zeiten, in denen „lebenslanges Lernen“ als eine Voraussetzung für die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gilt, nicht auch zu unerwünschten Effekten dergestalt führt, dass auf freiwillige Weiterbildung und Zusatzqualifikationen aus ökonomischen Gründen verzichtet wird.

Die in diesem Beitrag für Nordrhein-Westfalen vorgestellten Ergebnisse gelten – so stellte das Statistische Bundesamt in einer vergleichenden Analyse fest – auch in anderen Bundesländern, in denen in letzten Jahren Regelungen für Langzeit- und/oder Zweitstudierende eingeführt wurden¹⁸⁾. So hat sich die Zahl der Langzeitstudierenden in den Bundesländern, die im Jahr 2004 Gebührenregelungen eingeführt haben, zwischen dem Wintersemester 2003/04 und 2004/05 deutlich reduziert (Hessen -42 Prozent, Rheinland-Pfalz -38 Prozent, Hamburg -24 Prozent, Thüringen -21 Prozent).

Offen bleibt die Frage, welche Auswirkungen eine generelle Einführung von Studiengebühren für alle Studierenden auf das Hochschulsystem haben wird. Dies ist bisher in keinem der Bundesländer umgesetzt. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat zwischenzeitlich die Eckpunkte eines neuen Gesetzentwurfes zum Thema „Studienbeiträge“ beschlossen. Werden diese Pläne umgesetzt, wird zum Sommersemester 2007 das Studienkontenmodell in der derzeitigen Form wieder entfallen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass die Hochschulen zukünftig selbst bestimmen können, ob und in welcher Höhe sie Studienbeiträge erheben wollen. Diese Regelung soll für alle Studierenden ab dem Sommersemester 2007, für Studienanfänger bereits ab dem Wintersemester 2006/07 gelten.

7. Absolvent(inn)en in den Prüfungsjahren 2003 und 2004 nach Hochschularten				
Hochschulart	Absolvent(inn)en		Veränderung 2004 ²⁾ gegenüber 2003 ¹⁾	
	2003 ¹⁾	2004 ²⁾	Anzahl	%
Hochschulen insgesamt	44 885	48 200	+3 315	+7,4
davon				
staatliche Universitäten	30 483	31 680	+1 197	+3,9
staatliche Fachhochschulen	9 230	10 290	+1 060	+11,5
staatliche Kunsthochschulen	866	1 071	+205	+23,7
Verwaltungsfachhochschulen	2 023	2 208	+185	+9,1
theologische Hochschulen/kirchliche Fachhochschulen	861	1 013	+152	+17,7
Staatliche anerkannte Privathochschulen	1 390	1 924	+534	+38,4
sonstige deutsche Hochschulen	32	14	-18	-56,3

1) Prüfungsjahr 2003 = Wintersemester 2002/03 + Sommersemester 2003 – 2) Prüfungsjahr 2004 = Wintersemester 2003/04 + Sommersemester 2004

18) Statistisches Bundesamt (2005): Hochschulstandort Deutschland

Nachfrage nach Dienstleistungen 2003

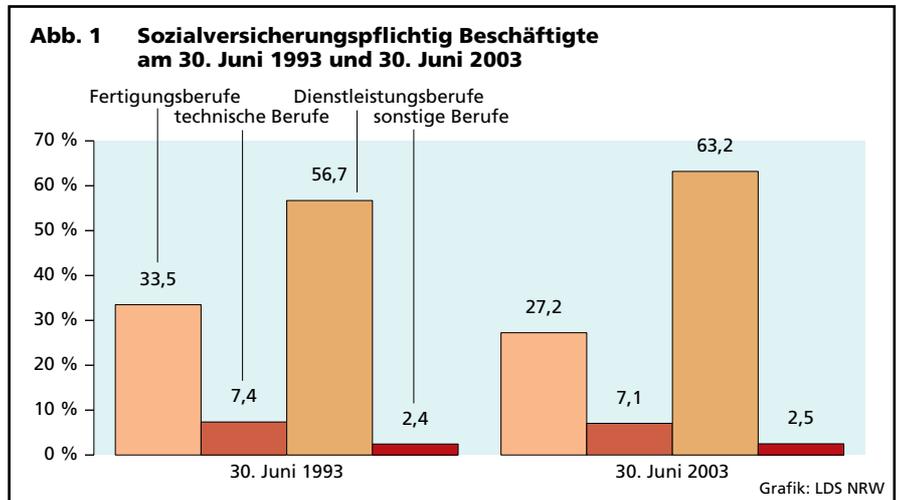
Heike Schrankel, Dipl. Statistikerin Katharina Götz

1 Einleitung

Nordrhein-Westfalen entwickelt sich immer mehr zur Dienstleistungs-, Informations- und Wissensgesellschaft. Mithilfe der Anzahl der Erwerbstätigen oder dem Anteil am Brutto sozialprodukt lässt sich diese Entwicklung aufzeigen. Der Dienstleistungssektor, auch tertiärer Sektor genannt, setzt sich aus folgenden Bereichen zusammen:

- Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern
- Gastgewerbe
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Kredit- und Versicherungsgewerbe
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen, a. n. g.
- Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
- Erziehung und Unterricht
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit gewinnen Dienstleistungen in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer mehr an Bedeutung, da ihnen allgemein ein großes Potenzial zur Erhöhung der Wachstumsdynamik und damit der Beschäftigung beigemessen wird. Betrachtet man die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach beruflicher Gliederung über einen Zeitraum von 10 Jahren, wird deutlich, welches Wachstumspotenzial der Dienstleistungssektor hat. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei den Fertigungsberufen um 6,2 % zurückging, konnte die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor einen Zuwachs von 6,5 % verzeichnen (siehe Abb. 1).



Mit Sicherheit gilt dieses Wachstumspotenzial nicht für alle Dienstleistungsbranchen gleichermaßen, sondern bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise.

In der amtlichen Statistik wurde der Entwicklung des Tertiären Sektors mit der Einführung der Dienstleistungsstatistiken ab dem Berichtsjahr 2000 Rechnung getragen. Durch diese neuen Erhebungen wurde die statistische Erfassung von Dienstleistungen ergänzt. Größtenteils unerfasst blieb allerdings die Nachfrage nach Dienstleistungen durch Unternehmen. Lediglich Teilbereiche wie Mieten, Pachten und Leasing wurden differenziert auch nachfrageseitig erhoben. Die meisten anderen Aufwendungen für Dienstleistungen wurden in Sammelpositionen zusammengefasst und konnten somit nicht weiter analysiert werden. Um das Wachstum des Dienstleistungssektors besser beurteilen zu können, war es notwendig, diese Sammelpositionen nach Dienstleistungsarten aufzuteilen, um so deren Verwendung im Produktionsprozess von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen genau nachvollziehen zu können.

2 Erhebungsdesign

Von der EU-Kommission wurde dazu das Projekt „Nachfrage nach Dienstleistungen“ initiiert und finanziell gefördert. Projektstart war im Oktober 2003. Neben den statistischen Ämtern von weiteren acht EU-Ländern (Dänemark, Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und Slowenien) beteiligten sich an diesem Projekt auch die statistischen Landesämter Brandenburgs, Hessens, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und Sachsen-Anhalts. Die Erhebung in den übrigen deutschen Bundesländern erfolgte durch das Statistische Bundesamt.

In Deutschland wurde die Erhebung „Nachfrage nach Dienstleistungen 2003“ in den Monaten September bis Dezember 2004 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder nach § 7 Abs. 2 BStatG durchgeführt. Es handelte sich hierbei um eine freiwillige Befragung von Unternehmen und Einrichtungen mit mehr als 20 Beschäftigten aus bestimmten Wirtschaftsbereichen, bei der in erster Linie die Nachfrageseite von Dienstleistungen nach Dienstleistungsarten erfasst wurde. Bei Erhebungen nach

§ 7 dürfen maximal 10 000 Einheiten befragt werden. Um trotz dieser Beschränkung aussagefähige Ergebnisse zu ermöglichen, wurde die Befragung als geschichtete Stichprobe angelegt. Schichtungskriterien dafür waren:

1. Region des Unternehmenssitzes
2. Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) des Unternehmens
3. Unternehmensgröße

Die Region des Unternehmenssitzes ermöglichte die Erstellung von Länderer-

gebnissen. Um nicht zu viele Schichten zu erhalten, wurde die detaillierte Wirtschaftszweigklassifikation NACE entsprechend der auf EU-Ebene vereinbarten Nachweisstruktur zu 15 Gruppen zusammengefasst. Diese 15 Bereiche setzten sich wie folgt zusammen:¹⁾

1. Hochtechnologiebereich:
 - Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen [24.4]
 - Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen [30]
 - Rundfunk- und Nachrichtentechnik [32]
 - Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren [33]
 - Luft- und Raumfahrzeugbau [35.3]
2. Mittel- bis Hochtechnologiebereich:
 - Herstellung von chemischen Erzeugnissen ([24] ohne [24.4])
 - Maschinenbau [29]
 - Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä. [31]
 - Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen [34]
 - Bahnindustrie [35.2]
 - Herstellung von Krafträdern, Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen [35.4]
 - Fahrzeugbau, anderweitig nicht genannt [35.5]
3. Niedrig- bis Mitteltechnologiebereich:
 - Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen [23]
 - Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren [25]
 - Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden [26]
 - Metallerzeugung und -bearbeitung [27]
 - Herstellung von Metallerzeugnissen [28]
 - Schiff- und Bootsbau [35.1]
4. Niedrigtechnologiebereich:
 - Ernährungsgewerbe [15]
 - Tabakverarbeitung [16]
 - Textilgewerbe [17]
 - Bekleidungs-gewerbe [18]
 - Ledergewerbe [19]
 - Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) [20]
 - Papiergewerbe [21]
 - Verlags-gewerbe, Druck-gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern [22]
 - Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen [36]
 - Recycling [37]
5. Baugewerbe [45]
6. Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen; Tankstellen [50]
7. Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) [51]
8. Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern [52]
9. Gastgewerbe [55]
10. Verkehr:
 - Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen [60]
 - Schifffahrt [61]
 - Luftfahrt [62]
 - Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung [63]
11. Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienpersonal [71]
12. Wissensintensive Hochtechnologie-Dienstleistungen:
 - Nachrichtenübermittlung [64]
 - Datenverarbeitung und Datenbanken [72]
 - Forschung und Entwicklung [73]
13. Wissensintensive Unternehmensdienstleistungen:
 - Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Management-tätigkeiten von Holdinggesellschaften [74.1]
 - Architektur- und Ingenieurbüros [74.2]
 - Technische, chemische und physikalische Untersuchungen [74.3]
 - Werbung [74.4]
14. Operative Unternehmensdienstleistungen:
 - Personal- und Stellenvermittlung, Überlassung von Arbeitskräften [74.5]
 - Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien [74.6]
 - Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln [74.7]
 - Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Leistungen, anderweitig nicht genannt [74.8]
15. Öffentliche Dienstleistungen:
 - Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung [90]
 - Film- und Videoherstellung, -verleih, -vertrieb; Kinos [92.1]
 - Rundfunkveranstalter, Herstellung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen [92.2]

¹⁾ Die Nummern in eckigen Klammern beziehen sich auf Abteilungen und Gruppen der NACE Rev. 1.1.

Die Unternehmensgröße gliederte sich in drei Beschäftigtengrößenklassen:

- 20 bis 49 Beschäftigte
- 50 bis 249 Beschäftigte
- 250 und mehr Beschäftigte

entstandenen Verzerrungen und der hohen zu erwartenden Streuung in den nach oben offenen Schichten von Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten, erfolgt die Auswertung bezüglich der Höhe der Investitionen und Käufe von Dienstleistungen an-

Der erste Teil des Fragebogens diente dazu, allgemeine Angaben zum Unternehmen zu erhalten und bestand in erster Linie aus buchhalterischen Angaben. Weiterhin wurde nach Aufwendungen für Dienstleistungen gefragt, die einen investiven Charakter hatten. Hier wurde in fünf Dienstleistungsgruppen unterschieden:

1. Anteil der zurückgesandten Erhebungsunterlagen im IV. Quartal 2004 nach Technologiebereichen und Beschäftigtengrößenklassen				
Technologiebereich	Unternehmen			
	insgesamt	davon mit ... bis ... Beschäftigten		
		20 bis 49	50 bis 249	250 und mehr
Anteil der zurückgesandten Unterlagen in %				
Hochtechnologiebereich	38,9	37,5	46,4	33,3
Mittel- bis Hochtechnologiebereich	28,7	58,3	46,5	24,6
Niedrig- bis Mitteltechnologiebereich	35,3	52,9	44,0	31,7
Niedrigtechnologiebereich	46,1	50,0	52,2	41,7
Baugewerbe	34,9	31,6	44,4	26,2
Kraftfahrzeughandel	19,2	-	31,6	10,0
Handelsvermittlung und Großhandel	26,7	29,4	34,8	22,0
Einzelhandel	17,8	21,4	18,0	17,5
Gastgewerbe	29,2	30,0	25,0	34,8
Verkehr	27,7	30,8	35,6	24,3
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienpersonal	36,8	50,0	25,0	66,7
Wissensintensive Hochtechnologie-Dienstleistungen	27,0	28,6	37,5	22,4
Wissensintensive Unternehmensdienstleistungen	24,3	21,4	27,5	23,3
Operative Unternehmensdienstleistungen	26,7	-	41,2	24,1
Öffentliche Dienstleistungen	15,0	22,2	19,0	12,9
Insgesamt	28,9	31,3	37,6	25,2

Nach einem mathematisch-statistischen Zufallsverfahren wurden in den beteiligten Bundesländern 10 000 Unternehmen und Einrichtungen ausgewählt. In Nordrhein-Westfalen wurden 2 580 Unternehmen angeschrieben. Insgesamt beteiligten sich 4 638 der angeschriebenen Unternehmen, darunter 746 aus Nordrhein-Westfalen. Die Angaben aus der Befragung wurden auf die Gesamtzahl der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in den untersuchten Wirtschaftsbereichen anhand des Unternehmensregisters hochgerechnet. Aufgrund der geringen Teilnahme konnten nicht alle Schichten gefüllt werden. In der Beschäftigtengrößenklasse bis 49 Beschäftigte beteiligten sich leider keine Unternehmen des Kfz-Handels und solche mit operativen Unternehmensdienstleistungen wie z. B. Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln an der Befragung. Aufgrund der hierdurch

hand robuster Parameter wie Median und Perzentilen.

Der Fragenkatalog für die Erhebung wurde in Zusammenarbeit mit den beteiligten EU-Ländern und Eurostat erarbeitet. Er setzte sich in erster Linie aus folgenden Punkten zusammen:

- Allgemeine Fragen zum Unternehmen
- Investitionen mit Bezug zu Dienstleistungen im Geschäftsjahr 2003
- Dienstleistungen, die im Geschäftsjahr 2003 erworben wurden
- Zugehörigkeit zu einer Unternehmensgruppe
- Hauptbezugsquelle für die spezielle Dienstleistung
- Sitz des Hauptdienstleisters
- Barrieren beim Einkauf von Dienstleistungen aus dem Ausland
- Entwicklung der Dienstleistungskäufe in den nächsten zwei Jahren

- Investitionen in handelbare Rechte: z. B. Lizenzen und Franchising; Patente und Gebrauchsmuster; Industriedesign; Handelsmarken; Copyright und Urheberrechte (inkl. Film- und Musikrechte)
- Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien: z. B. kundenspezifische Software; bilanzierte Kosten für Softwareentwicklung (ohne Standardsoftware und Hardware)
- bilanzierte Kosten für produktionsbezogene Forschung und Entwicklung: z. B. Versuchsentwicklung; Architekten- und Ingenieurbüroleistungen sowie damit verbundene technische Beratung; technische, physikalische und chemische Untersuchungsleistungen
- bilanzierte Kosten für Marketing- und Verkaufsdienstleistungen: z. B. Marktforschungsdienstleistungen; Werbeleistungen
- Investitionen in sonstige Dienstleistungen

Ferner wurden Aufwendungen für Dienstleistungen ohne Investitionscharakter erfragt und in zwölf Dienstleistungssektoren unterteilt:

- Transport- und Logistikleistungen, Post:
z. B. Transport zu Land, zu Wasser und in der Luft; Lagerung und Lagerabwicklung; Post- und Kurierdienstleistungen; Dienstleistungen von Reisebüros und Reiseveranstaltern
- Dienstleistungen in Verbindung mit Informations- und Kommunikationstechnologien:
z. B. Hardware- und Softwareberatung; kundenspezifische Software; IT-Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten; Datenbanken und Datenverarbeitung; Internetdienste
- Marketing- und Verkaufsdienstleistungen:
z. B. Markt- und Meinungsforschungsdienstleistungen; Werbeleistungen; Direktmarketing inkl. Provisionen für Handelsvertreter; Ausstellungs-, Messe- und Kongressdienstleistungen
- qualifizierte Dienstleistungen und Unternehmensdienstleistungen:
z. B. Rechts- und Patentberatung; Buchführung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung; Geschäftsführung, Unternehmensberatung; Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften
- Personaldienstleistungen:
z. B. Schulungs- und Bildungsleistungen; Personalbeschaffung und -vermittlung; Vermittlung und Überlassung von Zeitarbeitskräften; Dienstleistungen des Gesundheitswesens
- Versicherungs- und Finanzdienstleistungen: z. B. Versicherungen (ohne gesetzl. Sozialversicherungen); Bankdienstleistungen (ohne Zinsen für Fremdkapital), Finanzierungsleasing
- Miete, Pacht und operatives Leasing:
z. B. Grundstücke und Gebäude; Fahrzeuge; Maschinen; Geräte; Gebrauchsgüter
- Forschungs- und Entwicklungsleistungen:
z. B. Forschungsdienstleistungen; Versuchsentwicklung
- Architektur- und Ingenieurbüroleistungen:
z. B. technische Beratung; technische, physikalische und chemische Untersuchungsleistungen
- Kosten, die mit handelbaren Rechten in Verbindung stehen:
z. B. Lizenzen und Franchising; Patente und Gebrauchsmuster (ohne Rechtsberatung); Industriedesign; Handelsmarken; Copyright und Urheberrechte (inkl. Film- und Musikrechte)
- Hilfsdienstleistungen:
z. B. Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien; Kantinen- und Cateringleistungen; Vermittlung und Verwaltung von Immobilien; Reinigungsleistungen; Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten (ohne solche für IT); Call Center-Leistungen; Sekretariats- und Übersetzungsdienstleistungen
- sonstige Dienstleistungen

Die Zusammensetzung der einzelnen Dienstleistungsarten ist an der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA) orientiert.

Anschließend wurde nach dem Hauptdienstleister für eine jeweilige Dienstleistung gefragt. Damit war der Dienstleister gemeint, bei dem der größte Anteil einer Dienstleistung eingekauft wurde. Der Hauptdienstleister konnte entweder das Unternehmen selbst, ein anderes Unternehmen aus der Unternehmensgruppe oder ein Unternehmen außerhalb der Unternehmensgruppe sein. Es wurde konkret nach folgenden 14 Dienstleistungsarten gefragt:

- Transport- und Logistikleistungen
- IT-Dienstleistungen
- Marktforschungsleistungen
- Werbeleistungen
- Rechtsberatungsleistungen
- Steuerberatung, Buchhaltung, Wirtschaftsprüfung
- Geschäftsführung und Unternehmensberatung
- Personaldienstleistungen
- Finanzdienstleistungen
- Versicherungsleistungen
- Miete, Pacht und operatives Leasing
- Architektur- und Ingenieurbüroleistungen
- Reinigungsleistungen
- Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien

Wurden Dienstleistungen von außerhalb der Unternehmensgruppe bezogen, gab die Frage nach Art der Geschäftsbeziehung zum jeweiligen Hauptdienstleister darüber Aufschluss, ob es sich um eine langfristige oder eher kurzfristige Partnerschaft handelte. Für Dienstleistungen, die außerhalb der Unternehmensgruppe erworben wurden, war ferner interessant, ob der Sitz des Hauptdienstleisters in derselben Region wie das Unternehmen, in einer anderen Region oder im Ausland lag.

Unabhängig davon, woher das Unternehmen seine Dienstleistungen bezog, sollten aus folgender Liste jeweils zwei der für das Unternehmen wichtigsten Gründe genannt werden, die als Barriere für den Einkauf von Dienstleistungen im Ausland gesehen wurden:

- räumliche Barrieren (Nähe ist wichtig)
- gesetzliche und/oder behördliche Barrieren
- geringes Vertrauen in ausländische Dienstleistungen
- sprachliche und/oder kulturelle Barrieren
- Passende ausländische Angebote sind schwer zu finden.
- wirtschaftliche Barrieren (ausländische Leistungen zu teuer)
- Es gibt keine Barrieren.
- Dienstleistung spielt keine Rolle.
- nicht bekannt

Die Ergebnisdarstellung im folgenden Projektbericht beschränkt sich auf das Land Nordrhein-Westfalen.

3 Ergebnisse

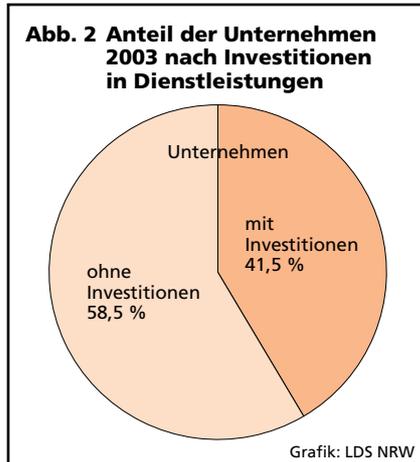
Bei den Ausgaben für Dienstleistungen wurden zwei Gruppen unterschieden. Bei den Investitionen mit Bezug auf Dienstleistungen wurde nur nach zugekauften Bruttozugängen zum Anlagevermögen gefragt. Bei Dienstleistungen, die im Geschäftsjahr 2003 erworben wurden, sollten nur die Kosten für Käufe von Dienstleistungen, die in der Gewinn- und Verlustrechnung geführt werden und nicht im Anlagevermögen aktiviert sind, angegeben werden.

Bei diesen Daten handelt es sich um Unternehmensangaben, die sich natürlich durch viele Faktoren wie z. B. Art oder Größe des Unternehmens stark voneinander unterscheiden. Die Angaben einzelner sehr großer Unternehmen beeinflussen die Durchschnittswerte in solchem Maße, dass hinsichtlich der tatsächlichen Aufwendungen für die Dienstleistungen der Mehrzahl der Unternehmen ein schiefes Bild entstehen würde. Aus diesem Grund wird zum einen keine Gesamtsumme der Investitionen in bzw. der Käufe von Dienstleistungen als Ergebnis ausgewiesen, und zum anderen wird in der folgenden Betrachtung der Ausgaben von Perzentilen bzw. dem Median die Rede sein. Der Median liegt in einer Rangreihe so, dass jeweils 50 % aller

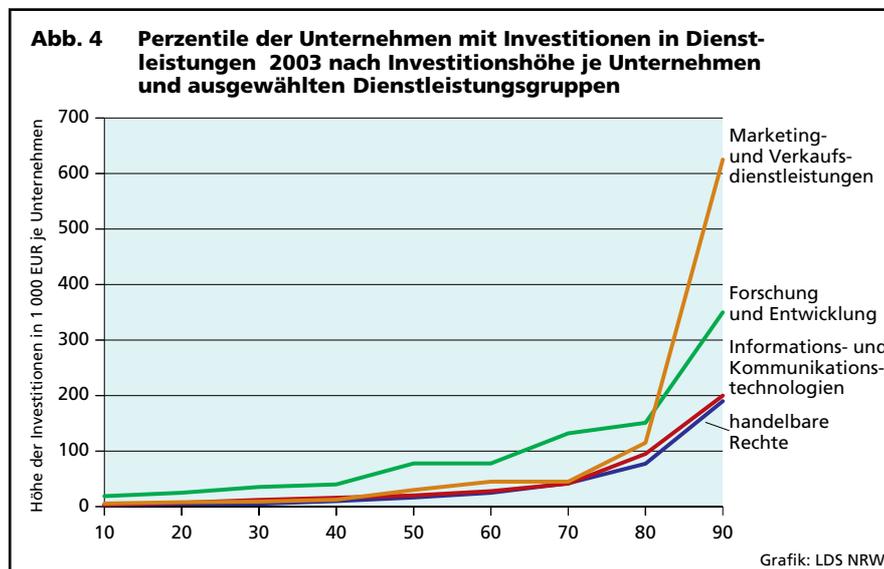
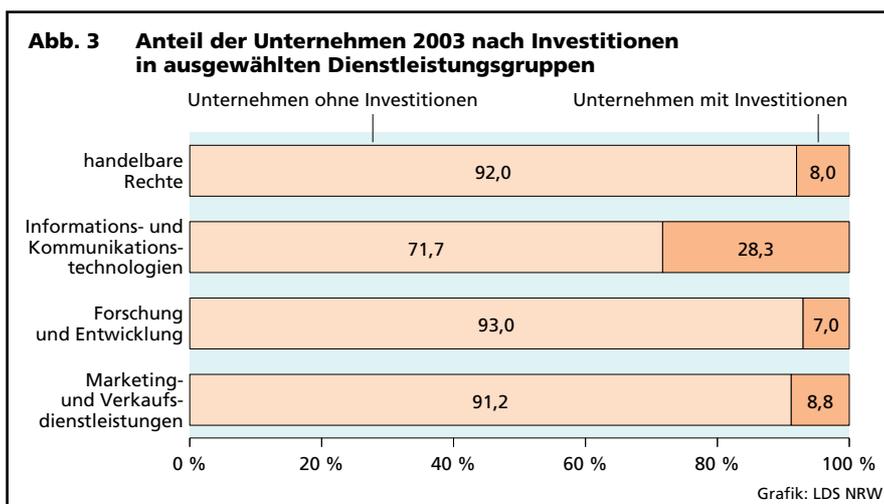
Werte darüber bzw. darunter liegen. Der Median hat gegenüber dem Mittelwert den Vorteil, dass er von Extremwerten am oberen und unteren Ende der Skala nicht beeinflusst wird. Die übrigen Perzentile sind ebenso zu interpretieren. Ist z. B. vom 10. Perzentil die Rede, heißt das, 10 Prozent der betrachteten Fälle liegen unter dem ausgewiesenen Wert, 90 % der betrachteten Fälle liegen darüber.

Investitionen in Dienstleistungen

Knapp 42 % der Unternehmen investierten im Geschäftsjahr 2003 in Dienstleistungen (siehe Abb. 2). Bei diesen Investitionen handelte es sich um zugekaufte Bruttozugänge zum Anlagevermögen (ohne im eigenen Unternehmen selbst erstellte Werte), wie z. B. Investitionen für Lizenzen, Patente oder Urheberrechte (handel-



bare Rechte) oder z. B. bilanzierte Kosten für Softwareentwicklung (Informations- und Kommunikationstechnologien). Von den Unternehmen mit Investitionen in Dienstleistungen investierten die meisten in Informations- und Kommunikationstechnologien (siehe Abb. 3), allerdings investierten hier 75 % der Unternehmen weniger als rd. 55 000 EUR im Jahr.



Für Investitionen in die Forschung gaben bereits 50 % der Unternehmen mehr als 77 000 EUR im Jahr aus

(siehe Tabelle 2). 10 % der Unternehmen (90. Perzentil) mit Investitionen in Marketing- und Verkaufsdienstleistungen investierten relativ hohe Beträge (625 000 und mehr EUR im Jahr) (siehe Abb. 4, S. 23).

dienstleistungen investierten relativ hohe Beträge (625 000 und mehr EUR im Jahr) (siehe Abb. 4, S. 23).

2. Unternehmen mit und ohne Investitionen in Dienstleistungen sowie deren Höhe 2003 nach ausgewählten Dienstleistungsgruppen						
Merkmal		Dienstleistungsbereich				
		insgesamt	darunter Dienstleistungsgruppe			
			Informations- und Kommunikationstechnologien	Marketing- und Verkaufsdienstleistungen	Forschung und Entwicklung	handelbare Rechte
Unternehmen insgesamt						
Unternehmen						
mit Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	8 845	6 030	1 874	1 498	1 706
ohne Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	12 491	15 306	19 463	19 838	19 631
Höhe der Investitionen für						
25. Perzentil	EUR	15 000	10 779	9 027	35 350	4 496
Median	EUR	40 950	20 200	30 000	77 832	16 400
75. Perzentil	EUR	170 022	55 130	60 265	151 000	55 307
Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten						
Unternehmen						
mit Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	1 085	785	154	170	378
ohne Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	685	986	1 616	1 601	1 392
Höhe der Investitionen für						
25. Perzentil	EUR	48 479	28 199	56 000	40 000	34 499
Median	EUR	128 284	73 653	100 000	150 000	83 600
75. Perzentil	EUR	551 509	250 000	402 944	387 858	281 000
Unternehmen des Produzierenden Gewerbes						
Unternehmen						
mit Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	3 939	2 821	1 346	702	753
ohne Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	8 457	9 575	11 050	11 694	11 643
Höhe der Investitionen für						
25. Perzentil	EUR	15 000	16 000	9 027	47 500	2 812
Median	EUR	70 000	26 300	25 000	132 000	14 178
75. Perzentil	EUR	200 000	112 062	45 000	151 000	49 925
Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes						
Unternehmen						
mit Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	4 906	3 209	528	796	953
ohne Investitionen in Dienstleistungen	Anzahl	4 034	5 731	8 412	8 144	7 988
Höhe der Investitionen für						
25. Perzentil	EUR	14 628	6 054	10 000	35 350	4 496
Median	EUR	30 000	16 677	42 451	35 350	16 400
75. Perzentil	EUR	122 549	29 500	175 430	77 832	77 279

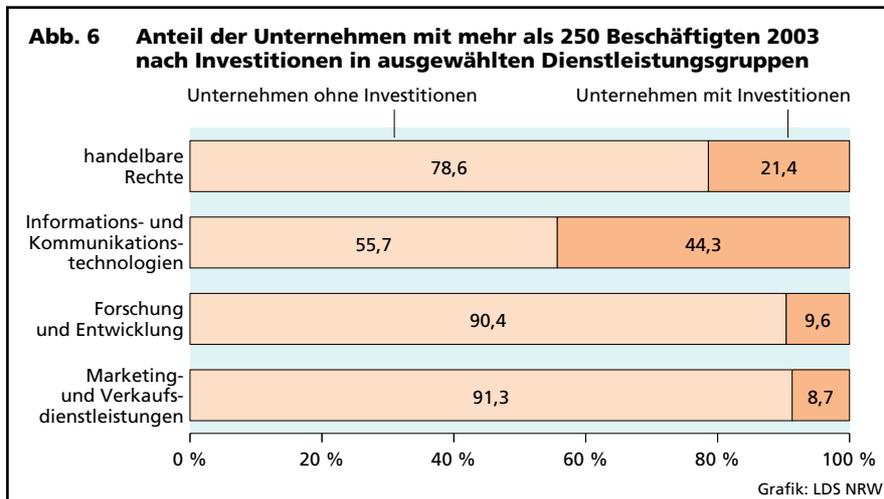
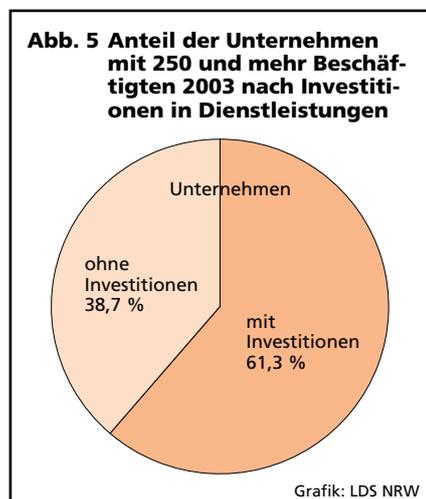
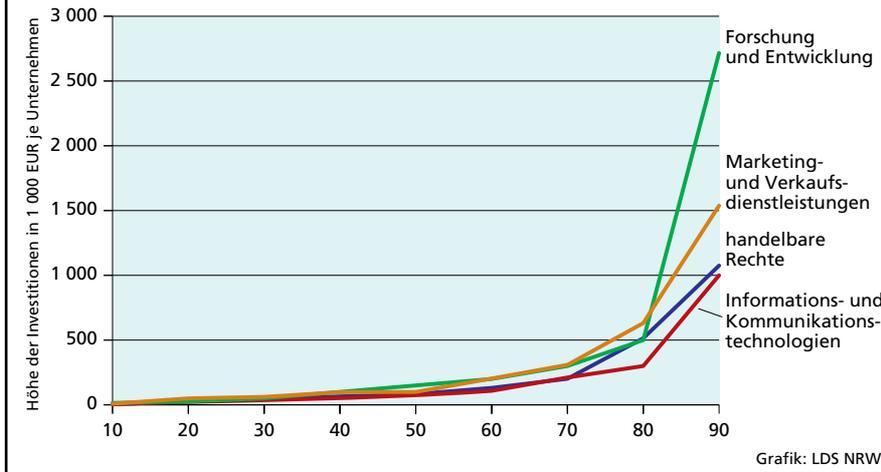


Abb. 7 Perzentile der Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten mit Investitionen in Dienstleistungen 2003 nach Investitionshöhe je Unternehmen und ausgewählten Dienstleistungsgruppen



Betrachtet man nur die Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten, verschieben sich die Perzentile. Über 61 % der Unternehmen tätigten hier Investitionen in Dienstleistungen (siehe Abb. 5). Die großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten investierten am meisten in Informations- und Kommunikationstechnologien (siehe Abb. 6). Hierbei spielten aber auch handelbare Rechte eine größere Rolle als bei den übrigen Unternehmen. Während die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mit Investitionen für handelbare Rechte mehr als 83 000 EUR ausgaben, lag der Median für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nur bei knapp 74 000 EUR. Die Hälfte der größeren Unternehmen mit Investitionen in Forschung und Entwicklung gab hier mehr als 150 000 EUR aus (siehe Tabelle 2). 10 % der Unternehmen mit Investitionen in diesem Bereich investierte hier sogar mehr als 2,7 Mill. EUR (siehe Abb. 7).

Blickt man nur auf die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, so wird deutlich, dass hier weniger Unternehmen Investitionen in Dienstleistungen tätigten. Wenn überhaupt, wurden vor allem in Informations- und Kommunikationstechnologien Investitionen verzeichnet (siehe Abb. 8 und 9). 22,8 % der Unternehmen investierten in diesen Bereich, doch sind die Investitionssummen eher gering. 50 % der Unternehmen mit Investitionen gaben im Bereich Informations- und Kommuni-

kationstechnologien nicht mehr als 26 000 EUR im Jahr aus. Deutlich höher waren die Investitionen für Forschung und Entwicklung. Die Hälfte der investierenden Unternehmen des Produzierenden Gewerbes gaben hier mehr als 132 000 EUR im Jahr

aus (siehe Tabelle 2, S. 24). Mit Marketing- und Verkaufsdienstleistungen von mehr als 446 000 EUR erhöhten 10 % der Unternehmen ihr Anlagevermögen (siehe Abb. 10).

Der Anteil der Unternehmen, die in Dienstleistungen investieren, ist im Dienstleistungsgewerbe größer als

Abb. 8 Anteil der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes 2003 nach Investitionen in Dienstleistungen

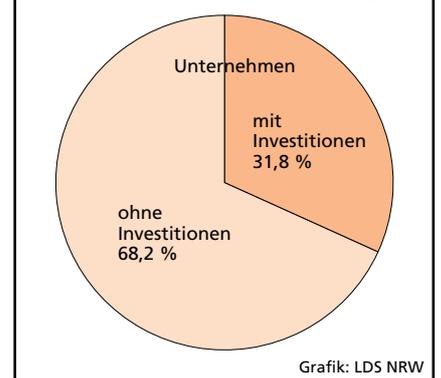


Abb. 9 Anteil der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes 2003 nach Investitionen in ausgewählten Dienstleistungsgruppen

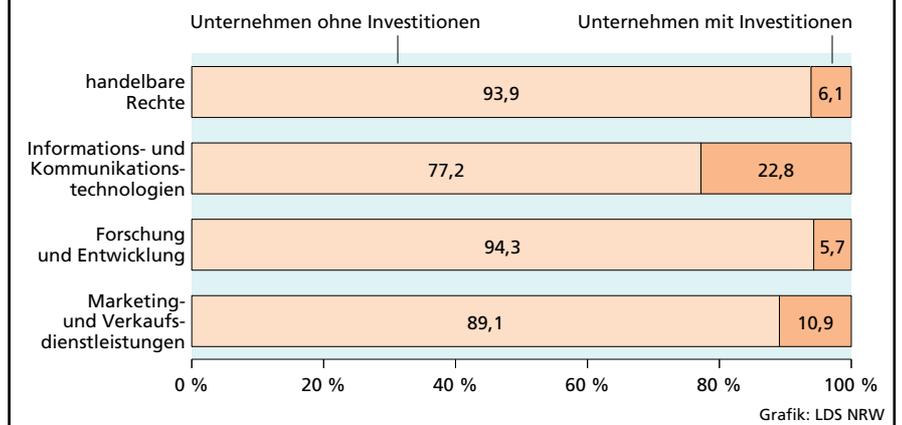


Abb. 10 Perzentile der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit Investitionen in Dienstleistungen 2003 nach Investitionshöhe je Unternehmen und ausgewählten Dienstleistungsgruppen

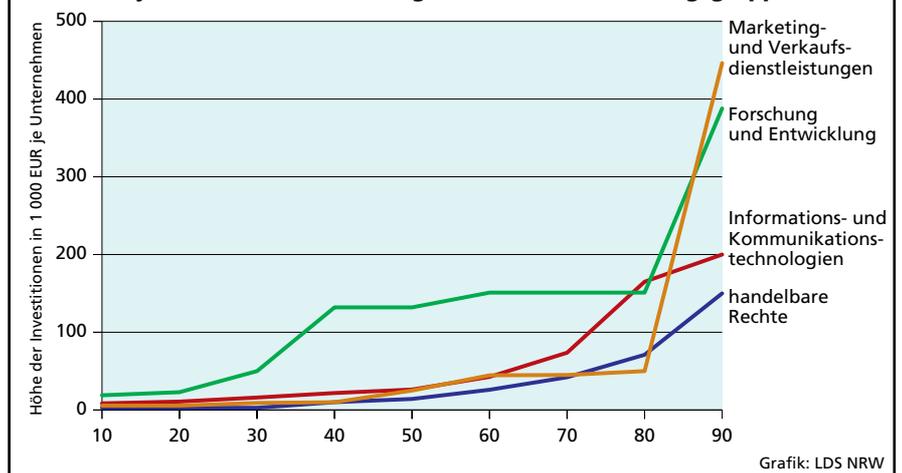
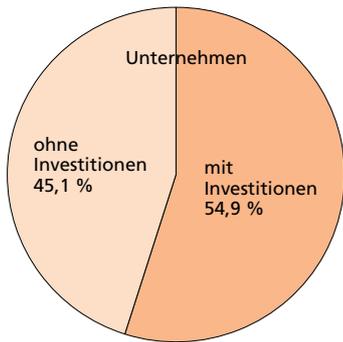


Abb. 11 Anteil der Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes 2003 nach Investitionen in Dienstleistungen



Grafik: LDS NRW

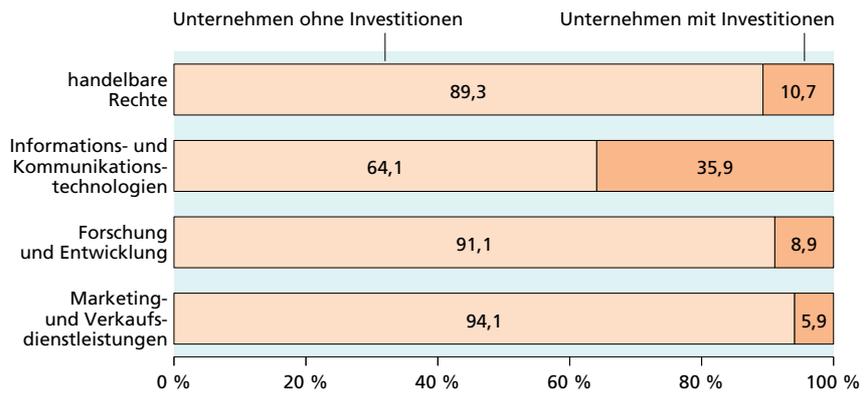
im Produzierenden Gewerbe (vgl. Abb. 8 und 11). Am häufigsten wurde das Anlagevermögen durch Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien erhöht. Aber auch die handelbaren Rechte spielten eine größere Rolle (siehe Abb. 12). In beiden Sparten gaben 50 % der Unternehmen mehr als 16 000 EUR jährlich aus. Von größerer Bedeutung für das Dienstleistungsgewerbe sind Marketing- und Verkaufsdienstleistungen. 25 % der Unternehmen mit Investitionen gaben mehr als 175 000 EUR aus (siehe Tabelle 2, S. 24).

10 % der Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes mit Investitionen investierten jeweils mehr als 1 000 000 EUR in Marketing- und Verkaufsdienstleistungen (siehe Abb. 13).

Käufe von Dienstleistungen

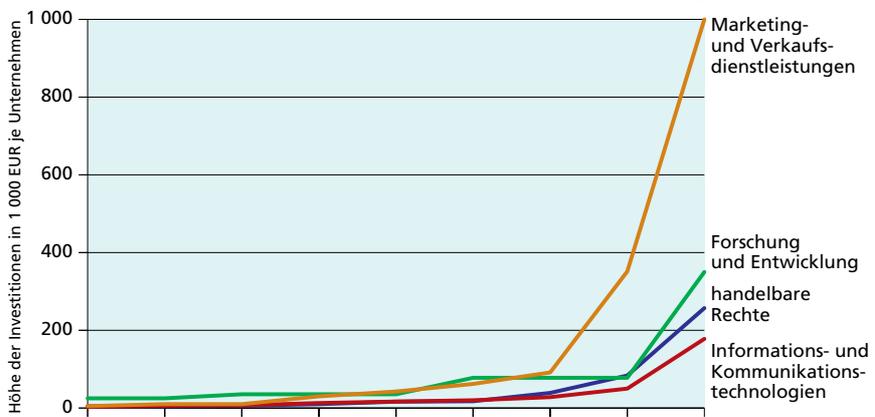
Neben den zuvor betrachteten Investitionen für Dienstleistungen gibt es noch den deutlich kostenintensiveren Bereich der Käufe von Dienstleistungen. Damit sind die Kosten für Käufe von Dienstleistungen gemeint, die in der Gewinn- und Verlustrechnung geführt werden und nicht zum Anlagevermögen zählen. Blickt man auf die einzelnen Dienstleistungssektoren (siehe Abb. 14), so wird deutlich, dass von den Unternehmen insgesamt die qualifizierten Dienstleistungen und Unternehmensdienstleistungen am häufigsten genannt wurden (91 %). Zu diesen Diensten gehören z. B. Rechtsberatung, Buchführung, Steuerberatung, Wirtschafts-

Abb. 12 Anteil der Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes 2003 nach Investitionen in ausgewählten Dienstleistungsgruppen



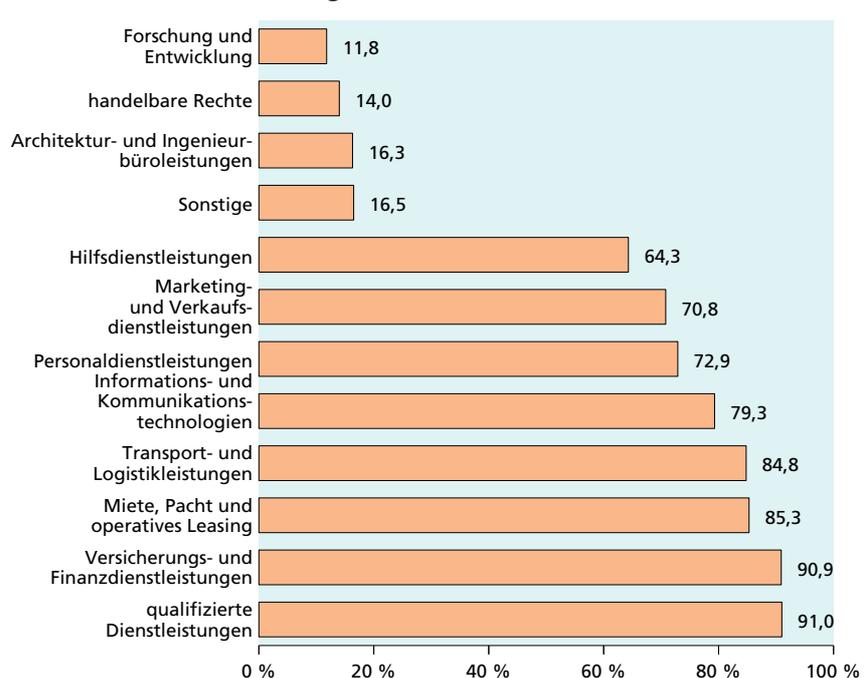
Grafik: LDS NRW

Abb. 13 Perzentile der Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes mit Investitionen in Dienstleistungen 2003 nach Investitionshöhe je Unternehmen und ausgewählten Dienstleistungsgruppen



Grafik: LDS NRW

Abb. 14 Anteil der Unternehmen mit Käufen von Dienstleistungen 2003 nach Dienstleistungssektoren



Grafik: LDS NRW

3. Unternehmen mit und ohne Käufe von Dienstleistungen sowie deren Höhe 2003 nach Dienstleistungssektoren

Merkmal	Dienstleistungssektor											
	Transport- und Logistikleistungen	Informati- ons- und Kommuni- kations- techno- logien	Marketing- und Verkaufs- dienst- leistungen	Qualifi- zierte Dienst- leistungen	Personal- dienst- leistungen	Versiche- rungs- und Finanz- dienst- leistungen	Miete, Pacht und operatives Leasing	Forschung und Entwick- lung	Archi- tektur- und Ingenieur- büro- leistungen	handel- bare Rechte	Hilfs- dienst- leistungen	
Unternehmen insgesamt												
Unternehmen mit Käufen von Dienstleistungen	Anzahl	18 104	16 926	15 103	19 421	15 555	19 392	18 194	2 513	3 481	2 988	13 717
ohne Käufe von Dienstleistungen	Anzahl	3 233	4 411	6 233	1 916	5 781	1 944	3 142	18 824	17 855	18 348	7 619
Höhe der Käufe für												
25. Perzentil	EUR	6 644	5 500	7 699	16 507	7 215	20 293	56 253	3 767	250	3 627	15 000
Median	EUR	45 828	21 052	45 000	39 444	19 897	46 000	153 000	49 951	10 000	7 300	45 583
75. Perzentil	EUR	461 595	79 000	241 120	99 875	118 400	105 536	415 100	137 496	35 000	38 751	144 663
Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigte												
Unternehmen mit Käufen von Dienstleistungen	Anzahl	1 581	1 506	1 408	1 643	1 586	1 611	1 594	557	548	585	1 473
ohne Käufe von Dienstleistungen	Anzahl	190	265	362	128	185	160	176	1 214	1 223	1 186	297
Höhe der Käufe für												
25. Perzentil	EUR	223 197	86 000	100 000	89 849	50 000	139 336	228 392	42 090	20 000	20 000	150 000
Median	EUR	1 048 349	288 904	394 345	240 000	240 000	305 000	932 000	210 000	55 323	80 000	684 513
75. Perzentil	EUR	3 114 000	1 000 000	1 725 316	790 320	831 600	735 715	2 955 444	892 468	215 000	532 214	2 283 000
Unternehmen des Produzierenden Gewerbes												
Unternehmen mit Käufen von Dienstleistungen	Anzahl	10 446	9 580	8 672	11 297	8 971	11 562	10 539	1 953	2 191	1 702	7 983
ohne Käufe von Dienstleistungen	Anzahl	1 950	2 816	3 724	1 099	3 425	834	1 857	10 443	10 205	10 694	4 413
Höhe der Käufe für												
25. Perzentil	EUR	11 624	5 000	8 023	17 849	8 725	20 293	52 000	10 000	891	3 000	25 000
Median	EUR	73 000	13 000	38 110	38 000	32 924	46 884	139 564	84 000	15 000	14 178	45 583
75. Perzentil	EUR	493 353	55 000	250 000	88 300	148 126	96 424	306 855	137 496	32 000	81 282	145 000
Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes												
Unternehmen mit Käufen von Dienstleistungen	Anzahl	7 658	7 346	6 430	8 124	6 584	7 830	7 655	560	1 291	1 286	5 734
ohne Käufe von Dienstleistungen	Anzahl	1 282	1 594	2 510	816	2 356	1 111	1 285	8 380	7 650	7 655	3 207
Höhe der Käufe für												
25. Perzentil	EUR	5 200	14 000	7 300	15 293	6 832	21 560	57 960	3 691	250	3 627	8 895
Median	EUR	34 430	52 119	58 760	40 500	14 924	45 992	205 000	6 000	6 589	6 281	47 500
75. Perzentil	EUR	461 595	95 000	213 560	120 000	48 548	116 000	740 980	72 000	35 000	12 000	143 339

prüfung, Geschäftsführung sowie Unternehmensberatung. An zweiter Stelle stehen Versicherungs- und Finanzdienstleistungen (90,9 %), gefolgt vom Dienstleistungssektor Miete, Pacht und operatives Leasing (85,3 %). Je nach Wirtschaftszweig oder Größe des Unternehmens unterscheiden sich diese Anteile leicht voneinander.

Betrachtet man die Kosten für erworbene Dienstleistungen nach Wirtschaftszweig oder Größe des Unternehmens differenziert, wird deutlich, dass, bis auf die Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten, immer der höchste Median auf Miete, Pacht und operatives Leasing entfiel.

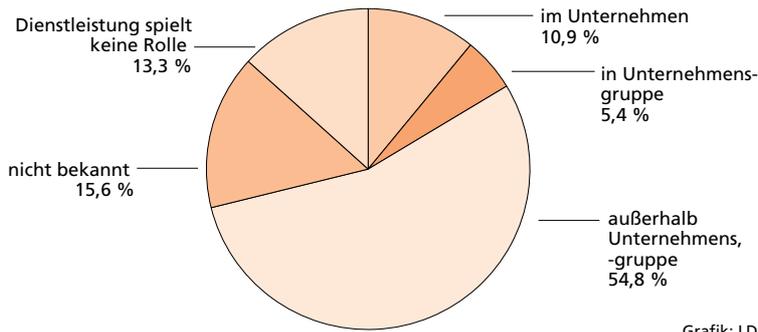
In Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten lag der höchste Median bei Transport- und Logistikdienstleistungen. Miete, Pacht und operatives Leasing standen an zweiter Stelle (siehe Tabelle 3).

Lenkt man den Fokus auf das 75. Perzentil, also jene 25 % der Unternehmen, die besonders viele bzw. teure Dienstleistungen erwarben, so erkennt man, dass, bis auf die Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes, Transport- und Logistikdienstleistungen am stärksten nachgefragt wurden. Beim Dienstleistungsgewerbe entfielen die höchsten Ausgaben auf Miete, Pacht und operatives Leasing.

Hauptbezugsquelle für Dienstleistungen

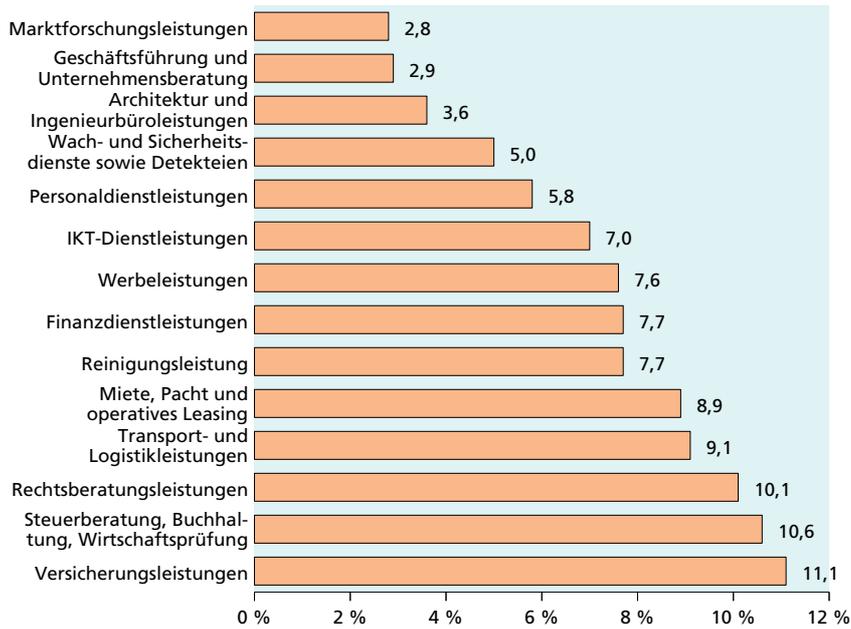
Bei der Frage nach der Hauptbezugsquelle für Dienstleistungen gaben 54,8 % der Unternehmen an, dass die Dienste weder aus dem Unternehmen noch aus der Unternehmensgruppe bezogen würden (siehe Abb. 15, S. 28). Die häufigsten Dienstleistungsgruppen, die außerhalb des Unternehmens bzw. außerhalb der Unternehmensgruppe eingekauft wurden, entfielen auf Versicherungsleistungen (11,1 %), Steuerberatung, Buchhaltung und Wirtschaftsprüfung (10,6 %), Rechtsberatungsleistungen (10,1 %) und Trans-

Abb. 15 Hauptbezugsquelle für Dienstleistungen insgesamt im Jahr 2003



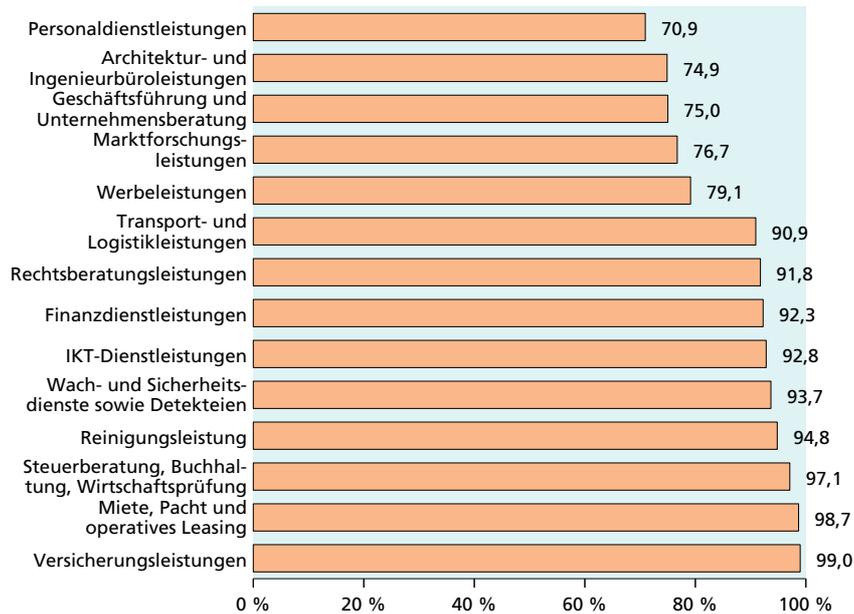
Grafik: LDS NRW

Abb. 16 Verteilung der außerhalb erworbenen Dienstleistungsarten aller Unternehmen im Jahr 2003



Grafik: LDS NRW

Abb. 17 Anteil der außerhalb erworbenen Dienstleistungen aller Unternehmen mit einer länger als ein Jahr dauernden Geschäftsbeziehung zum Hauptdienstleister 2003



Grafik: LDS NRW

port- und Logistikleistungen (9,1 %) (siehe Abb. 16).

Konzentriert man sich nur auf die von außerhalb des Unternehmens erworbenen Dienstleistungen und betrachtet hier die Beständigkeit der Geschäftsbeziehungen, wird deutlich, dass die Beziehungen zum Hauptdienstleister meist dauerhaft waren, also länger als ein Jahr bestanden.

Die geringste Bindung gab es bei Personaldienstleistungen. Zu den weniger dauerhaften Geschäftsbeziehungen gehörte auch interessanterweise der Bereich Geschäftsführung und Unternehmensberatung (siehe Abb. 17).

Betrachtet man die Geschäftsbeziehungen, die länger als ein Jahr zum Hauptdienstleister bestanden, nach Größe oder Wirtschaftszweig des Unternehmens, fällt auf, dass kleine Unternehmen oder Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes eine längere Bindung an ihren Hauptdienstleister pflegen. Je größer das Unternehmen, umso eher wechselt der Hauptdienstleister. Das galt auch für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (siehe Abb. 18, S. 29).

Allerdings traf dies nicht für alle Dienstleistungsgruppen gleichermaßen zu. Der Dienstleistungsgruppe Miete, Pacht und operatives Leasing kommt aufgrund der Ortsgebundenheit von Büroräumen und Produktionsstätten eine Sonderstellung zu. Während Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten in den Bereichen Versicherungs-, Reinigungsleistungen sowie Miete, Pacht und operatives Leasing ihrem Hauptdienstleister zu 100 % die Treue hielten, sah das bei größeren Unternehmen anders aus.

Für Unternehmen von 50 und mehr Beschäftigten war die Geschäftsbeziehung hinsichtlich Steuerberatung, Buchhaltung und Wirtschaftsprüfung im Durchschnitt von längerer Dauer. Bei Versicherungsleistungen bestand zwar eine große Bindung an den Hauptdienstleister, aber trotzdem gilt, je größer das Unterneh-

Abb. 18 Anteil der außerhalb erworbenen Dienstleistungen aller Unternehmen mit einer länger als ein Jahr dauernden Geschäftsbeziehung zum Hauptdienstleister 2003 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftszweigen

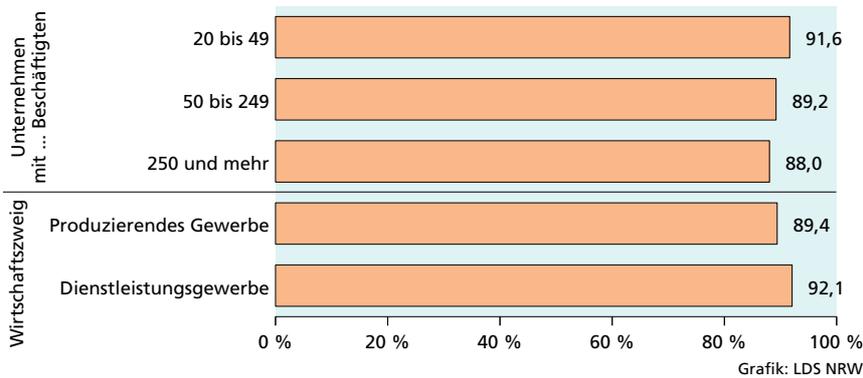


Abb. 19 Sitz des Hauptdienstleisters eines Unternehmens 2003 nach Regionen

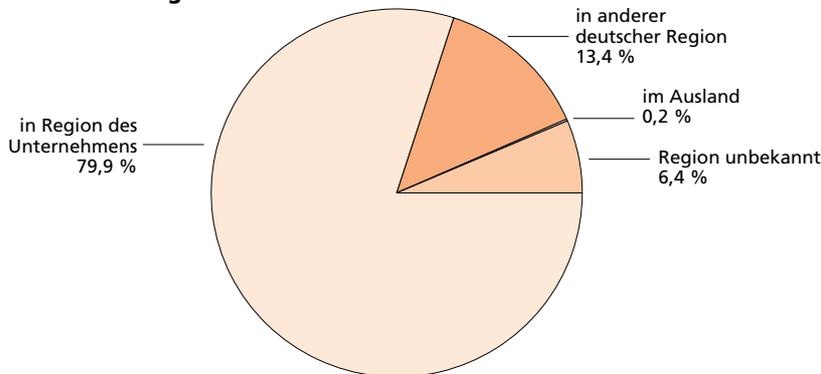
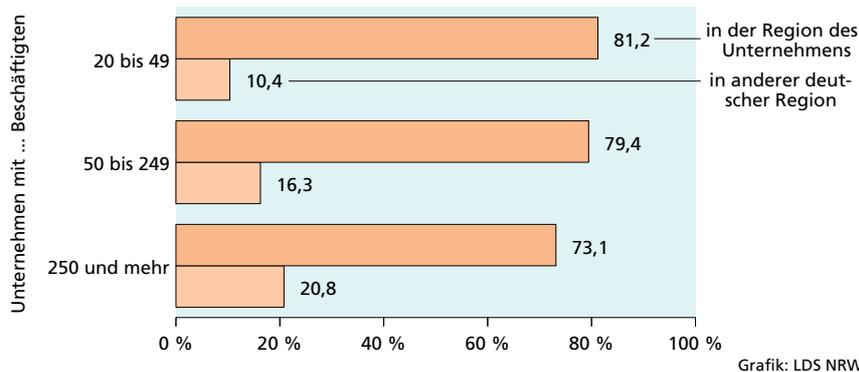


Abb. 20 Sitz des Hauptdienstleisters eines Unternehmens 2003 nach Beschäftigtengrößenklassen



men, desto eher besteht die Bereitschaft zum Wechsel des Hauptdienstleisters. Wie eben schon erwähnt, waren die Geschäftsbeziehungen bei der Dienstleistungsgruppe Geschäftsführung und Unternehmensberatung weniger dauerhaft. Interessant ist hierbei, dass mittelgroße Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) im Gegensatz zu kleineren (20 bis 49 Beschäftigte) und größeren Unternehmen (250 und mehr Beschäftigte) eher eine längere Geschäftsbeziehung

hinsichtlich der Dienstleistungen aus dem Bereich Geschäftsführung und Unternehmensberatung pflegen.

Sitz des Hauptdienstleisters

Nur 0,2 % der Dienstleistungen werden aus dem Ausland bezogen. In erster Linie kommt die erworbene Dienstleistung aus der Region des Unternehmens (siehe Abb. 19).

Je größer das Unternehmen ist, desto eher bezieht es Dienstleistungen auch aus anderen Regionen (siehe Abb. 20). Reinigungsleistungen, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Leistungen von Detekteien werden in erster Linie in der Region selbst erworben. Werden Dienstleistungen aus anderen Regionen bezogen, sind das in erster Linie Marktforschungs-, Versicherungsleistungen sowie Geschäftsführung und Unternehmensberatung.

Barrieren für im Ausland erworbene Dienstleistungen

Bei der Frage, welche Barrieren es beim Einkauf von Dienstleistungen aus dem Ausland gibt, sollten die Unternehmen zwei der für sie wichtigsten Hindernisse angeben, unabhängig davon, woher die Dienstleistungen generell bezogen wurden. Mehr als einem Drittel der Unternehmen waren Barrieren nicht bekannt. Wenn Barrieren angegeben wurden, waren dies bei allen Dienstleistungen in erster Linie räumliche Barrieren wie die Entfernung zum Anbieter. Für einen großen Teil der Unternehmen spielten Marktforschungsdienstleistungen, Architektur- und Ingenieurbüroleistungen sowie Wach- und Sicherheitsdienste keine Rolle (siehe Tabelle 4, S. 30).

Ändert man den Fokus und betrachtet die einzelnen Barrieren getrennt voneinander, ergibt sich ein wesentlich differenzierteres Bild. Gesetzliche Barrieren wurden von den Unternehmen am häufigsten im Dienstleistungsbereich „Steuerberatungs-, Buchhaltungs- und Wirtschaftsprüfungsleistungen“ sowie „Rechtsberatungsleistungen“ genannt. Für die gleichen Bereiche wurden auch sprachliche sowie räumliche Hindernisse am häufigsten gesehen. Räumliche Barrieren wurden ebenfalls bei Reinigungsleistungen überdurchschnittlich oft genannt. Wirtschaftliche Barrieren wurden fast gleich stark bei Reinigungs-, Transport- und Logistik- sowie Finanzdienstleistungen gesehen. Geringes Vertrauen wurde am meisten den ausländischen Versicherungsleistungen ent-

4. Wichtigste Barrieren für im Ausland erworbene Dienstleistungen 2003 nach Dienstleistungsarten										
Dienstleistungsart	Räumliche Barrieren	Sprachliche Barrieren	Geringes Vertrauen	Wirtschaftliche Barrieren	Gesetzliche Barrieren	Ausländische Angebote schwer zu finden	Keine Barrieren	Nicht bekannt	Dienstleistung spielt keine Rolle	Summe ¹⁾
Anteil in der jeweiligen Dienstleistungsart in %¹⁾										
Transport- und Logistikleistungen	34,3	3,9	6,6	1,3	2,3	4,9	18,4	32,8	9,5	114,0
IKT-Dienstleistungen	28,2	5,8	4,2	0,2	2,8	5,4	10,7	43,8	9,5	110,6
Marktforschungsleistungen	5,0	1,4	1,2	1,0	0,4	1,9	6,6	42,4	43,3	103,2
Werbeleistungen	22,1	6,5	1,7	0,2	2,0	5,8	13,6	45,2	12,8	109,8
Rechtsberatungsleistungen	40,3	10,1	4,3	0,1	16,0	1,7	7,1	37,3	3,3	120,1
Steuerberatung, Buchhaltung, Wirtschaftsprüfung	41,3	10,9	4,6	0	20,3	2,7	5,5	38,1	1,4	124,9
Geschäftsführung und Unternehmensberatung	22,7	6,1	2,7	0,1	3,9	4,8	7,6	43,5	19,7	111,2
Personaldienstleistungen	27,9	7,3	3,8	0,2	7,3	2,1	5,8	42,5	15,0	111,8
Finanzdienstleistungen	23,4	4,6	7,6	1,3	7,2	1,1	9,5	43,1	13,3	111,2
Versicherungsleistungen	25,6	8,2	10,6	0,4	9,5	6,4	14,6	41,7	1,5	118,5
Miete, Pacht und operatives Leasing	30,7	3,6	3,7	0,7	3,9	4,2	9,0	50,9	3,7	110,4
Architektur- und Ingenieurbüroleistungen	12,7	1,4	0,7	0,2	3,1	1,6	3,8	42,1	39,4	104,9
Reinigungsleistung	41,1	2,6	2,2	1,4	2,2	2,3	4,7	42,8	9,4	108,7
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	22,6	1,1	2,8	1,1	0,7	1,2	3,3	35,4	36,6	104,9
Verteilung über die Dienstleistungsarten in %										
Transport- und Logistikleistungen	9,1	5,3	11,7	16,4	2,8	10,5	15,4	5,6	4,3	x
IKT-Dienstleistungen	7,5	7,9	7,3	2,1	3,4	11,7	8,9	7,5	4,3	x
Marktforschungsleistungen	1,3	1,9	2,2	12,3	0,5	4,2	5,5	7,3	19,8	x
Werbeleistungen	5,8	8,9	3,0	2,7	2,5	12,5	11,3	7,8	5,8	x
Rechtsberatungsleistungen	10,7	13,7	7,5	0,7	19,6	3,7	5,9	6,4	1,5	x
Steuerberatung, Buchhaltung, Wirtschaftsprüfung	10,9	14,8	8,1	0,3	24,8	5,9	4,6	6,6	0,7	x
Geschäftsführung und Unternehmensberatung	6,0	8,3	4,8	1,0	4,8	10,4	6,3	7,5	9,0	x
Personaldienstleistungen	7,4	10,0	6,7	2,3	9,0	4,5	4,8	7,3	6,9	x
Finanzdienstleistungen	6,2	6,3	13,5	16,4	8,8	2,5	7,9	7,4	6,1	x
Versicherungsleistungen	6,8	11,1	18,6	4,8	11,7	13,9	12,1	7,2	0,7	x
Miete, Pacht und operatives Leasing	8,1	4,9	6,6	8,7	4,8	9,0	7,5	8,8	1,7	x
Architektur- und Ingenieurbüroleistungen	3,4	1,9	1,2	2,1	3,8	3,5	3,2	7,2	18,1	x
Reinigungsleistung	10,9	3,5	3,9	16,7	2,7	4,9	3,9	7,4	4,3	x
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	6,0	1,5	5,0	13,4	0,8	2,6	2,7	6,1	16,8	x
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	x

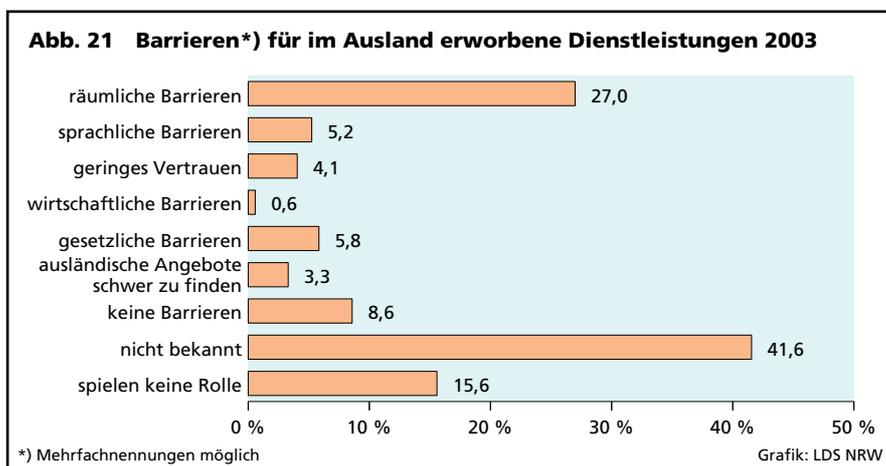
1) Summe größer als 100, da Mehrfachnennungen möglich

gegengebracht. Allerdings wurde auch häufig angegeben, dass das passende ausländische Angebot bei Versicherungsleistungen schwer zu finden sei; dies betraf hier ebenso

Werbeleistungen sowie IKT-Dienstleistungen. „Keine Barrieren“ wurden bei Transport- und Logistik- sowie Werbeleistungen am häufigsten angegeben (siehe Tabelle 4).

Zukünftige Entwicklung

Interessant ist auch die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Einkäufe von Dienstleistungen von außerhalb des Unternehmens. Die Mehrzahl der Unternehmen geht davon aus, dass der Einkauf von Dienstleistungen von außerhalb des Unternehmens gleich bleiben wird. Für die meisten Dienstleistungsarten rechnen mehr als 10 % der Unternehmen mit einer Steigerung der Dienstleistungskäufe. Wobei für folgende Dienstleistungen sogar über 20 % der Unternehmen von einer Zunahme ausgehen: Werbeleistungen (20,9 %), IKT-Dienstleistungen (25,4 %) sowie Transport- und Logistikdienstleistungen (29,2 %). Nur



5. Zukünftige Entwicklung*) von Dienstleistungen, die außerhalb des Unternehmens erworben werden, nach Dienstleistungsarten					
Dienstleistungsart	Externe Käufe				
	insgesamt	davon werden			
		ab-nehmen	gleich bleiben	zu-nehmen	sich unbekannt entwickeln
%					
Transport- und Logistikleistungen	100	5,2	39,9	29,2	25,8
IKT-Dienstleistungen	100	6,2	42,1	25,4	26,2
Marktforschungsleistungen	100	6,4	24,9	14,5	54,3
Werbeleistungen	100	9,2	40,7	20,9	29,2
Rechtsberatungsleistungen	100	8,9	54,7	17,2	19,2
Steuerberatung, Buchhaltung, Wirtschaftsprüfung	100	5,7	62,9	12,6	18,8
Geschäftsführung und Unternehmensberatung	100	6,1	48,7	10,9	34,2
Personaldienstleistungen	100	16,3	37,6	13,9	32,2
Finanzdienstleistungen	100	7,9	52,0	11,8	28,3
Versicherungsleistungen	100	4,6	60,1	14,6	20,6
Miete, Pacht und operatives Leasing	100	7,7	52,0	17,1	23,3
Architektur- und Ingenieurbüroleistungen	100	8,9	33,7	7,1	50,3
Reinigungsleistung	100	5,8	58,7	10,4	25,1
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	100	5,7	41,9	10,6	41,8

*) geschätzte Werte des Jahres 2003

7,1 % der Unternehmen erwarten bei Architektur- und Ingenieurbüroleistungen eine Steigerung. Hier sagten 50,3 % der Unternehmen, dass keine Entwicklung bekannt sei. Mit einer Abnahme der externen Käufe von Dienstleistungen rechnen weniger als 10 % der Unternehmen für alle Dienstleistungsarten, lediglich bei Personaldienstleistungen gehen 16,3 % der Unternehmen von einer Abnahme aus (siehe Tabelle 5).

Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in NRW

Dr. Wolfgang Seifert

Der folgende Beitrag untersucht, welche beruflichen Positionen junge Ausländerinnen und Ausländer in Abhängigkeit von ihrem Bildungsgrad erreichen. Der erste Punkt, der untersucht wird, ist der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Anschließend wird nach dem Zugang zum Arbeitsmarkt – je nach Qualifikationsgrad – gefragt. Erwerbsquoten und Erwerbslosigkeit sind hier die zentralen Indikatoren. Zum Dritten wird untersucht, welche Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Als zentrale Indikatoren gelten hierbei Stellung im Beruf und Branche. Datenbasis sind die Erhebungen des Mikrozensus April 1996 und März 2004.

1 Einleitung

Bildung ist eine zentrale Ressource der beruflichen und gesellschaftlichen Integration. Sie entscheidet über die Chancen zur beruflichen Platzierung und somit über den Zugang zu sozialen Positionen und Schichten sowie sozialen Auf- oder Abstieg (Geißler 1996: 249). Das Bildungssystem hat unter anderem die Funktion, für eine einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort angemessene Ausbildungsstruktur zu sorgen. Dies beinhaltet sowohl die Selektion von leistungsstarken Kindern als auch die Förderung und Integration von leistungsschwächeren Kindern gleichermaßen (vgl. Bellenberg et al 2004). Ein stärker selektives Schulsystem dürfte dabei im Resultat dazu führen, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufiger an einer der zahlreichen Selektionsstufen scheitern oder diese nur mit zeitlicher Verzögerung überwinden können. Ein integratives Schulsystem orientiert sich hingegen daran, Defizite von Schülerinnen und Schülern möglichst frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, beispielsweise durch Frühförderung der Sprachkenntnisse. Integration heißt auch, dass in einem durchlässigen Gliederungssystem der Aufstieg von „niederen“ Schulformen der Sekundarstufe in „höhere“ möglich sein muss.

Nach Verlassen des schulischen Bildungssystems sind die Selektionsprozesse keineswegs abgeschlossen, vielmehr setzen sich bereits im Schulsystem angelegte Karrierewege weiter fort. Aufgrund der Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt erschließen sich bestimmte Ausbildungsberufe nur für Personen mit mindestens mittleren oder höheren Abschlüssen, während für Absolventen von Hauptschulen oder Personen ohne Abschluss nur ein sehr enges Ausbildungsspektrum – wenn überhaupt – verbleibt. Für einen großen Teil der Kinder mit Migrationshintergrund heißt dies, dass der Sprung in die oberen Hierarchieebenen des Arbeitsmarktes kaum zu schaffen ist. Viele bleiben ohne berufliche Ausbildung und haben entsprechend geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Für das bessere Verständnis dieses Prozesses ist ein Blick auf die spezifische Form der Zuwanderung nach Deutschland und die Struktur des Arbeitsmarktes hilfreich. In den Boomjahren der Anwerbung der 1960er-Jahre bis zum Anwerbestopp 1973 wurden ausländische Arbeitskräfte insbesondere in der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Griechenland und Spanien angeworben, um den Arbeitskräftebedarf in der industriellen Massenfertigung, der Schwerindustrie und dem Bergbau

zu decken. Dabei handelte es sich überwiegend um Tätigkeiten, die keine oder nur geringe Qualifikationsanforderungen stellten. Entsprechend war auch der Bildungsgrad dieser Arbeitskräfte vergleichsweise niedrig und sie gliederten sich am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie ein. An eine dauerhafte Niederlassung ausländischer Arbeitskräfte war zu jener Zeit jedoch nicht gedacht. Durch die Anwerbung sollte lediglich der Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften während der Hochkonjunkturphase überbrückt werden. Da auch die Arbeitsverträge zunächst befristet waren, kamen viele Arbeitskräfte ohne Familie. Erst mit der zunehmend längeren Dauer des Aufenthalts wurden auch Familien nachgeholt. Der Anwerbestopp von 1973 stellte dann die ausländischen Arbeitskräfte, die nicht aus einem Land der damaligen EWG stammten, vor die Entscheidung, entweder zurückzukehren oder sich auf einen längerfristigen Aufenthalt einzurichten und die Familie nachzuholen (Münz et al. 1997).

Trotz der Verfestigung des Aufenthalts der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Familien wurde der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte noch lange nicht als dauerhaft angesehen. Der Slogan „Deutschland ist kein Zuwanderungsland“ beherrschte die Zuwanderungsdebatte bis in die 1990er-Jahre (vgl. Meier-Braun 2005). Dies hatte wiederum konkrete Auswirkungen für die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien: Weder die Betriebe noch der Staat investierten in die Qualifizierung und Weiterbildung dieser Arbeitskräfte, weil ihr Aufenthaltsstatus nicht geklärt war. Aber auch das Bildungssystem war auf den Zustrom ausländischer Kinder ohne Sprachkenntnisse nicht vorbereitet. Auch hier fehlte

eine klare Ausrichtung zur Integration ausländischer Kinder. Zu Beginn der 1970er-Jahre war eher das Gegenteil der Fall: Muttersprachlicher Unterricht wurde unter anderem zur Erhaltung der Rückkehroption für ausländische Kinder eingeführt (Baur et al. 2004:162). Folglich ist es wenig überraschend, dass der schulische Erfolg der Kinder, die erst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland kamen, gering war (Esser 1990).

Seit dem Anwerbestopp von 1973 haben sich die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt erheblich geändert. Insbesondere die Domäne ausländischer Beschäftigter war vom Strukturwandel in besonderem Maße betroffen. Einerseits wurden arbeitsintensive Produktionsprozesse zunehmend in „Billiglohnländer“ verlagert, andererseits ersetzte die Weiterentwicklung der Mikroelektronik in hohem Maße manuelle Arbeit in der Fertigung. Als Folge davon sank der Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften deutlich und insbesondere ausländische Arbeitskräfte mit geringem Qualifikationsprofil waren in hohem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Vorstoß in qualifizierte Bereiche des Arbeitsmarktes wurde durch eine hohe Regulierungsdichte des deutschen Arbeitsmarktes behindert. Beispielsweise setzten bestimmte Fachtätigkeiten einen Gesellen- oder Meisterbrief voraus, über die ausländische Fachkräfte nicht verfügten, wodurch der Qualifikationstransfer erschwert wurde (Seifert 2000).

Mittlerweile besuchen ausländische Kinder zum Teil schon in der dritten Generation deutsche Schulen und sind nach wie vor in den unteren Bildungsstufen weit überproportional vertreten.¹⁾ Im Vergleich zu den Großeltern oder Eltern haben sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Der Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Arbeitskräfte ist weitgehend weggebrochen. Lediglich im Dienstleistungsbereich sind hier neue Arbeitsplätze entstanden, die jedoch im

Vergleich zu Arbeitsplätzen in der Industrie deutlich schlechter bezahlt sind und auch quantitativ keine Kompensation darstellen. Die Konkurrenz um attraktive Ausbildungsbereiche ist dagegen immer härter geworden. Die Eingangsqualifikationen für Ausbildungsberufe sind deutlich angestiegen, außerdem gehen vor allem in attraktiven Berufen und Branchen die Anforderungen über formale Schulabschlüsse weit hinaus.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden anhand von Ergebnissen des Mikrozensus beschrieben, wie sich junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt integrieren.

2 Zentrale Forschungsergebnisse über die Determinanten des schulischen und beruflichen Erfolges von Migrantenkindern

Hier werden insbesondere Forschungsergebnisse dargestellt, die nach den Ursachen und Einflussfaktoren für den schulischen und beruflichen Erfolg bzw. Misserfolg von Migrantenkindern fragen.

In der Literatur überwiegen Ansätze, die die soziale Herkunft, den Bildungsgrad der Eltern, kulturelle Unterschiede oder Nachteile aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse als Ursache für die schlechteren Bildungschancen von Immigrantenkindern ansehen (Jungbauer-Gans 2004, BMFSFJ 2004, Alba et. al. 1998, Nauck et al. 1997, Büchel, Wagner 1996).

Insbesondere Sprachkenntnisse werden als eine zentrale Ressource angesehen, die bedeutsame Konsequenzen für die Selbstidentifikation, die sozialen Netzwerke, den Schulerfolg und die sozio-ökonomische Eingliederung von Immigranten haben (Seifert 1995).²⁾ Forschungsergebnisse zeigen, dass der schulische und berufliche Erfolg von ausländischen

Jugendlichen in hohem Maße von deren sozialer Herkunft und Interaktionsfähigkeit abhängt. Interaktion kann jedoch nicht allein auf die Sprachbeherrschung reduziert werden, sondern muss um den Begriff des sozialen Kapitals erweitert werden, das auch Netzwerke und Umgangsformen umfasst (Faist 1993). Gemäß diesen Ansätzen wird bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Defizit an sozialem und kulturellem Kapital gesehen, das es zu beheben gilt. Diese Defizite werden vor allem bei Schülerinnen und Schülern gesehen, die erst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland kommen. Diese erreichen in geringerem Maße mittlere und höhere Abschlüsse. Sie weisen eine niedrigere Erwerbsbeteiligung auf und sind überproportional oft als Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt (Stauder 2000, Herwartz-Emden 2003).

Ansätze, die die Struktur des Bildungssystems als bestimmend für den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund ansehen, spielten zunächst eine geringere Rolle, gewinnen jedoch an Bedeutung. Bommes und Radtke (1993: 483) weisen darauf hin, dass die Organisationsstruktur der Schule immer dann positiv oder negativ diskriminiert, wenn dies nach einer inneren Logik opportun erscheint. So können rückläufige Schülerzahlen in Gymnasien zu einer breiteren Akzeptanz von Migrantenkindern führen, nicht ausgelastete Sonderschulen können hingegen zur Folge haben, dass Kinder mit Sprachproblemen dahin abgeschoben werden (Radtke 1995).

Neuere Ansätze zeigen, dass die Organisationsform des Schulsystems erheblichen Einfluss auf den Schulerfolg von Immigrantenkindern hat. So verdeutlicht die Studie von Belenberget al. (2004) die vielfältigen Selektionsmechanismen im deutschen Bildungssystem. Einerseits sind die Übergänge, z. B. von der Primarstufe in die Sekundarstufe I, in hohem Maße selektiv, zum anderen aber auch Versetzungsentscheidungen. Diese Selektionsmechanismen gelten zwar auch für deutsche

1) Einen Überblick zur schulischen und berufsbildenden Situation in NRW geben Große-Venhaus, Stauder 2000 und Höfener, Stauder 2000.

2) Dieser Zusammenhang wird auch in vielen Schulleistungstudien belegt. Einen Überblick gibt Klemm (2004).

Schülerinnen und Schüler, es zeigt sich jedoch, dass es für ausländische Schülerinnen und Schüler besonders schwer ist, diese Hürden zu überwinden. Krohne et al. (2004) zeigen, dass ausländische Kinder insbesondere in der Primarstufe überdurchschnittlich oft sitzen bleiben. Dabei wird kritisiert, dass bei der Leistungsbeurteilung Nachteile von Migrantenkindern, z. B. dass die Erstsozialisation in einer anderen Sprache als der Schulsprache vollzogen wurde, nicht berücksichtigt werden (Ergen 2005). Entorf und Minoiu (2004) machen vor allem die frühe Einteilung nach Eignungsgrad in höhere Schulsysteme dafür verantwortlich. Dadurch bleibt Kindern mit Migrationshintergrund zu wenig Zeit um grundlegende Fähigkeiten zu erlernen. Kristen (2002) weist darauf hin, dass sich eine hohe ethnische Konzentration innerhalb einer Schule bzw. Schulklasse nachteilig auf die Übergangschancen von der Grundschule in die Realschule oder das Gymnasium auswirkt. In Klassen mit hoher ethnischer Konzentration wird zwangsläufig ein höheres Gewicht auf Spracherwerb gelegt, entsprechend sind die Standards, die in diesen Klassen im Fach Deutsch gesetzt werden, niedriger. Aber auch spezifische Lernmilieus in diesen Klassen werden als Begründung angeführt.

Allgemein sind die Bildungswege zu einzelnen Abschlüssen vielfältiger und durchlässiger geworden. Beispielsweise kann der Hauptschul- oder Realschulabschluss auch an beruflichen Schulen erworben werden. Gleichzeitig bedeutet dies jedoch, dass die verschiedenen Wege, die zu dem gleichen Abschluss führen, nicht als homogen in Hinsicht auf den Zeitaufwand, aber insbesondere auf die Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarktchancen angesehen werden können (vgl. Bellenberg et al. 2004). So werden rund 6 % der Hauptschulabschlüsse im Berufsvorbereitungsjahr erreicht. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass Hauptschulabschlüsse aus den verschiedenen Berufsvorbereitungsmaßnahmen sowie dem Berufsgrundschuljahr nicht gleichwertig mit denen des allge-

mein bildenden Schulsystems sind (Bellenberg et al. 2004: 136). Dies betrifft ausländische Jugendliche in besonderem Maße und könnte eine Erklärung dafür sein, dass für ausländische Jugendliche trotz besserer allgemein bildender Abschlüsse die Chancen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden, sinken (vgl. Jeschek 2000). Dies gilt insbesondere in Zeiten knapper Ausbildungsplätze. Außerdem erlangen ausländische Jugendliche, die eine Ausbildung beginnen, zu deutlich kleineren Teilen einen Abschluss als dies bei Deutschen der Fall ist (Herwartz-Emden 2003).

3 Methodische Hinweise

Die folgenden Analysen basieren auf Auswertungen des Mikrozensus für Nordrhein-Westfalen. Der Mikrozensus enthält sowohl Strukturinformationen zur schulischen und beruflichen Bildung als auch ein umfangreiches Set an Indikatoren zum Arbeitsmarkt, wie Erwerbsbeteiligung, Erwerbslosigkeit, Beruf, Branche, Art des Beschäftigungsverhältnisses etc., die geeignet sind, die berufliche Platzierung von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund vergleichend abzubilden.

Allerdings werden im Mikrozensus - wie bislang in der amtlichen Statistik üblich - Personen mit Migrationshintergrund nach der Nationalität abgegrenzt³⁾. Eine Definition des Migrationshintergrundes über die Herkunft der Eltern, wie sie sich mittlerweile weitgehend durchgesetzt hat, kann im Mikrozensus erst ab dem Jahr 2005 erfolgen. Zwar ist es möglich, über Hilfskonstruktionen (z. B. zugewanderte Deutsche aus den Herkunftsländern von Aussiedlern) einen Teil der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu identifizieren, allerdings liegt der so verortete Teil der deutschen Personen mit Migrationshintergrund (Aussiedlerinnen und Aussiedler, Eingebürgerte) deutlich unter dem realen Anteil dieser Bevölkerungsgruppen.

³⁾ Gleiches gilt auch für die Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz (Kultusministerkonferenz 2002).

Nach Klemm (2004) lag im Jahr 2000 der Anteil der 15-Jährigen mit Migrationshintergrund in der PISA-Studie nach der Abgrenzung über die Eltern bei 21,7 %, während der Ausländeranteil lediglich bei 9,3 % lag. Da der entsprechende Wert bezogen auf die deutsche Bevölkerung mit Migrationshintergrund für den Mikrozensus weitaus niedriger liegt, können für die deutsche Bevölkerung mit Migrationshintergrund keine validen Aussagen abgeleitet werden; entsprechend bleibt diese Population im Folgenden unberücksichtigt und die Abgrenzung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund erfolgt allein über die Staatsbürgerschaft. Dabei muss in Kauf genommen werden, dass sich dies auch auf die Resultate dieser Studie auswirkt. Studien, die auch deutsche Personen mit Migrationshintergrund erfassen, zeigen, dass Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft einen durchschnittlich höheren Bildungsgrad aufweisen als solche mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Haug 2002).

Um die folgenden Arbeitsmarktanalysen mit dem Bildungssystem in Beziehung setzen zu können, werden nur junge Erwachsene (im Alter von 20 bis 35 Jahren) betrachtet, die im schulpflichtigen Alter zugezogen sind bzw. in Deutschland geboren wurden. Diejenigen, die noch in einer schulischen Erstausbildung stehen, werden nicht in die Analysen einbezogen.

Aus Fallzahlgründen muss im Folgenden auf eine tiefe Ausdifferenzierung der Daten verzichtet werden. Eine Betrachtung einzelner nationaler Gruppen ist nicht möglich. Hier kann lediglich die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern gesondert betrachtet werden. Sofern nach dem Bildungsniveau differenziert wird, müssen ebenfalls Bildungsstufen stark zusammengefasst werden, da die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer mit höheren Abschlüssen vergleichsweise klein ist.

4 Bildungsgrad von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund

Im Folgenden werden zunächst die Bildungsressourcen der jungen Erwachsenen kurz dargestellt. Dabei werden nur diejenigen betrachtet, die keine allgemein bildende Schule mehr besuchen.

4.1 Schulische Bildung

Der schulische Bildungsgrad von ausländischen jungen Erwachsenen unterscheidet sich 2004 nach wie vor erheblich von gleichaltrigen Deutschen. Während die Hälfte derer mit einem ausländischen Pass lediglich über einen Volksschul- oder Hauptschulabschluss verfügten, waren es bei Deutschen 24,5 %. Zwar stieg bei jungen ausländischen Erwachsenen der Anteil derer mit (Fach-)Hochschulreife zwischen 1996 und 2004 von 13,9 % auf 21,3 %, ein Aufholen im Vergleich zu jungen Deutschen bedeutet dies jedoch nicht. Bei Deutschen stieg der Anteil derer mit (Fach-)Hochschulreife von 34,1 % auf 43,0 %.

Die Bildungsstruktur von jungen Erwachsenen aus den ehemaligen Anwerbeländern ist ungünstiger als die der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt. Doch auch hier zeigen sich Veränderungsprozesse zwischen 1996 und 2004. Insbesondere der hohe Anteil mit einem Volksschul- bzw. Hauptschulabschluss reduzierte sich von 62,0 % auf 53,7 % deutlich. Die Gruppe derer mit (Fach-)Hochschulreife bleibt jedoch unter dem Durchschnitt.

Ausländische Frauen weisen durchschnittlich einen etwas höheren Bildungsgrad auf als ausländische Männer. 2004 verfügten 46,6 % der Frauen über einen Hauptschulabschluss, bei den Männern waren es 52,1 %. Die Hochschulreife besitzen 22,2 % der Frauen im Vergleich zu 20,6 % der Männer. Auch bei der Fachoberschulreife sind Frauen leicht im Vorteil: 21,9 % der Frauen und 19,1 % der Männer weisen diese Abschlussart auf.

1. Junge Erwachsene 1996 und 2004 nach höchstem allgemein bildenden Schulabschluss*)						
Höchster allgemein bildender Schulabschluss Jahr	Junge Erwachsene					
	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer				aus ehemaligen Anwerbeländern
		zusammen	Männer	Frauen		
%						
Ohne Abschluss	1996	2,1	12,6	10,3	15,5	12,1
	2004	2,6	8,7	8,2	9,4	8,8
Volksschul-/Hauptschulabschluss	1996	35,0	58,4	62,5	53,1	62,0
	2004	24,5	49,7	52,1	46,6	53,7
Fachoberschulreife	1996	28,7	15,1	14,1	16,4	14,5
	2004	29,9	20,3	19,1	21,9	19,4
(Fach-)Hochschulreife	1996	34,1	13,9	13,0	15,0	11,5
	2004	43,0	21,3	20,6	22,2	18,2
Insgesamt	1996	100	100	100	100	100
	2004	100	100	100	100	100

*) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März

4.2 Berufliche Bildung

Auch bei den beruflichen Bildungsabschlüssen lassen sich klare Unterschiede bei ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen erkennen. Ausländerinnen und Ausländer haben wesentlich öfter keine Ausbildung abgeschlossen, als dies bei jungen Deutschen der Fall ist. Während 43,7 % der ausländischen jungen Erwachsenen 2004 ohne beruflichen Ausbildungsabschluss waren, lag dieser Anteil bei deutschen lediglich bei 17,4 %. Im Zeitvergleich zu 1996 zeigen sich jedoch unterschiedliche

Trends. Während bei jüngeren Deutschen der Anteil derer ohne berufliche Ausbildung leicht anstieg, verringerte sich dieser Wert bei der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer deutlich von 52,4 % auf 43,7 %. Noch immer deutlich niedriger ist der Anteil junger ausländischer Erwachsener mit Hochschulabschluss, über den 3,2 % verfügten im Vergleich zu 12,7 % bei Deutschen.

Junge Ausländerinnen und Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern unterscheiden sich 2004 nur wenig von den Ausländerinnen und

2. Junge Erwachsene*) 1996 und 2004 nach höchstem beruflichen Ausbildungsabschluss**)						
Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss Jahr	Junge Erwachsene					
	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer				aus ehemaligen Anwerbeländern
		zusammen	Männer	Frauen		
%						
Ohne Abschluss	1996	16,2	52,4	48,1	57,8	53,3
	2004	17,4	43,7	39,7	49,1	44,9
Abgeschlossene Berufsausbildung ¹⁾	1996	66,5	43,7	48,2	38,0	43,8
	2004	63,1	50,0	52,6	46,5	50,2
Meister-/Technikerausbildung	1996	6,1	/	/	/	/
	2004	6,7	(3,1)	(3,9)	/	(2,8)
(Fach-)Hochschulabschluss	1996	11,2	(2,5)	/	/	/
	2004	12,7	(3,2)	/	/	/
Insgesamt	1996	100	100	100	100	100
	2004	100	100	100	100	100

*) ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung – **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März – 1) einschl. Angelernter, Praktikantinnen und Praktikanten

Ausländern insgesamt und auch im Vergleich zu 1996 zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. 1996 lag der Anteil jener ohne Abschluss noch bei 53,3 % und somit etwas über dem Durchschnitt der Ausländerinnen und Ausländer. Bis 2004 verringerte er sich auf 44,9 %. Entsprechend deutlich stieg in diesem Zeitraum der Anteil derer mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung von 43,8 % auf 50,2 % an. Unterdurchschnittliche Werte zeigten sich dagegen beim Hochschulabschluss.

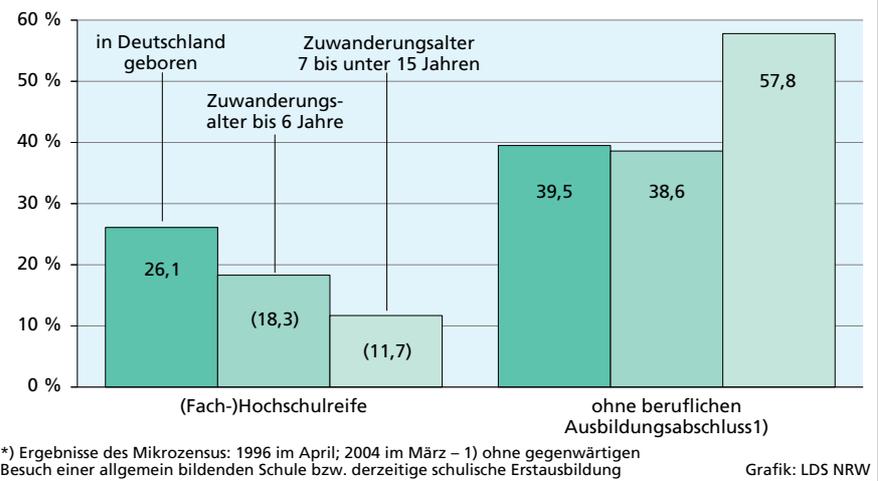
Trotz der günstigeren schulischen Bildungsstruktur bleiben ausländische Frauen deutlich häufiger als Männer ohne beruflichen Abschluss. Während 49,1 % der Frauen 2004 ohne Abschluss waren, lag dieser Wert bei den Männern bei 39,7 %. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen ist der Anteil derer, die ohne berufliche Ausbildung sind, deutlich zurückgegangen. 1996 waren noch 57,8 % der Frauen ohne einen beruflichen Bildungsabschluss. 2004 hatten 46,5 % der Frauen und 52,6 % der Männer eine abgeschlossene Berufsausbildung.

4.3 Bildungsabschluss und Zuzugszeitpunkt

Neben Sprachkenntnissen ist der Zuzugszeitpunkt eine wichtige Determinante des Bildungserfolges von Immigrantenkinder. Dieser Kontext wird im Folgenden kurz dargestellt. Generell lässt sich ein klarer Zusammenhang zwischen dem Bildungserfolg und dem Zuwanderungszeitpunkt erkennen: Je später der Zuzug erfolgte, desto geringer sind die Bildungschancen. Im Jahr 2004 erreichten von den in Deutschland Geborenen 26,1 % die (Fach-)Hochschulreife. Bei der Gruppe, die im Alter von höchstens sechs Jahren nach Deutschland kam, lag dieser Wert bei 18,3 % und bei der Gruppe, die erst im Alter zwischen 7 und 15 Jahren zuwanderten, nur bei 11,7 %.

Bei der beruflichen Bildung unterscheidet sich die Gruppe der in Deutschland Geborenen nur wenig von jenen, die bis einschließlich dem

Abb. 1 Anteil der jungen erwachsenen Ausländerinnen und Ausländer mit Hochschulreife bzw. ohne beruflichen Ausbildungsabschluss 1996 und 2004 nach Zuwanderungsalter*



6. Lebensjahr nach Deutschland kamen. 39,5 % der in Deutschland Geborenen haben keinen beruflichen Abschluss. Bei der Gruppe, die spätestens im Alter von 6 Jahren nach Deutschland zuzog, lag dieser Wert bei 38,6 %. Von den im Alter von 7 bis 15 Jahren Zugezogenen blieben hingegen 57,8 % ohne beruflichen Abschluss.

5 Ausbildungsexklusion

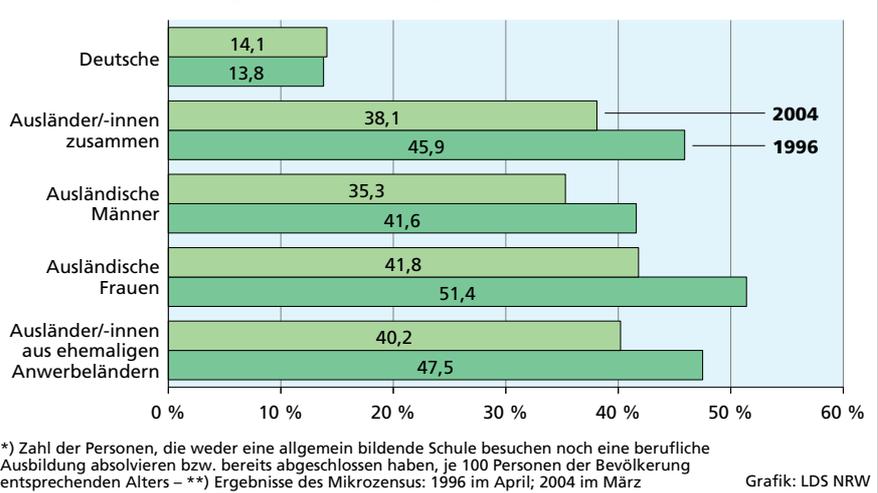
Im Folgenden steht die Frage im Vordergrund, welcher Teil der ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen, die keine allgemein bildende Schule mehr besuchen, ohne Ausbildungsplatz bleiben. Unter dem Begriff Ausbildungsexklusion werden nachfolgend jene jungen Erwachsenen gefasst, die weder eine allgemein bildende Schule besuchen noch eine

berufliche Ausbildung absolvieren bzw. bereits abgeschlossen haben.

Bei Deutschen lag der Anteil derer ohne berufliche Bildung 2004 bei 14,1 %. Bei jungen Ausländerinnen und Ausländern war dieser Anteil mit 38,1 % deutlich höher. Allerdings zeigte sich bei den ausländischen jungen Erwachsenen eine rückläufige Tendenz, während der entsprechende Anteil bei jungen Deutschen zwischen 1996 und 2004 leicht gestiegen war.

Bei den jungen Erwachsenen aus den ehemaligen Anwerbeländern verringerte sich der Anteil ohne berufliche Ausbildung zwischen 1996 und 2006 von 47,5 % auf 40,2 %. Damit lagen sie jedoch auch 2004 noch immer etwas über dem Vergleichswert der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt.

Abb. 2 Ausbildungsexklusion*) junger Erwachsener 1996 und 2004)**



Junge ausländische Frauen bleiben deutlich häufiger ohne berufliche Ausbildung als Männer. Allerdings verbesserte sich die Situation bei den Frauen in stärkerem Maße als bei den Männern. 1996 waren 51,4 % der Frauen ohne berufliche Bildung, 2004 waren es noch 41,8 %.

6 Die Arbeitsmarktposition

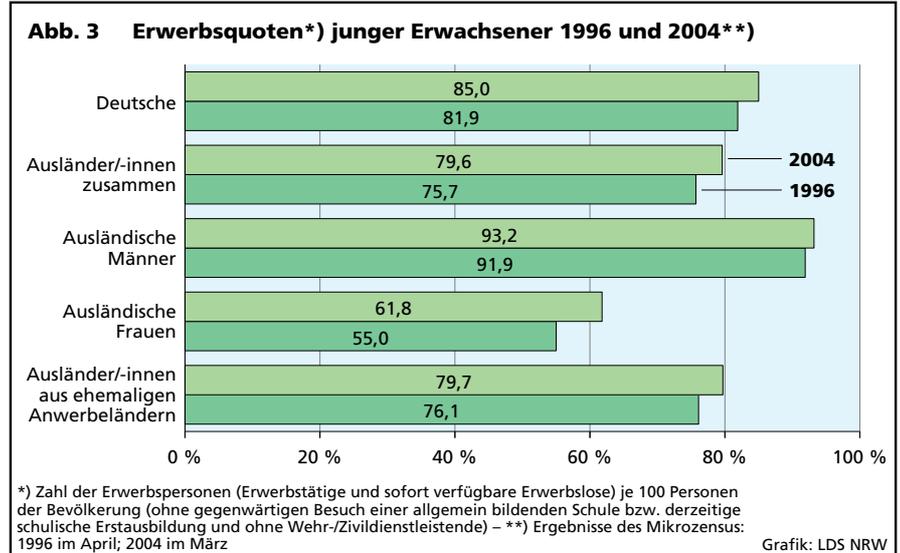
Zuerst wird danach gefragt, ob und in welchem Maße junge Erwachsene ausländischer Herkunft überhaupt Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Danach wird gezeigt, in welchen Positionen sie auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt sind.

6.1 Zugangsindikatoren (Erwerbsquote, Erwerbstätigenquote, Erwerbslosenquote)

Zuerst wird hier die Erwerbsquote betrachtet. Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wieder und reflektiert somit die Beteiligung am Erwerbsleben. Hier beziehen sich die Berechnungen jedoch nur auf den Teil der Bevölkerung, der keine allgemein bildende Schule mehr besucht.

Die Erwerbsquote der jüngeren ausländischen Bevölkerung lag 2004 mit 79,6 % unter der der deutschen mit 85,0 %. Die Erwerbsquote der Gruppe aus den ehemaligen Anwerbeländern lag auf dem Niveau aller Ausländerinnen und Ausländer (79,7 %). Die Erwerbsquoten der Männer und Frauen unterscheiden sich dagegen erheblich. Während 93,2 % der ausländischen Männer zu den Erwerbspersonen zählten, lag dieser Anteil bei den Frauen lediglich bei 61,8 %. Seit 1996 hat sich vor allem die Erwerbsquote der ausländischen Frauen erhöht; sie stieg von 55,0 % auf 61,8 %.

Die Erwerbstätigenquote gibt den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe wieder. Dabei zeigen sich



größere Unterschiede zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung als bei den Erwerbsquoten. Während 76,1 % der Deutschen erwerbstätig waren, trifft dies nur auf 62,1 % der ausländischen jüngeren Erwachsenen zu. Bei beiden Gruppen war die Erwerbstätigenquote im Vergleich zu 1996 leicht rückläufig. Auch bezogen auf die Erwerbstätigenquote zeigen sich kaum Unterschiede zwischen der Gruppe aus den ehemaligen Anwerbeländern und den Ausländerinnen und Ausländern insgesamt.

Die Erwerbstätigenquote der ausländischen Frauen lag mit 50,8 % deutlich niedriger als die der Männer (70,8 %). In der zeitlichen Entwicklung zeigen sich jedoch unterschiedliche Trends. Während die Erwerbstätigenquote der Frauen von 47,0 % auf 50,8 % anstieg, war die der Männer von 76,2 % auf 70,8 % rückläufig.

Die Erwerbslosenquote bezieht sich auf den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose). Dabei zeigt sich bei ausländischen Erwerbspersonen eine deutlich höhere Betroffenheit von Erwerbslosigkeit als bei deutschen. Während 2004 10,5 % der Deutschen erwerbslos waren, trifft dies auf 21,9 % der ausländischen Erwerbspersonen zu. Die Erwerbslosenquote der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern lag mit 22,2 % leicht über dem Durchschnitt aller ausländischen Erwerbspersonen.

Ausländische Männer sind in weit höherem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen als Frauen. Von den ausländischen Männern waren 24,0 % erwerbslos, von den Frauen 17,8 %. Bei den Männern fiel der Anstieg der Erwerbslosenquote höher aus als bei den Frauen.

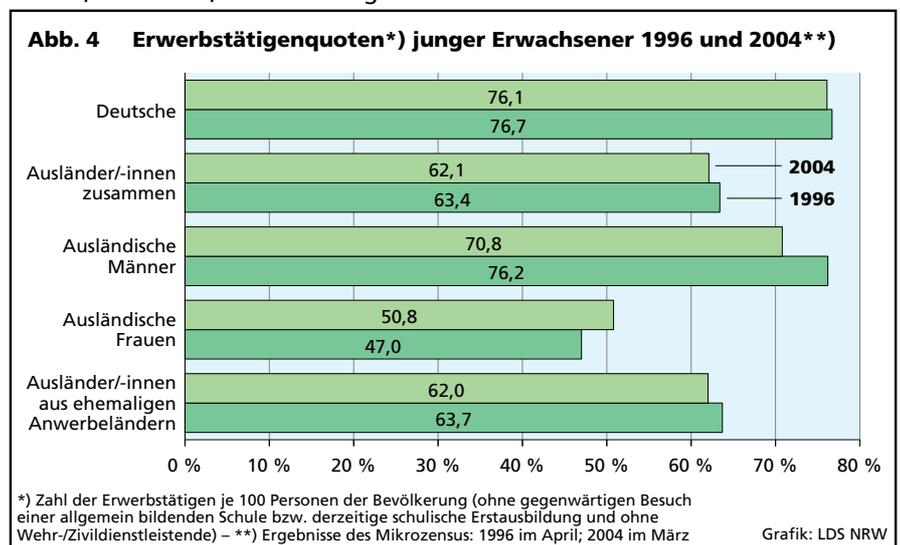
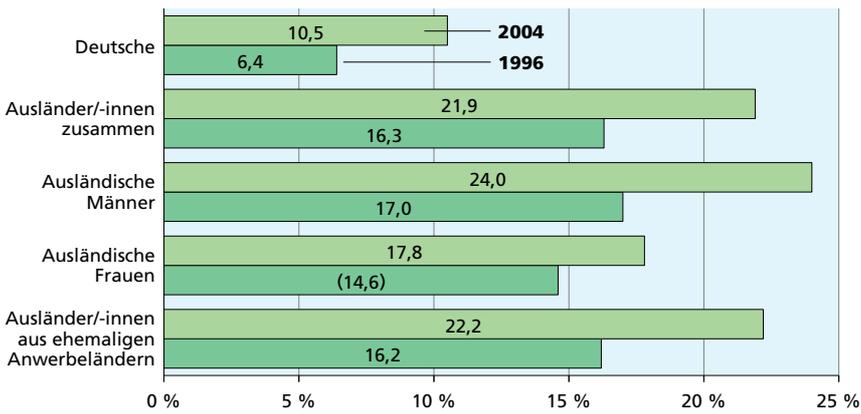


Abb. 5 Erwerbslosenquoten*) junger Erwachsener 1996 und 2004)**



*) Zahl der sofort verfügbaren Erwerbslosen je 100 Erwerbspersonen (ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende) – **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März

Grafik: LDS NRW

Bezogen auf die hier betrachteten Zugangsindikatoren kann festgehalten werden, dass junge Erwachsene mit Migrationshintergrund trotz Schulbesuch in Deutschland seltener Zugang zum Arbeitsmarkt finden und in deutlich höherem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen sind.

6.2 Platzierungsindikatoren (Berufliche Position, Branche etc.)

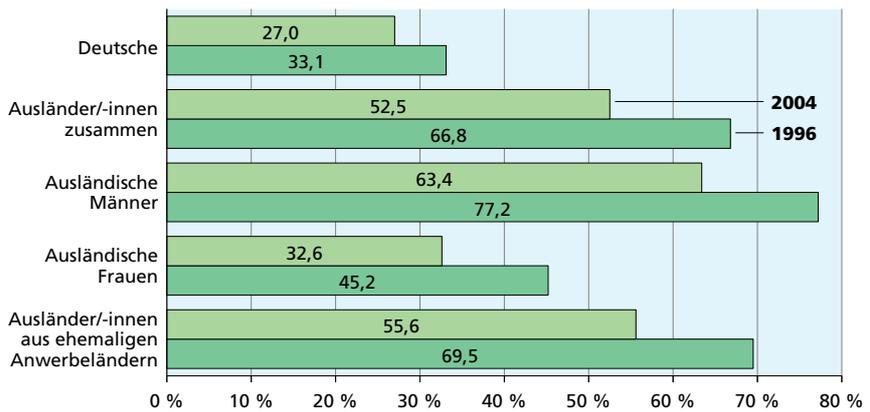
In welcher beruflichen Position und in welcher Art von Beschäftigungsverhältnis befinden sich junge Erwachsene, die Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden haben? Zunächst wird zu dieser Frage die Stellung im Beruf betrachtet. Dabei zeigt sich, dass bei ausländischen Erwerbstätigen der Arbeiteranteil deutlich über dem von deutschen liegt. 1996 lag der Arbeiteranteil bei ausländischen Erwerbstätigen bei 66,8 %, während er sich bei deutschen auf 33,1 % belief. Bis 2004 reduzierte sich der Arbeiteranteil jedoch deutlich: 2004 waren noch 52,5 % der ausländischen Erwerbstätigen in Arbeiterberufen tätig.

Ausländerinnen und Ausländer aus den ehemaligen Anwerbeländern üben überdurchschnittlich oft Arbeiterberufe aus. Doch auch bei dieser Gruppe ist ein erheblicher Bedeutungsrückgang der Arbeiterberufe zu verzeichnen. 1996 waren noch 69,5 % als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig; im Jahr 2004 waren es

teil der Arbeiterinnen im gleichen Zeitraum von 45,2 % auf 32,6 %.

Allein die Stellung im Beruf sagt noch nichts über die betrieblichen Hierarchieebenen aus, in denen ausländische Erwerbstätige stehen. Deshalb werden sie im Folgenden in eine einfache hierarchische Gliederung gebracht. Dabei zeigt sich, dass ausländische Erwerbstätige in den unteren Hierarchieebenen deutlich überrepräsentiert sind. 2004 übten 39,0 % der ausländischen Erwerbstätigen Berufe mit ausführender Tätigkeit aus. Gegenüber 1996, als 48,6 % in dieser Hierarchieebene tätig waren, bedeutet dies jedoch einen deutlichen Rückgang. In den oberen Ebenen sind ausländische Erwerbstätige dagegen unterrepräsentiert. Erwerbstätige aus den ehemaligen Anwerbeländern konzentrieren sich in

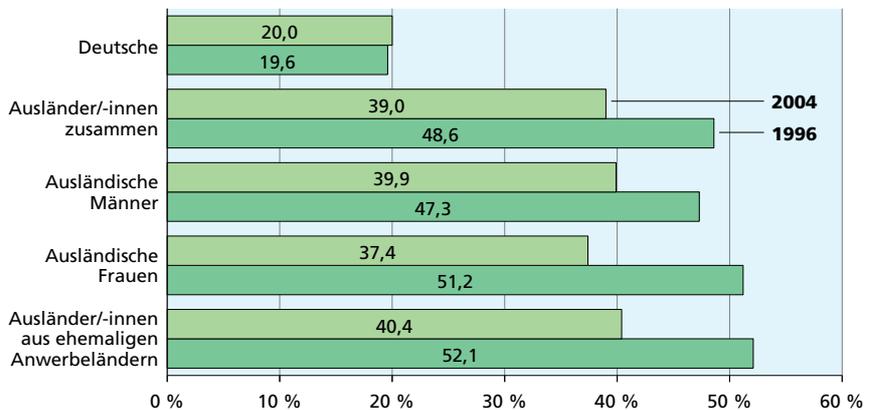
Abb. 6 Arbeiteranteil der erwerbstätigen jungen Erwachsenen*) 1996 und 2004)**



*) ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende – **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März

Grafik: LDS NRW

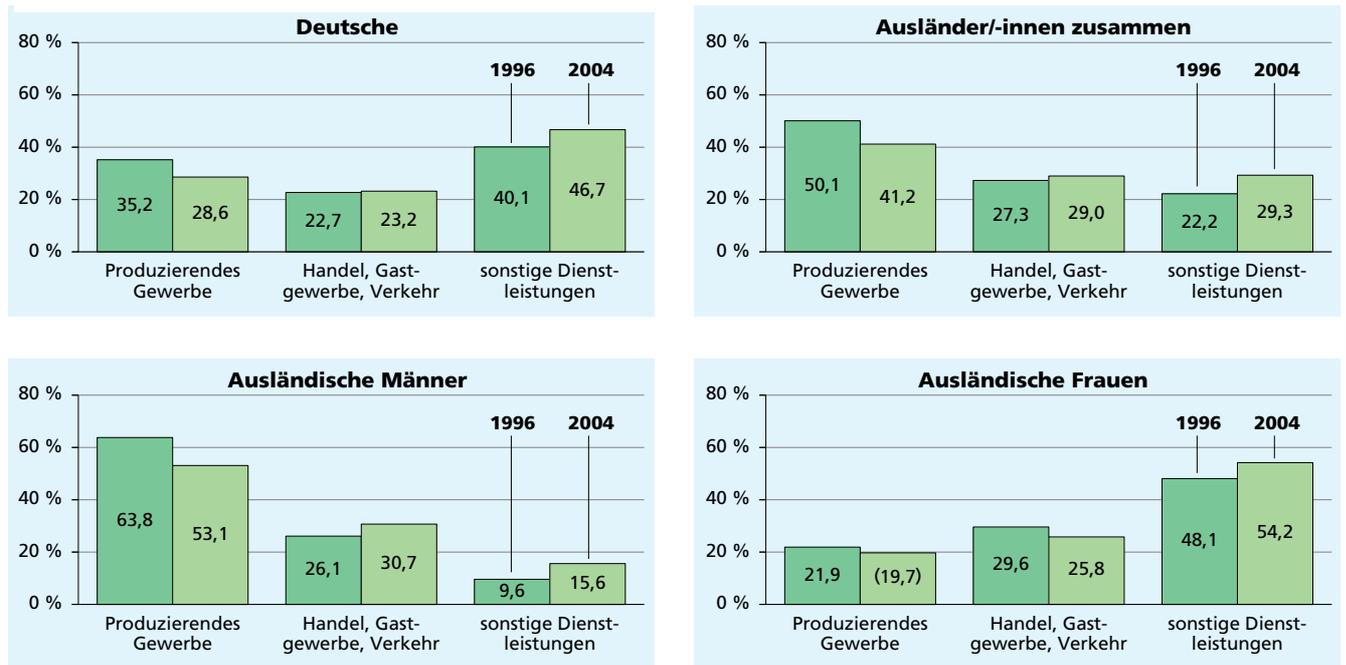
Abb. 7 Anteil der abhängig erwerbstätigen jungen Erwachsenen*) mit ausführender Tätigkeit 1996 und 2004)**



*) ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende – **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März

Grafik: LDS NRW

Abb. 8 Junge Erwachsene*) 1996 und 2004 nach Branchen)**



*) ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung – **) Kategorie „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ nicht dargestellt – Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März

Grafik: LDS NRW

noch etwas stärkerem Maße in den unteren Hierarchieebenen. Ausländische Frauen sind 2004 etwas seltener in den Berufen mit ausführender Tätigkeit (37,4 %) zu finden als Männer (39,9 %). 1996 war dies noch umgekehrt. Berufe mit Fach- bzw. selbstständiger Tätigkeit üben Frauen häufiger aus (58,2 %) als Männer (53,8 %). Leitende Tätigkeiten besetzen Männer dagegen häufiger als Frauen.

Auch bei der Verteilung über die Branchen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Erwerbstätigen erkennen. Ausländische Erwerbstätige sind im Produzierenden Gewerbe überproportional vertreten, allerdings mit stark rückläufiger Tendenz. 1996 waren 50,1 % der ausländischen Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe tätig, 2004 waren es noch 41,2 % und somit immer noch deutlich mehr als bei deutschen Erwerbstätigen, von denen 28,6 % im Produzierenden Gewerbe tätig waren. Von überdurchschnittlicher Bedeutung für ausländische Erwerbstätige ist auch der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Die Bedeutung dieses Sektors ist bei ausländischen Erwerbstätigen angestiegen. 2004 waren 29,0 % der ausländischen Er-

werbstätigen im Handel, Gastgewerbe und Verkehr tätig, bei den deutschen waren es 23,2 %. Deutlich unterrepräsentiert sind ausländische Erwerbstätige bei den sonstigen Dienstleistungen. Hier sind 29,3 % der ausländischen, aber 46,7 % der deutschen Erwerbstätigen beschäftigt.

Ausländische Erwerbstätige aus den ehemaligen Anwerbeländern unterscheiden sich in ihrer Branchenstruktur kaum von ausländischen Erwerbstätigen insgesamt. Für ausländische Frauen hat das Produzierende Gewerbe einen deutlich geringeren Stellenwert als für Männer. 2004 waren lediglich 19,7 % der ausländischen Frauen im Produzierenden Gewerbe. Sie sind dagegen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen mit einem Anteil von 54,2 % weitaus stärker vertreten als Männer (15,6 %).

7 Berufliche Platzierung nach Bildungsgrad

Die oben aufgezeigten Unterschiede bei der beruflichen Platzierung sind aufgrund des überwiegend niedrigen Bildungsgrads wenig überraschend. Es stellt sich jedoch die Fra-

ge, wie sich der Zugang zum Arbeitsmarkt und die berufliche Platzierung darstellen, wenn nach der Art des Abschlusses unterschieden wird. Bei dieser Betrachtungsweise ist allerdings keine Ausdifferenzierung der einzelnen Bildungsgänge möglich. Dies hat seinen Grund in der nach wie vor geringen Zahl von mittleren und höheren Abschlüssen bei jungen ausländischen Erwachsenen und den entsprechend niedrigen Fallzahlen. Auch bei den oben gezeigten Kategorien müssen deshalb Zusammenfassungen vorgenommen werden. Im Folgenden wird nach schulischem und beruflichem Bildungsgrad unterschieden.

7.1 Zugangsindikatoren nach Bildungsgrad

7.1.1 Zugangsindikatoren nach schulischer Bildung

Bei der Erwerbsquote lassen sich klare Unterschiede nach dem Bildungsgrad erkennen. Die niedrigste Erwerbsquote weist die Gruppe ohne schulischen Bildungsabschluss auf. Dies gilt für Ausländerinnen und Ausländer gleichermaßen wie für Deutsche und auch die Niveauunterschiede sind gering. Wiederum für

Ausländerinnen und Ausländer sowie Deutsche gemeinsam gilt, dass, je höher der Bildungsgrad ist, desto höher ist die Erwerbsquote. Die Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung ohne Schulabschluss lag 2004 bei 62,8 %. Bei der Gruppe mit mittleren/höheren Bildungsabschlüssen lag die Erwerbsquote bei 86,4 %.

Bezogen auf die Erwerbstätigenquote treten die oben genannten Unterschiede noch deutlicher hervor. Die mit Abstand niedrigste Erwerbstätigenquote weist die Gruppe ohne schulischen Abschluss auf. Bei den Ausländerinnen und Ausländern waren 38,7 % dieser Gruppe erwerbstätig, bei den Deutschen waren es 46,5 %. Am größten waren die Unterschiede in der Erwerbstätigenquote von ausländischen und deutschen jungen Erwachsenen mit Hauptschulabschluss. Hier wiesen die Deutschen eine Erwerbstätigenquote von 66,9 % auf, während sie bei Ausländerinnen und Ausländern bei 57,1 % lag.

Auch die Erwerbslosenquote hängt in hohem Maße vom Bildungsgrad ab. Grundsätzlich gilt: Je höher der Bildungsgrad, desto niedriger ist die Erwerbslosenquote. Dies trifft wiederum für ausländische wie auch deutsche Erwerbspersonen gleichermaßen zu, allerdings bestehen zum Teil deutliche Niveauunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen. Bei der Gruppe ohne Abschluss waren 38,4 % der Ausländerinnen und Ausländer erwerbslos, bei Deutschen lag dieser Wert bei 29,0 %. Doch auch bei den besser Qualifizierten sind die Unterschiede deutlich: Bei der Gruppe mit mittleren/höheren Bildungsabschlüssen lag die Erwerbslosenquote bei Deutschen bei 6,9 %, während sie sich bei der entsprechenden Gruppe ausländischer Erwerbspersonen auf 12,7 % belief. Der Anstieg der Erwerbslosenquote zwischen 1996 und 2004 fiel vor allem bei der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ohne Abschluss deutlich höher aus als bei Deutschen dieses Bildungsgrades. Sie stieg von 22,8 % auf 38,4 %.

Abb. 9 Erwerbsquoten*) junger Erwachsener im März 2004 nach höchstem allgemein bildenden Schulabschluss)**

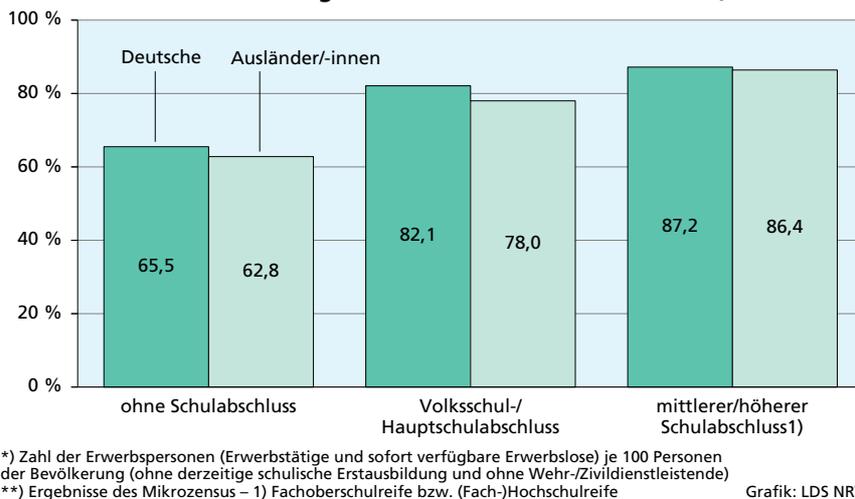


Abb. 10 Erwerbstätigenquoten*) junger Erwachsener im März 2004 nach höchstem allgemein bildenden Schulabschluss)**

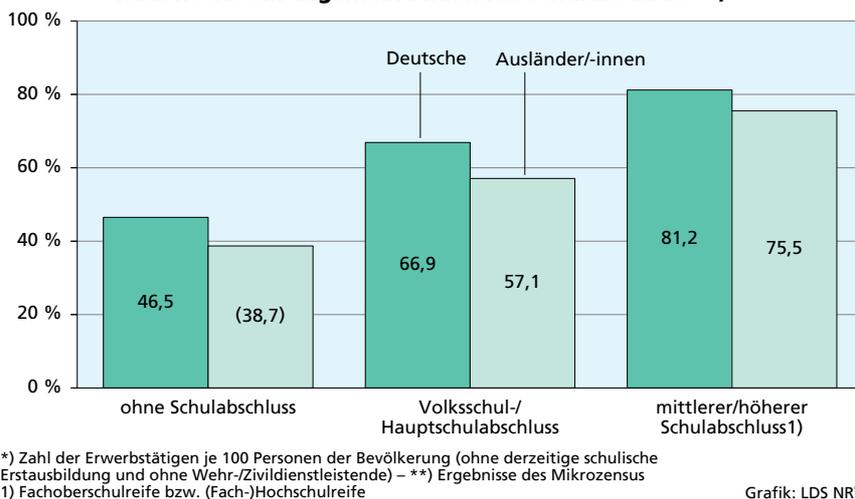
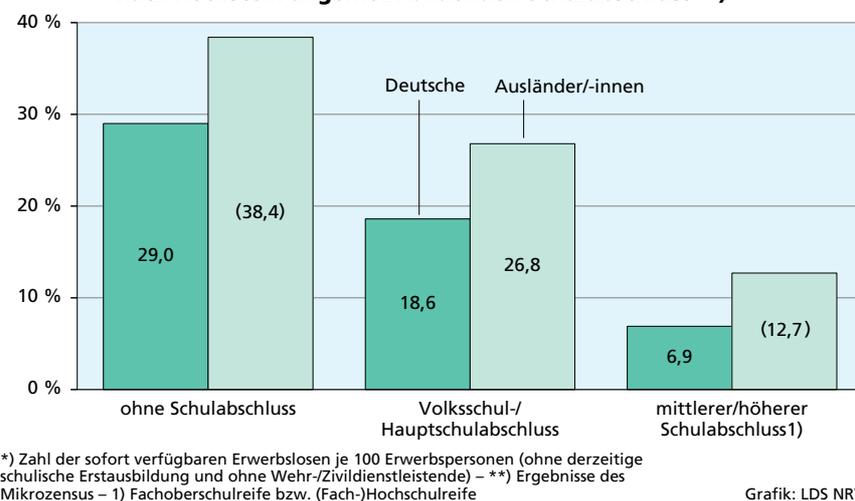


Abb. 11 Erwerbslosenquoten*) junger Erwachsener im März 2004 nach höchstem allgemein bildenden Schulabschluss)**

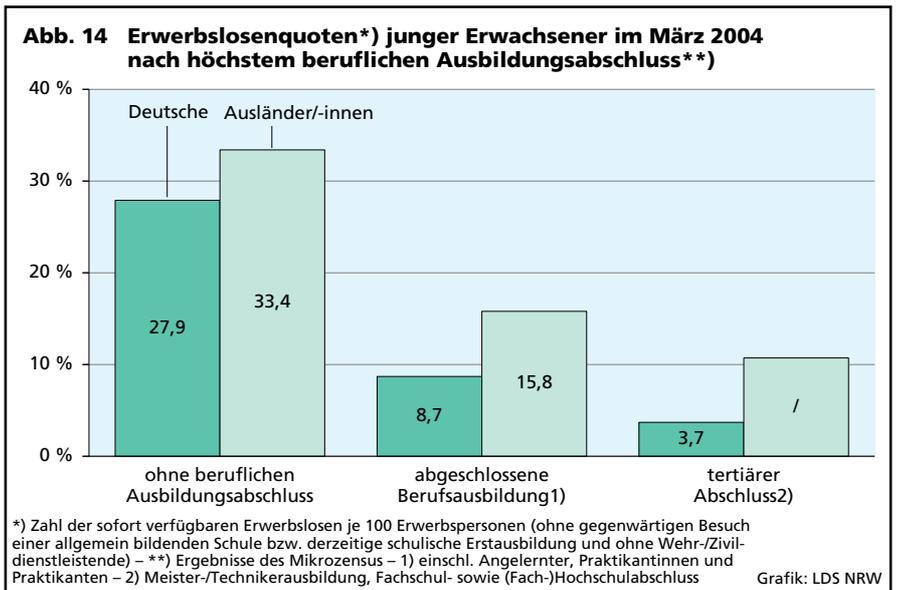
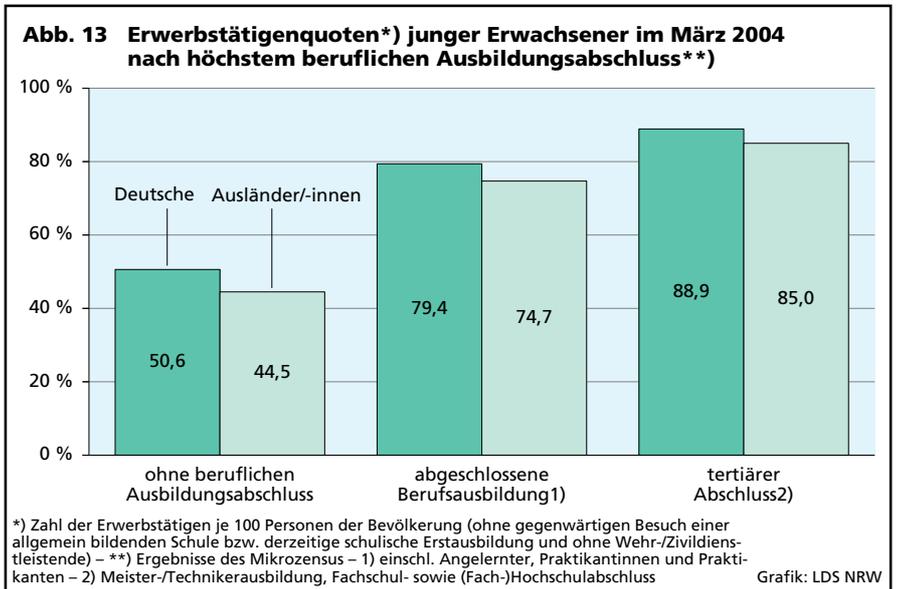
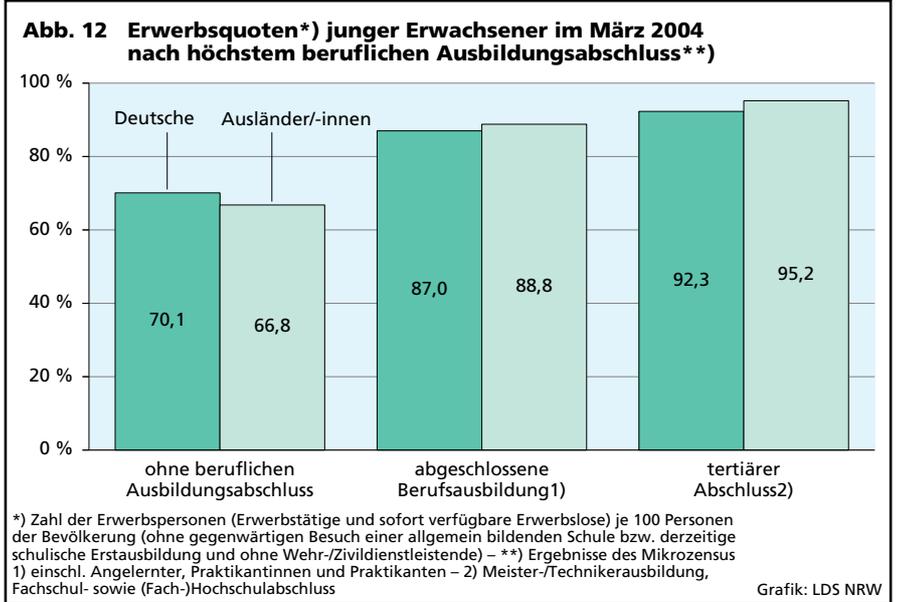


7.1.2 Zugangsindikatoren nach beruflicher Bildung

Auch bezogen auf die berufliche Bildung lassen sich deutliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung erkennen. Sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländerinnen und Ausländern weist die Gruppe ohne beruflichen Bildungsabschluss die niedrigste Erwerbsquote auf. Bei der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer liegt die Erwerbsquote mit 66,8 % jedoch niedriger als bei Deutschen mit 70,1 %. Bei den beiden anderen Gruppen mit beruflichen Bildungsabschlüssen weisen Ausländerinnen und Ausländer etwas höhere Erwerbsquoten auf als Deutsche. Insbesondere bei der Gruppe mit tertiären Bildungsabschlüssen ist die Erwerbsquote deutlich gestiegen. 1996 lag sie bei der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer noch bei 81,5 % und im Jahr 2004 bei 95,2 %.

Bezogen auf die Erwerbstätigenquote ergibt sich ein etwas anderes Bild. Zwar weisen auch hier diejenigen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen, sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländerinnen und Ausländern die niedrigste Erwerbstätigenquote auf. Auch war diese bei den Ausländerinnen und Ausländern mit 44,5 % niedriger als bei Deutschen (50,6 %), doch auch bei den beiden anderen Gruppen weisen Ausländerinnen und Ausländer niedrigere Erwerbstätigenquoten auf als Deutsche. Bei der Gruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung waren 74,7 % der Ausländerinnen und Ausländer, aber 79,4 % der Deutschen erwerbstätig. Im Zeitvergleich von 1996 zu 2004 zeigt sich ein Anstieg der Erwerbstätigenquote von Ausländerinnen und Ausländern mit tertiärem Abschluss, während bei der Gruppe ohne Abschluss ein Rückgang zu beobachten war.

Auch bei der Erwerbslosenquote ist ein enger Zusammenhang mit der beruflichen Bildung zu erkennen. Die Erwerbslosenquoten von ausländischen Erwerbspersonen liegen in allen Bildungsgruppen über denen von Deutschen. Des Weiteren gilt so-



wohl für ausländische als auch für deutsche Erwerbspersonen, dass die Erwerbslosenquote bei der Gruppe

ohne beruflichen Abschluss deutlich höher ist als bei Personen mit einem beruflichen Ausbildungsabschluss.

Bei der Gruppe mit abgeschlossener Berufsausbildung belief sich die Erwerbslosenquote bei Ausländerinnen und Ausländern auf 15,8 % und bei Deutschen bei 8,7 %. Bei der Gruppe ohne berufliche Ausbildung waren 33,4 % der ausländischen und 27,9 % der deutschen Erwerbspersonen ohne Arbeit. Im Vergleich zu 1996 ist die Erwerbslosenquote der ausländischen Bevölkerung erheblich angestiegen. Noch 1996 belief sich die Erwerbslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern ohne beruflichen Bildungsabschluss auf 22,6 %, im Jahr 2004 war bereits ein Drittel der ausländischen Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass Bildung generell eine wichtige Determinante des Zugangs zum Arbeitsmarkt ist. Insbesondere fehlende Abschlüsse sind ein großes Hemmnis beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass sich für junge ausländische Erwachsene – unabhängig vom Bildungsgrad – der Zugang zum Arbeitsmarkt schwieriger gestaltet, als dies bei entsprechenden deutschen Vergleichsgruppen der Fall ist.

7.2 Platzierungsindikatoren nach Bildungsgrad

Im Folgenden werden die Stellung im Beruf, die beruflichen Hierarchieebenen und die Branchen differenziert nach dem Bildungsabschluss betrachtet. Da hier nur Erwerbstätige betrachtet werden können, sind aufgrund von Fallzahlrestriktionen weitere Zusammenfassungen der oben verwendeten Kategorien erforderlich. Die Betrachtung erfolgt wiederum in der Abgrenzung nach schulischer und beruflicher Bildung.

7.2.1 Platzierungsindikatoren nach schulischer Bildung

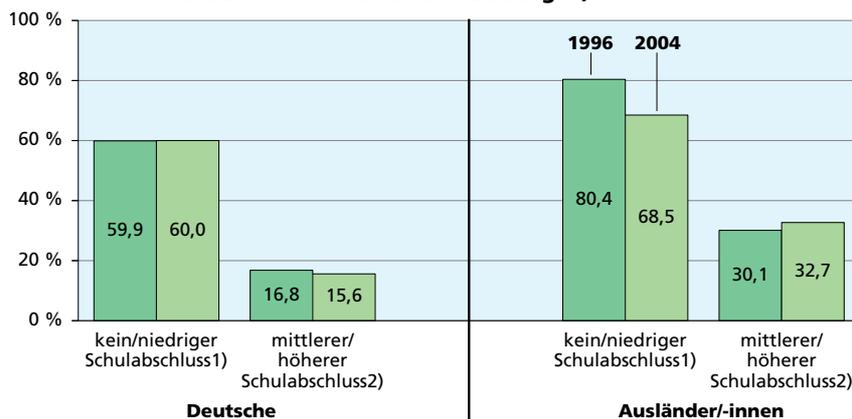
Im Folgenden werden zwei Gruppen unterschieden: Diejenige, die keinen bzw. einen Hauptschulabschluss aufweisen, sowie diejenige mit mittleren/höheren schulischen Bildungsabschlüssen (Fachober-, Fachhoch- oder

Hochschulreife). Zunächst wird die Stellung im Beruf betrachtet. Dabei zeigt sich, dass deutsche wie auch ausländische Erwerbstätige ohne Schulabschluss bzw. mit Volksschul-/Hauptschulabschluss überwiegend als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig sind. Bei ausländischen Erwerbstätigen lag dieser Anteil deutlich höher, allerdings war zwischen 1996 und 2004 ein Rückgang des Arbeiteranteils von 80,4 % auf 68,5 % zu verzeichnen. Bei Deutschen lag dieser Wert 2004 bei 60,0 %. Auch für die Gruppe mit mittleren/höheren Abschlüssen gilt, dass ausländische Erwerbstätige einen höheren Arbeiteranteil aufweisen. Hier lag der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter bei 32,7 % im Vergleich zu 15,6 % bei Deutschen.

Auch die Betrachtung der beruflichen Hierarchie zeigt, dass ausländi-

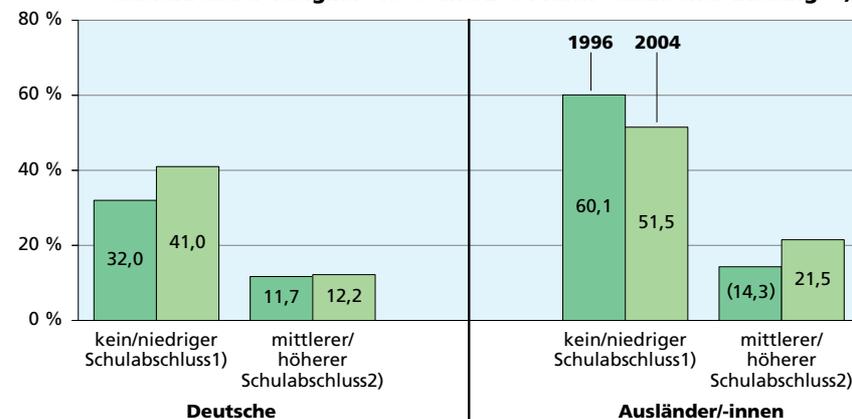
sche Erwerbstätige, die über keinen Schulabschluss oder über einen Volksschul-/Hauptschulabschluss verfügen, deutlich öfter Berufe mit ausführenden Tätigkeiten ausüben, als dies bei Deutschen der Fall ist. Von den ausländischen Erwerbstätigen dieser Bildungsgruppe übten 51,5 % einen Beruf mit ausführender Tätigkeit aus, während dies bei 41,0 % der Deutschen der Fall war. Entsprechend unterrepräsentiert sind sie bei den anderen Qualifikationsstufen. Auch bei der Gruppe mit mittleren/höheren Abschlüssen sind junge ausländische Erwerbstätige bei den Berufen mit ausführender Tätigkeit über- und den qualifizierten Berufen unterrepräsentiert. Einen Beruf mit ausführender Tätigkeit übten 21,5 % der ausländischen im Vergleich zu 12,2 % der deutschen Erwerbstätigen aus.

Abb. 15 Arbeiteranteil der erwerbstätigen jungen Erwachsenen*) 1996 und 2004 nach schulischer Bildung)**



*) ohne derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende – **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März – 1) ohne Schulabschluss bzw. Volksschul-/Hauptschulabschluss – 2) Fachoberschulreife bzw. (Fach-)Hochschulreife Grafik: LDS NRW

Abb. 16 Anteil der abhängig erwerbstätigen jungen Erwachsenen*) mit ausführender Tätigkeit 1996 und 2004 nach schulischer Bildung)**



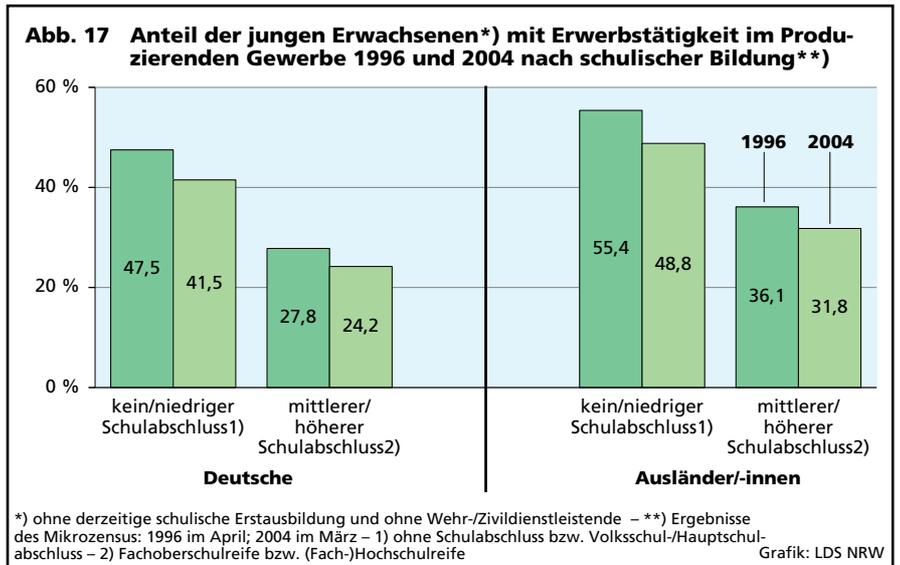
*) ohne derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende – **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März – 1) ohne Schulabschluss bzw. Volksschul-/Hauptschulabschluss – 2) Fachoberschulreife bzw. (Fach-)Hochschulreife Grafik: LDS NRW

Differenziert nach Branchen lässt sich sowohl bei ausländischen als auch deutschen Erwerbstätigen ein Bedeutungsverlust des Produzierenden Gewerbes erkennen. Bei der Gruppe ohne Schulabschluss bzw. mit Volksschul-/Hauptschulabschluss reduzierte sich bei den ausländischen Erwerbstätigen der Anteil des Produzierenden Gewerbes von 55,4 % auf 48,8 %. Bei Deutschen lag dieser Anteil 2004 mit 41,5 % niedriger. An Bedeutung gewonnen hat bei ausländischen Erwerbstätigen dieser Bildungsgruppe der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, in dem 31,7 % der jungen ausländischen Erwerbstätigen zu finden sind, während dieser Wert bei Deutschen bei 28,5 % lag.

Bei der Gruppe mit mittleren/höheren schulischen Abschlüssen war das Produzierende Gewerbe von geringerer Bedeutung und verlor zwischen 1996 und 2004 weiter an Gewicht. Für ausländische Erwerbstätige ist es 2004 mit einem Anteil von 31,8 % dennoch bedeutsamer als für deutsche Erwerbstätige (24,2 %). Auch bei der Gruppe mit mittleren/höheren Bildungsabschlüssen sind junge ausländische Erwerbstätige im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr überrepräsentiert. Hier waren 25,8 % der ausländischen und 21,0 % der deutschen Erwerbstätigen beschäftigt. Allerdings lag der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen in diesem Bereich 1996 noch bei 29,5 %. Unterrepräsentiert sind ausländische Erwerbstätige dagegen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen, doch auch hier ist ihr Anteil von 34,0 % auf 41,8 % gestiegen.

7.2.2 Platzierungsindikatoren nach beruflicher Bildung

Auch die Betrachtung nach der beruflichen Bildung bestätigt im Wesentlichen die oben gezeigten Trends. Bei der Gruppe ohne beruflichen Bildungsabschluss waren bei ausländischen Erwerbstätigen noch 1996 Arbeiterberufe absolut dominant: 82,6 % waren als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig. Dieser An-



teil reduzierte sich bis 2004 zwar deutlich, dennoch blieben die Arbeiterberufe mit einem Anteil von 70,0 % das wichtigste Betätigungsfeld für ausländische Arbeitskräfte dieses Bildungsgrades. Der Rückgang des Arbeiteranteils wurde weitgehend von den Angestelltenberufen kompensiert. Der Angestelltenanteil stieg von 11,7 % auf 21,0 %, doch auch der Anteil der Selbständigen ist gestiegen. Auch für die Gruppe mit beruflichem Bildungsabschluss hat der Arbeiterbereich an Bedeutung verloren. Während 1996 noch 54,4 % als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig waren, waren es 2004 nur noch 44,5 %. 2004 übte nahezu die Hälfte der ausländischen Erwerbstätigen dieser Bildungsgruppe einen Angestelltenberuf aus.

Bezogen auf die berufliche Hierarchie zeigt sich, dass bei der Gruppe ohne beruflichen Abschluss Berufe mit ausführender Tätigkeit dominieren und zwar bei ausländischen Erwerbstätigen in deutlich höherem Maße als bei Deutschen. Drei Viertel der ausländischen Erwerbstätigen übten 2004 einen Beruf mit ausführender Tätigkeit aus. Während immerhin 32,4 % der deutschen Erwerbstätigen ohne beruflichen Bildungsabschluss einen Beruf mit Fach- oder selbstständiger Tätigkeit ausübten, lag dieser Anteil bei ausländischen Erwerbstätigen lediglich bei 23,6 %. Bei der Gruppe mit einem beruflichen Abschluss sind ausländische und deutsche Erwerbstätige in nahezu gleichen Teilen in Berufen mit Fach- oder selbstständiger Tätigkeit zu finden. In Berufen mit leitender Tätigkeit sind ausländische

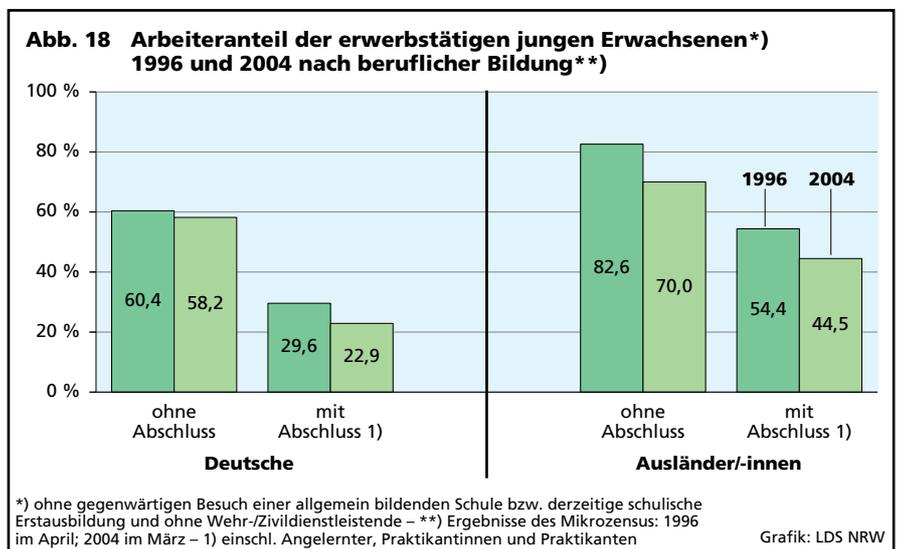
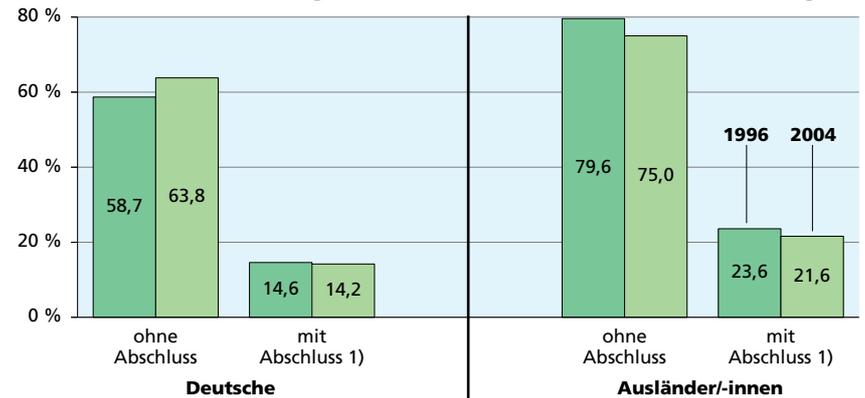


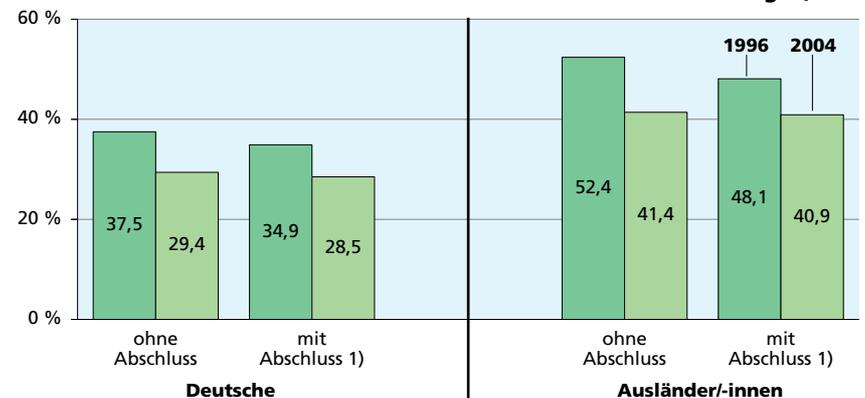
Abb. 19 Anteil der abhängig erwerbstätigen jungen Erwachsenen*) mit ausführender Tätigkeit 1996 und 2004 nach beruflicher Bildung)**



*) ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende - **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März - 1) einschl. Angelernter, Praktikantinnen und Praktikanten

Grafik: LDS NRW

Abb. 20 Anteil der jungen Erwachsenen*) mit Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe 1996 und 2004 nach beruflicher Bildung)**



*) ohne gegenwärtigen Besuch einer allgemein bildenden Schule bzw. derzeitige schulische Erstausbildung und ohne Wehr-/Zivildienstleistende - **) Ergebnisse des Mikrozensus: 1996 im April; 2004 im März - 1) einschl. Angelernter, Praktikantinnen und Praktikanten

Grafik: LDS NRW

Erwerbstätige dagegen seltener als deutsche. Auch wenn ein Berufsabschluss vorhanden ist, üben ausländische Erwerbstätige dennoch häufiger Berufe mit ausführender Tätigkeit aus als deutsche. 2004 waren 21,6 % der ausländischen aber nur 14,2 % der deutschen Erwerbstätigen in Berufen mit ausführender Tätigkeit zu finden.

Differenziert nach Branchen ist zu erkennen, dass 1996 noch mehr als die Hälfte der ausländischen Erwerbstätigen ohne beruflichen Abschluss im Produzierenden Gewerbe tätig war. Dieser Anteil reduziert sich jedoch bis 2004 deutlich und liegt bei 41,4 %. Dieser Rückgang wird im Wesentlichen durch einen Anstieg im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr kompensiert, dessen Anteil von 26,3 % auf

34,7 % anstieg, und nur zu kleineren Teilen von den sonstigen Dienstleistungen. Bei der Gruppe mit beruflichem Bildungsabschluss verringert sich der Anteil des Produzierenden Gewerbes zwar auch, jedoch in geringerem Maße, und mit einem Anteil von 40,9 % war dieser Bereich nahezu gleich wichtig wie bei der Gruppe ohne beruflichen Abschluss. Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr hat für ausländische Erwerbstätige mit Bildungsabschluss eine höhere Bedeutung als für Deutsche, dagegen sind sie bei den sonstigen Dienstleistungen nur unterdurchschnittlich vertreten. Allerdings ist ihr Anteil hier zwischen 1996 und 2004 von 22,8 % auf 32,0 % angestiegen.

8 Fazit

Die Untersuchung der beruflichen Platzierung von jungen ausländischen und deutschen Erwachsenen, die das deutsche Schulsystem ganz oder zumindest als „Quereinsteiger“ in Teilen durchlaufen haben, vermittelt wiederum das aus den eingangs zitierten Studien bekannte Bild der Schlechterstellung von ausländischen jungen Erwachsenen. Generell zeigen sich wenige Anhaltspunkte für eine Verbesserung der Situation in den vergangenen Jahren. Der zu beobachtende Anstieg im Bildungsniveau ausländischer junger Erwachsener führt nicht zu einer Angleichung an die Struktur junger Deutscher, denn deren Bildungsniveau hat sich ebenfalls erhöht. Insgesamt ist das gezeichnete Bild der Arbeitsmarktpositionierung zunächst aufgrund der eingangs dargestellten Bildungsunterschiede wenig überraschend.

Nicht in diesem Ausmaß zu erwarten waren jedoch die Unterschiede, die sich zwischen jungen ausländischen Erwerbstätigen und Deutschen mit gleichem Bildungsgrad zeigten, sei es bei der Gruppe mit niedrigen oder bei der mit mittleren/höheren Abschlüssen. Dies zeigt sich sowohl bei dem Zugang zum Arbeitsmarkt als auch bei den verwendeten Indikatoren der Platzierung auf dem Arbeitsmarkt. Mittlere und höhere Bildungsabschlüsse alleine sind folglich kein Allheilmittel und kein Garant für eine Gleichstellung in der beruflichen Platzierung von jungen Ausländerinnen und Ausländern.

Literatur

Alba, Richard D.; Handl, Johann; Müller Walter (1998): Ethnic Inequalities in the German School System. In: Münz, Rainer; Schuck, Peter (Hrsg.), Paths to Inclusion: The Integration of Migrants in the United States and Germany. Providence/RI, Oxford: Berghahn

Baur, Ruprecht S.; Ostermann, Torsten; Chlosta, Christoph (2004): Der weite Weg von der Mehrsprachigkeit zur Sprachförderung. In: Karakaso-

glu, Yasemin; Lüddecke, Julian (Hrsg.), *Migrationsforschung und Interkulturelle Pädagogik*. Münster: Waxmann, S. 161 – 170

Bellenberg, Gabriele; Hovestadt, Gertrud; Klemm, Klaus (2004): *Selektivität und Durchlässigkeit im allgemein bildenden Schulsystem. Rechtliche Regelungen und Daten unter besonderer Berücksichtigung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen*. Essen: Universität Duisburg-Essen

Bommes, Michael; Radtke, Frank-Olaf (1993): *Institutionalisierte Diskriminierung von Migrantenkindern. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 39, 3, S. 483 – 497

BMFSFJ (2004): *Viele Welten leben: Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund*. Berlin: BMFSFJ

Büchel, Felix; Wagner, Gert (1996): *Soziale Differenzen der Bildungschancen in Westdeutschland – Unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern*. In: Zapf, Wolfgang; Schupp, Jürgen; Habich, Roland (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 80 – 96

Entorf, Horst; Minoiu, Nicoleta (2004): *Pisa-Results: What a Difference Immigration Law Makes*. Bonn: IZA Discussion Paper Nr. 1021

Ergen, Özkan (2005): *Bildungserfolg und zuwanderungsbedingte Mehrsprachigkeit*. In: Meier-Braun Karl-Heinz; Weber, Reinhold (Hrsg.), *Kulturelle Vielfalt. Baden Württemberg als Einwanderungsland*. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung, S. 126 – 145

Esser, Hartmut (1990): *Nur eine Frage der Zeit?* In: Esser, Hartmut; Friedrichs Jürgen (Hrsg.), *Generation und Identität*, Opladen: Luchterhand, S. 73 – 100

Faist, Thomas (1993): *Ein- und Ausgliederung von Immigranten. Türken*

in Deutschland und mexikanische Amerikaner in den USA in den achtziger Jahren. In: *Soziale Welt*, 44, 2, S. 275 – 299

Geißler, Rainer (1996): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung*, 2. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag

Große-Venhaus, Gerd; Stauder, Johannes (2000): *Junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf, Teil 1, Analyse des Schulbesuchs junger Menschen aus Zuwandererfamilien in Nordrhein-Westfalen – Ergebnisse aus den amtlichen Schuldaten der allgemein bildenden Schulen*. Düsseldorf: LDS NRW

Haug, Sonja (2002): *Familienstand, Schulbildung und Erwerbstätigkeit junger Erwachsener. Eine Analyse der ethnischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten – Erste Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB*. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 27, 1, S. 115 – 144

Herwartz-Emden, Leonie (2003): *Einwandererkinder im deutschen Bildungswesen*. In: Cortina, Kai; Baumert, Jürgen; Leschinsky, Achim; Mayer, Karl Ulrich; Trommer, Luitgard (Hrsg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 661 – 709

Höfener, Wilhelm; Stauder, Johannes (2000): *Junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf, Teil 2, Analyse der Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Zuwandererfamilien am Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen – Ergebnisse aus den amtlichen Schuldaten der Berufskollegs*. Düsseldorf: LDS NRW

Jeschek, Wolfgang (2000): *Die Integration junger Ausländer in das Bildungssystem kommt kaum noch voran*. DIW-Wochenbericht, 29, 2000

Jungbauer-Gans, Monika (2004): *Einfluss des sozialen und kulturellen Ka-*

pitals auf die Lesekompetenz. Ein Vergleich der PISA 2000-Daten aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 33, 5, S. 375 – 397

Klemm, Klaus (2004): *Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Spiegel der neueren Schulleistungstudien*. In: Karakasoglu, Yasemin; Lüddecke, Julian (Hrsg.), *Migrationsforschung und Interkulturelle Pädagogik*. Münster: Waxmann, S. 205 – 214

Kristen, Cornelia (2004): *Hauptschule, Realschule oder Gymnasium. Ethnische Unterschiede am ersten Bildungsübergang*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 54, 3, S. 534 – 552

Krohne, Julia; Meier, Ulrich; Tillmann Klaus-Jürgen (2004): *Sitzenbleiben, Geschlecht und Migration – Klassenwiederholungen im Spiegel der PISA – Daten*. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 50, 3, S. 373 – 391

Kultusministerkonferenz (2002): *Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1991 bis 2000*. Bonn: Kultusministerkonferenz

Meier-Braun, Karl-Heinz (2005): *Die (fast endlose) Geschichte vom Einwanderungsland Deutschland: Zur Ausländerpolitik des Bundes und des Landes Baden Württemberg*. In: Meier-Braun, Karl-Heinz; Weber, Reinhold (Hrsg.), *Kulturelle Vielfalt. Baden Württemberg als Einwanderungsland*. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung, S. 65 – 99

Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf (1997): *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*. Frankfurt/M., New York: Campus

Nauck, Bernhard; Kohlmann, Annette; Diefenbach, Heike (1997): *Familiäre Netzwerke, intergenerative Transmission und Assimilationsprozesse bei türkischen Migrantenfamilien*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, 3, S. 477 – 499

Radtke, Frank-Olaf (1995): *Ethnische Diskriminierung in der Schule*. In: Sei-

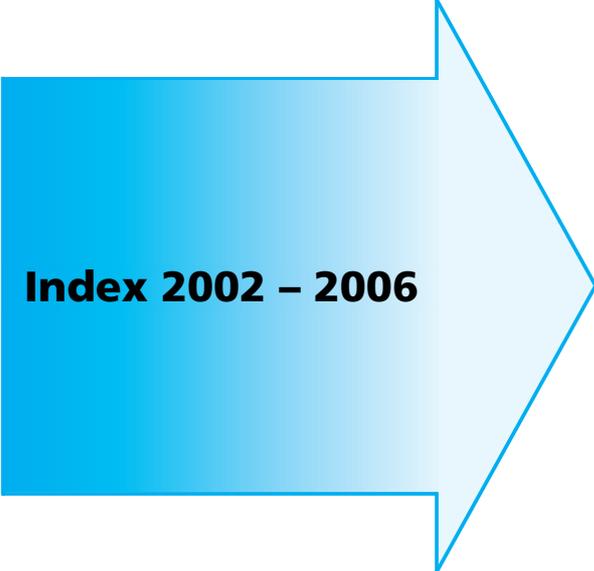
fert, Wolfgang (Hrsg.): Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik, Arbeitspapier FS II 95 – 401, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. S. 49 – 53

Seifert, Wolfgang (1995): Die Mobilität der Migranten. Die berufliche,

ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Berlin: Edition Sigma

Seifert, Wolfgang (2000): Geschlossene Grenzen – offene Gesellschaften? Migrations- und Integrationsprozesse in westlichen Industriestaaten. Frankfurt, New York: Campus

Stauder, Johannes (2000): Junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf, Teil 4, Analyse der beruflichen Ausbildung und des beruflichen Verbleibes von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Zuwandererfamilien in Nordrhein-Westfalen – Ergebnisse aus dem Mikrozensus. Düsseldorf: LDS NRW



Index 2002 – 2006

Ausgaben des Jahres 2006

- Band 29**
Z 08 1 2006 53
3,00 EUR
- Datenangebot und Datenzugang im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter**
Dr. Sylvia Zühlke, Diplom-Sozialwiss. Helga Christians
- Das Studienkontenmodell an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Auswirkungen auf die Studierendenzahlen**
Birgit Kempf, Anne Schopp, Anja Gehrcken
- Nachfrage nach Dienstleistungen 2003**
Heike Schrankel, Dipl.-Statistikerin Katharina Götz
- Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in NRW**
Dr. Wolfgang Seifert
- Band 28**
Z 08 1 2006 52
3,00 EUR
- Gründungen und Schließungen in Deutschland – Ein Konzept zur demografischen Auswertung des Unternehmensregisters**
Dipl.-Kauffrau Ingrid Kaack
- Strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft von 1971 bis 2003**
Dipl.-Volkswirt Hartmut Kopmeier
- Wirtschaftliche Aspekte der Studierenden 1996 und 2004**
Lars Kuhlmeier, Dr. Wolfgang Seifert
- Verwendung von Verwaltungsdaten für konjunkturstatistische Zwecke**
Dipl.-Kauffrau Ingrid Kaack
- Personal und Finanzen der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (FEU) in privater Rechtsform im Jahr 2003**
Dipl.-Volkswirt Peter Emmerich
- Band 27**
Z 08 1 2006 51
3,00 EUR
- Der Weg zu einem ersten registergestützten Zensus in Deutschland im Jahre 2011**
Dipl.-Volkswirt Helmut Eppmann, Dipl.-Statistiker Josef Schäfer
- Ergänzende Strukturmerkmale zur Erwerbstätigenrechnung – Unterscheidung nach „Vollzeit-“ und „Nicht-Vollzeiterwerbstätigen“**
Dipl.-Ingenieur Hans Menge, Miriam Sperl
- Wirtschaftskraft und Wirtschaftsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens**
Dr. Marco Scharmer

Ausgaben des Jahres 2005

- Band 26**
Z 08 1 2005 58
2,50 EUR
- Strukturinformationen zum Arbeitsmarkt 2. Quartal 2005 Flexible Arbeit – Arbeitszeiten in NRW**
Dipl.-Soziologin Eva Munz

Band
Bestell-Nr.
Preis

Thema

noch: **Ausgaben des Jahres 2005**

Band 25

Z 08 1 2005 57
11,00 EUR

Auswirkungen des demografischen Wandels, Teil I

Dipl.-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH; Dipl.-Mathematiker Paul Berke

Band 24

Z 08 1 2005 56
3,00 EUR

Bildungsmobilität:

Wie weit fällt der Apfel vom Stamm?

Dr. Wolfgang Seifert

Räumliche Mobilität und Übergänge von Erwerbslosigkeit in Erwerbstätigkeit

Katja Möhring, Dr. Sylvia Zühlke

Zeitverwendung der privaten Haushalte

– Vergleich der Zeitbudgeterhebungen 2001/02 gegenüber 1991/92

Heike Schrankel

Band 23

Z 08 1 2005 55
2,50 EUR

**Ein sachgebietsübergreifendes Berichtskreismanagement
bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen
in den Finanz- und Personalstatistiken**

Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich

**Erstmalige Verarbeitung der Dateien der Industrie- und Handelskammern
im nordrhein-westfälischen Unternehmensregister**

Dipl.-Soziologe Matthias Wieckmann

**Ausmaß und Folgen unbeobachteter Übergänge
im Rahmen des Mikrozensus-Panels**

Ergebnisse empirischer Analysen

Dipl.-Soziologe Michael Konold

Band 22

Z 08 1 2005 54
3,00 EUR

Indikatoren der Erwerbstätigkeit

**Ergänzung der Erwerbstätigen-„Kopfzahlen“ durch „Vollzeit-Äquivalente“
und „Standard-Arbeitsvolumen“ – Modellrechnungen für die Kreise in NRW**

Diplom-Ingenieur Hans Menge

Pendlerverflechtungen in Nordrhein-Westfalen

– Analyse der revidierten Ergebnisse

Dr. Marco Scharmer

Band 21

Z 08 1 2005 53
2,50 EUR

Auswirkungen des demografischen Wandels – Kurzfassung – Teil I

Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH

Band 20

Z 08 1 2005 52
2,50 EUR

Nordrhein-westfälisches Unternehmensregister im Einsatz

Eine Methodenbeschreibung mit ersten Auswertungsergebnissen

Diplom-Volkswirtin Doris Blechinger

Datenqualität bei Online-Erhebungen in privaten Haushalten

Diplom-Soziologin Anke Gerhardt

noch: **Ausgaben des Jahres 2005**

- Band 19**
Z 08 1 2005 51
3,40 EUR
- Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) Nordrhein-Westfalens
– Basisdatenanalyse –**
Dr. Leontine von Kulmiz
- Geheimhaltung mit Makrodaten – Das Beispiel der Beherbergungsstatistik**
Dipl.-Volkswirt Nils Radmacher-Nottelmann
- Die erste Online-Erhebung der amtlichen Statistik bei Privathaushalten
– ein Projektbericht**
Dipl.-Soziologin Anke Gerhardt
- Arbeitsplatz- und Berufswechsel**
Dr. Wolfgang Seifert

Ausgaben des Jahres 2004

- Band 18**
Z 08 1 2004 56
2,10 EUR
- Gesamtwirtschaftliche Investitionen:
Schlüssel zur ökonomischen Leistungsfähigkeit von Regionen?**
Ein Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit
Dr. Marco Scharmer
- Arbeitsuchende und Methoden der Arbeitsuche in NRW**
Dipl.-Mathematiker Paul Berke
- Band 17**
Z 08 1 2004 55
3,00 EUR
- Von der Volkszählung 1987 zum registergestützten Zensus 2010?**
Dipl.-Volkswirt Helmut Eppmann
- Die Qualität der kommunalen Melderegister in Nordrhein-Westfalen
– Ergebnisse des Zensus-tests**
Dr. Michael Forster
- Ergänzende Verfahren für einen künftigen registergestützten Zensus**
Dipl.-Statistiker Josef Schäfer
- Ergebnisse des Zensus-tests**
Statistische Ämter des Bundes und der Länder
- Band 16**
Z 08 1 2004 54
6,10 EUR
- Die Entwicklung der kreisfreien Städte und Kreise
in Nordrhein-Westfalen**
- Band 15**
Z 08 1 2004 53
2,10 EUR
- Die Umsatzsteuerstatistik als Quelle wirtschaftsstatistischer Analysen**
Dipl.-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck
- Chefin oder Chef: Neu zu gründende Gewerbebetriebe im Jahre 2003
unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten**
Dipl.-Volkswirtin Doris Blechinger
- Aspekte des Erwerbsverhaltens älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
Ergebnisse des Mikrozensus 1996 und 2003**
Daniel Lois, Dipl.-Soziologin Anke Gerhardt

noch: **Ausgaben des Jahres 2004**

Band 14 **Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 bis 2020/2040**
Z 08 1 2004 52
2,10 EUR
Dipl.-Ökonom Udo Nockemann

Die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Jahr 2000
Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Kaufmann Hermann Marré

Band 13 **Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder**
Z 08 1 2004 51
2,10 EUR
Dr. Sylvia Zühlke, Dipl.-Volkswirt Markus Zwick,
Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst, Dipl.-Soziologe Thomas Wende

Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus
Dr. Johannes Stauder, Wolfgang Hüning

Ausgaben des Jahres 2003

Band 12 **Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002**
Z 08 1 2003 56
3,00 EUR
Heike Schrankel

Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve – unterschiedliche Messkonzepte zur Beschreibung der Beschäftigungslücke
Dr. Wolfgang Seifert

Der Verbraucherpreisindex – Inflationsmessung in NRW und in der EU
Dipl.-Kaufmann Bernd Kreuels

Rentner sein und Rentner werden: Rentnereinkommen und private Altersvorsorge – Ergebnisse des Mikrozensus
Dr. Olivia Wüthrich-Martone

Band 11 **Räumliche Mobilität und Familienzyklus – Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels**
Z 08 1 2003 55
3,00 EUR
Dr. Johannes Stauder

Lebenslagen älterer Menschen
Dr. Johannes Stauder

Entwicklung des Gastgewerbes 1998 bis 2002
Dipl.-Soziologin Petra Rose

Band 10 **Ausgaben im Schulwesen – Eine schulformbezogene Untersuchung**
Z 08 1 2003 54
3,50 EUR
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich, Werner Fleischmann, Joachim Hohmeyer,
Gerd Körner, Frank Breuers

Band 9 **Soziale und wirtschaftliche Situation allein Erziehender**
Z 08 1 2003 53
4,00 EUR
Dipl.-Sozialwiss. Gerhard Lenz, Yvonne Bergmann

noch: **Ausgaben des Jahres 2003**

Band 8

Z 08 1 2003 52
2,00 EUR

**Strukturdaten zur Entstehung der Gewerbesteuer 1998
– Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik**

Dipl.-Ökonom Lars Stegenwaller

Die Arbeitsmarktintegration ausländischer Selbstständiger

Veysel Özcan, Dr. Wolfgang Seifert

**Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt
am Jahresende 2001 im Querschnitt**

Dipl.-Volkswirt Klaus Joggerst

Band 7

Z 08 1 2003 51
4,70 EUR

**Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis
– Entwicklungen und Trends 1998 bis 2001**

Dipl.-Sozialwiss. Alfred Hullmann, Dr. Wolfgang Seifert und Bertram Cloos

**Arbeitsplatzstrukturen und Tätigkeiten der Erwerbstätigen
– Ergebnisse des Mikrozensus 2000**

Dipl.-Mathematiker Paul Berke, Günter Scheibel

Ausgaben des Jahres 2002

Band 6

Z 08 1 2002 56
1,30 EUR

**Datenbedarf der Wissenschaft – Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums
der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung**

Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

Band 5

Z 08 1 2002 55
2,30 EUR

Die neue Insolvenzstatistik im Licht der Ergebnisse 1999– 2001

Dipl.-Ökonom Lars Stegenwaller

Neue Typisierungen von Haushalten und Lebensformen für den Mikrozensus

Dr. Johannes Stauder

**Wenn sich Paare trennen – die Bedeutung der Arbeitsteilung
in Beruf und Haushalt für die Ehestabilität**

Dr. Johannes Stauder

Treibhausgase und ozonschichtschädigende Stoffe

Erik Lungen

Band 4

Z 08 1 2002 54
4,50 EUR

Die Mehrfachfallprüfung im Zensusstest 2001 – Konzeption und Ablaufplan

Dr. Marco Scharmer

**Die Statistikauglichkeit der Einwohnermelderegister
– Untersuchungen im Rahmen des Zensusstests 2001**

Dr. Michael Forster

**Postalische Gebäude- und Wohnungszählung im Zensusstest 2001
– Erfahrungen in NRW**

Dipl.-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst und Dr. Henrik Egbert

noch: **Ausgaben des Jahres 2002**

Band 4

Z 08 1 2002 54
4,50 EUR

**Die Haushaltegenerierung im Zensusstest 2001
– Eine neue Methode in der amtlichen Statistik**
Dr. Marco Scharmer

Die Rolle der Haushaltebefragung im Zensusstest 2001
Dipl.-Statistiker Josef Schäfer

Band 3

Z 08 1 2002 53
10,00 EUR

**Mobilität und Verkehrsverhalten
der Ausbildungs- und Berufspendlerinnen und -pendler**
Dipl.-Sozialwiss. Alfred Hullmann und Bertram Cloos

Band 2

Z 08 1 2002 52
2,50 EUR

**Testerhebung 2000: „Statistische Erfassung von Wohnungslosigkeit“
– Erfahrungsbericht**
Dipl.-Statistikerin Katharina Götz und Bernd Goritzka

**Anpassung der Kreisberechnungen der Bruttowertschöpfung
an das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen**
Dipl.-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

Band 1

Z 08 1 2002 51
3,20 EUR

Haushaltstypisierung im Rahmen des registergestützten Zensusstests
Dr. Marco Scharmer

**Die Ermittlung des Wohnungsinhabers im Rahmen der Gebäude- und
Wohnungszählung (GWZ) und deren Bedeutung für die Haushaltegenerierung**
Dr. Henrik Egbert und Dr. Marco Scharmer

**Räumliche Mobilität und Arbeitsmarktprozesse
– Eine Analyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels**
Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

Sicherung persönlicher Angaben in Tabellendaten
Dipl.-Physiker Rüdiger Dietz Repsilber

**Das Personal des Landes am 30. Juni 2000
– Regionalisierte Ergebnisse der Personalstandstatistik**
Dipl.-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich